

Stenographisches Protokoll.

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

VI. Gesetzgebungsperiode.

Mittwoch, 13. Dezember 1950.

Inhalt:

1. Verhandlungen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (230 d. B. und Zu 230 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1951 (262 d. B.).

Spezialdebatte:

Gruppe X: Kapitel 24: Verkehr, Kapitel 28, Titel 1: Post- und Telegraphenanstalt, und Kapitel 29: Eisenbahnen (Fortsetzung).

Redner: Elser (S. 1657), Geisslinger (S. 1667), Dipl.-Ing. Dr. Buchberger (S. 1672), Holzfeind (S. 1675), Bleyer (S. 1680), Brunner (S. 1681), Czernetz (S. 1684) und Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe Dipl.-Ing. Waldbrunner (S. 1690).

Gruppe XI: Kapitel 4: Staatsschuld, Kapitel 5: Finanzausgleich, Kapitel 6: Pensionen, Kapitel 16: Finanzverwaltung,

Kapitel 17: Öffentliche Abgaben, Kapitel 18: Kassenverwaltung, Kapitel 25: Postsparkassenamt, Kapitel 26, Titel 1, 4, 4 a und 6: Besatzungskosten, Kinderbeihilfen, Ernährungsbeihilfen, Erfüllung von Rückgabeansprüchen, Kapitel 27: Monopole, und Kapitel 28, Titel 7: Hauptmünzamt.

Spezialberichterstatter: Dr. Rupert Roth (S. 1693);

Redner: Honner (S. 1698), Kapsreiter (S. 1706), Dr. Stüber (S. 1709), Dr. Pittermann (S. 1713), Dr. Reimann (S. 1718), Dr. Gorbach (S. 1720), Hartleb (S. 1721), und Bundesminister für Finanzen Dr. Margarétha (S. 1724);

Ausschußentschließungen, betreffend die vollständige Nachziehung der Bezüge der öffentlich Angestellten sowie betreffend eine Bundeshilfe für das Burgenland anlässlich der 30jährigen Zugehörigkeit zu Österreich (S. 1698).

Beginn der Sitzung: 10 Uhr.

Präsident Böhm: Die Sitzung ist eröffnet.

Heute findet keine Abstimmung statt. Die nächste Abstimmung wird Freitag mittag um 12 Uhr sein.

Wir gehen nun in die Tagesordnung ein und setzen die Spezialdebatte über die Gruppe X des Bundesvoranschlages fort.

Abg. Elser: Hohes Haus! Im Kapitel Verkehr und verstaatlichte Betriebe werden Wirtschaftsprobleme ersten Ranges behandelt. Es ist ja eigentlich eine bedauerliche Errscheinung in unserer gesetzgebenden Körperschaft, daß sich die wichtigen Budgetverhandlungen mehr oder weniger mechanisch abspielen. Mechanisch werden alle diese wichtigen Wirtschaftsfragen behandelt, sie rollen ab, und zwar aus dem einfachen Grund, weil vor allem die Regierungskoalition auf dem Standpunkt steht, ihre Abgeordneten hätten ja in den Ausschüssen bereits alles gesagt, was nach ihrer Auffassung zu sagen ist. Und so wird die eigentliche Haussitzung der gesetzgebenden Körperschaft mehr oder weniger zu einer Farce, zu einer ganz mechanischen Schlußberatung und Beschußfassung.

Das ist aber nicht überall in den Parlamenten der Fall. In den meisten demokratischen Parlamenten sind die Schlußsitzungen eigentlich das Wichtigste, und das Schwergewicht der Beratungen wird in die Haussitzungen verlagert. Es ist aber auch kein Zufall, daß bei

uns in Österreich mehr oder weniger diese Mechanik in unserem parlamentarischen Getriebe Platz gegriffen hat. Wir dürfen nicht übersehen, daß unsere gesetzgebenden Körperschaften mehr oder weniger nur mehr ein Vollzugsorgan ständischer Einrichtungen geworden sind. In Wahrheit wird der Inhalt der Gesetze ja nicht im Parlament und in seinen Ausschüssen beraten und zum Beschuß erhoben, sondern der eigentliche Inhalt wird ja in den Wirtschaftskammern vorbereitet. Das Parlament hat dann nichts anderes zu tun, als das auszuführen, was hinter den Kulissen der verschiedenen Wirtschaftskammern bereits feste Formen angenommen hat.

Das Ministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe nimmt sicherlich eine der wichtigsten Schlüsselstellungen in unserem Wirtschaftsleben ein. Die Bundesbahn, Post, Telegraph, Energiewirtschaft im allgemeinen und im besonderen die Elektrizitätswirtschaft bilden ja den Lebensnerv für Wirtschaft und Staat. Dieses Ministerium verfügt auch über unseren verstaatlichten Sektor mit beinahe hunderttausend Arbeitern und Angestellten. Sicherlich bildet dieser verstaatlichte Sektor im österreichischen Wirtschaftsleben ein großes Stück Wirtschaftsmacht. Man soll diesen Sektor ja nicht unterschätzen, man soll ihn aber auch nicht überschätzen, denn gerade die Zahl der hunderttausend beschäftigten Arbeiter und Angestellten beweist uns klipp und klar, daß in Österreich trotz der Verstaatlichung

1658 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

der privatwirtschaftliche Sektor mit seiner großen Zahl an dort beschäftigten werktätigen Menschen noch immer überwiegend ist. Gewiß verfügt der verstaatlichte Sektor über die Schwerindustrie und andere wichtige Industriezweige, aber die Struktur unserer Wirtschaft ist nach wie vor eine privatwirtschaftliche, eine privatkapitalistische.

Man könnte natürlich an den verschiedenen Ansätzen im Kapitel Verkehr manches ändern. Aber Sie wissen ja, meine Damen und Herren, jede Änderung irgendeiner Position im Staatshaushaltspolitik bringt das ganze Gebäude ins Wanken. Man kann daher hier eigentlich nicht mehr viel ändern, denn schließlich ist der Staatshaushaltspolitik ein einheitliches Gefüge. Nehme ich da irgendeinen wesentlichen Stein heraus, dann bricht das ganze Gebäude zusammen. Man kann daher hier im Hause bei der Schlußberatung an den Ansätzen nichts Wesentliches mehr ändern.

An diesem Ministerium wird häufig vollauf berechtigte Kritik geübt. Manche Kritik ist berechtigt, manche geht aber auch daneben. Bei all diesen Fragen, glaube ich, kommt man der Wahrheit am nächsten, wenn man der Tätigkeit dieses Ministeriums die notwendige Aufmerksamkeit schenkt und sie einer nüchternen und sachlichen Betrachtung unterzieht. Ich möchte an der Spitze meiner Ausführungen gleich eine Feststellung machen. Dieses Ministerium leidet an dem Mangel der Zusammenarbeit mit den übrigen Ministerien, vor allem mit den Ministerien für Finanzen und für Handel und Wiederaufbau. Wir wissen ja, geschätzte Frauen und Herren, daß die Koalitionsbrüder manchmal unter sich sehr spinnefeind sind, und das gilt auch für die Regierungsbank, für die einzelnen Minister. An Stelle von Zusammenarbeit erleben wir immer wieder das Schauspiel, daß ein Koalitionsbruder dem anderen Prügel vor die Füße wirft — allerdings geht das schließlich auf Kosten der Steuerträger. Der Zusammenbruch der Verhandlungen über die Brotgetreideaufbringung in diesem Lande ist ja ein klarer Beweis für diese meine Worte.

Gestern hat der Herr Abg. Dr. Migsch aus dem Familienleben der Koalitionsehe einiges ausgeplaudert. Nun, wenn Angehörige der Familie selbst Familienverhältnisse austratschen, kann ich es mir als Außenstehender auch erlauben, zu dieser Ehe einiges zu sagen, wobei ich besonders betone, daß diese Ehe gerade beim Kapitel Verkehr und verstaatlichte Betriebe einen unheilvollen Einfluß auszuüben vermag. Was sagte uns der Herr Dr. Migsch? Er erklärte uns, daß diese Ehe eine Zweckgemeinschaft sei. Das ist eigentlich nichts Neues, denn wir wissen alle, daß diese politischen Ehen

meistens Vernunftehen sind — Liebesheiraten sind sie jedenfalls nicht. Das alles ist nichts Neues. Neu war allerdings, was er über den neuesten Sprößling — das Mietkind — aussagte. Darüber werde ich noch einige kurze Bemerkungen machen.

Nun aber zur Koalitionsehe. Es ist richtig, beide Teile sind eigentlich nie recht glücklich gewesen. Das ist ja auch kein Wunder. Betrachtet man die beiden Ehepartner, dann sieht man, daß sie eigentlich sehr ungleich sind. Die eine, die weibliche, die stärkere Hälfte ist streitsüchtig, zanksüchtig und — das muß man ihr lassen — schließlich aber auch geschäftstüchtig. Bei einer Streiterei hat sie auf jeden Fall immer das letzte Wort. Die männliche Hälfte ist schließlich nicht mehr jung an Jahren, in den letzten Jahren kränklich, allerdings hat sich dank der ausgezeichneten medikamentösen Behandlung der weltberühmten Ärzte Mr. Marshall und Mr. Hoffman dieser Mann immer wieder aufgerappelt; freilich, in der letzten Zeit hört man immer mehr, daß die Kur der beiden Ärzte allmählich ein Ende haben soll. Die beiden Ärzte, Mr. Marshall und Mr. Hoffman, erklären nämlich, die Kur müsse ein Ende nehmen, denn sonst würde der Patient dollarsüchtig werden. Das gibt es nämlich auch. Um dieser Krankheit Herr zu werden, wird die Kur nun beendet. Inwiefern das dem Patienten, dem männlichen Teil, zuträglich sein wird, das werden wir in den nächsten Jahren zur Genüge erfahren. Soweit also die Ehe.

Ich kann mich allerdings erinnern, ich wurde einmal auf einer Eisenbahnfahrt gefragt: Was glauben's denn, wird die Ehe überhaupt halten? Die Leut' streiten doch immer untereinander, manchmal hört man den Streit doch bis auf die Gasse hinaus! Ich bin der Auffassung, diese Ehe hält im allgemeinen schon. Ein Teil der Leute behauptet, die beiden Teile passen eigentlich ganz gut zusammen. Ein anderer Teil behauptet das Gegenteil.

Nun, ich wurde unter anderem auch gefragt: Welche Art der Ehe sind denn die beiden eigentlich eingegangen? War es eine standesamtliche Trauung oder eine katholische Trauung? Ich bin der Auffassung, es war eine standesamtliche. Schon wegen der leichteren Lösbartigkeit. Nun hat der Herr Abg. Migsch gestern auch ein freudiges Ereignis bekanntgegeben: ein Kindlein sei geboren worden. (Heiterkeit.) Er steht auf dem Standpunkt, daß dieses Kind ein kräftiger Junge ist. Ich wurde neugierig und habe mir dieses Kind auch angesehen. Und siehe da, ich kann mich, das muß ich sagen, dieser Meinung des Herrn Abg. Migsch nicht anschließen. Ich muß bedauerlicherweise feststellen, daß dieses Kindlein ja eigentlich ein Zwitter ist, nicht Bub und nicht Mädel. (Abg. Weikhardt: Sic

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1659

haben es halt von der verkehrten Seite angeschaut! — Schallende Heiterkeit.) Wenn man das sagt, sind natürlich die Ehepartner sehr beleidigt. Die Ehegatten erklären immer nur: Das macht ja nichts, Hauptsache, es lebt!

Wir werden ja übermorgen hören, wer dieses Kindlein zur Taufe tragen wird. Ich bin neugierig, wer hier Pate stehen wird. Der Herr Dr. Scheff lehnt es im allgemeinen ab, es sei ihm etwas zu schwach. Es wird also wohl unserem Freund Pittermann überlassen bleiben, hier als Taufpate zu fungieren. Er wird uns auch erzählen, wie schwer die Geburt vor sich ging — ich plausche hier nicht Familiengeheimnisse aus —, es war angeblich eine Zangengeburt. (Abg. Dr. Bock: *Das sind die gesündesten Kinder! — Heiterkeit.*) Am Freitag werden wir ja darüber Näheres erfahren.

Ich möchte mich nun wieder den einzelnen Kapiteln des Verkehrs und der verstaatlichten Betriebe zuwenden, zunächst der Post- und Telegraphenverwaltung. In diesem Staatsbetrieb ist der Personalstand außerordentlich verringert worden. Nach den Ansätzen im Staatshaushaltsplan sind für das Jahr 1951 39.300 Personen veranschlagt. Nirgends, in keinem verstaatlichten Betrieb, wurde ein solch rigoroser Personalabbau vorgenommen wie gerade im Betriebe der Post- und Telegraphenverwaltung.

Ich habe im allgemeinen nichts gegen innerbetriebliche Reformmaßnahmen und vernünftige Einsparungen. Aber hier bei dem Postbetrieb muß man wohl feststellen — auch wenn man kein Postler ist —, daß diese Personaleinsparungen zu Lasten des Personals gegangen sind. Nirgends wird der einzelne so ausgebeutet wie in den Postbetrieben. Fragen Sie die Kollegen Postangestellten, dann werden Sie ebenfalls diese Antwort erhalten. Was sich hier abspielt, ist wirklich manchmal schon skandalös. Die Menschen müssen nicht nur fast grenzenlos Überstunden machen, sie müssen auch die Arbeiten anderer seinerzeitiger Arbeitskategorien mitübernehmen, kurz und gut, diese Einsparungen auf dem Gebiete der Post- und Telegraphenverwaltung gehen vollständig zu Lasten des Personals. Die Arbeitsproduktivität des einzelnen Postlers läßt sich einfach nicht mehr erhöhen — es wäre denn, daß die Technisierung und Automatisierung in diesem Betrieb weitere Fortschritte erzielt.

Ich bin auch vollkommen überzeugt davon, daß der Personalstand von 39.300 Personen teilweise nur fiktiv ist, denn in Wahrheit findet auch hier eine Verschiebung statt. Ein Teil der Arbeiten wird einfach Privatunternehmungen überlassen, bzw. übergeben, so daß dadurch die Möglichkeit besteht, in diesem

Betriebszweig nach außen hin schließlich mit einem äußerst reduzierten Personal zu arbeiten.

Die Bezahlung der Postler ist bekanntlich neben der Eisenbahner tatsächlich die schlechteste. Das ist wohl eine allgemein bekannte Sache, darüber brauchen wir uns nicht mehr länger zu unterhalten. Wohl aber ist es bedauerlich, daß alle Versuche der Personalvertretung, da und dort irgendwelche Verbesserungen materieller Art zu erzielen, bei der Post- und Telegraphendirektion bis heute auf taube Ohren gestoßen sind.

Ich komme nun zur Lage der Österreichischen Bundesbahnen. Budgetär gesehen wird im Finanzjahr 1951 mit einem Betriebsabgang von rund 500 Millionen Schilling gerechnet. Das ist natürlich Grund genug, um die Lage der Österreichischen Bundesbahnen etwas näher anzusehen. Allerdings muß ich gleich hier bemerken, Bahndefizite sind keine österreichische Spezialität. Auch in anderen Staaten sehen wir — wenn man sich um diese Dinge kümmert —, daß es fast überall mehr oder weniger große Defizite gibt. Ich werde das zum Teil noch begründen. Ich will rein objektiver Weise noch feststellen, daß es auf dem Gebiete des Verkehrswesens auch in anderen Staaten Defizite gibt.

Vor allem möchte ich hier gleich etwas Positives erwähnen: Es wäre Nörglerei, und man würde sich lächerlich machen, wenn man hier heraufgeht und erklärte, alles sei bei den Verkehrsbetrieben beim alten geblieben, es habe sich nichts geändert. Nein, sicherlich hat sich bei den Österreichischen Bundesbahnen manches zum Besseren gewendet. Vieles wurde besser, vieles wurde fortschrittlicher. Ich vermerke, daß die Verdichtung des Verkehrs bedeutende Fortschritte erzielt hat. Ich vermerke, daß der gesamte Verkehr, zeitlich geschen, eine Reduzierung erfährt, die Fahrzeiten sind herabgesetzt. Ich vermerke, daß in bezug auf die Bequemlichkeit der Reisenden manches getan wurde; vieles bleibt allerdings noch zu tun. Ich vermerke, daß zum Beispiel die Bundesbahnen in sehr vorbildlicher Weise trachten, den Fremdenverkehr zu fördern, helfend einzugreifen und überall sprachkundiges Personal einsetzen. Ich staune über die Fähigkeiten, über die Sprachgewandtheit vieler Bundesbahner. Alles das, geschätzte Frauen und Herren, muß auch eine Opposition anerkennen. Das sind alles erfreuliche Erscheinungen im Verlauf der Entwicklung unserer Bundesbahnen. Es gibt allerdings noch viel Negatives bei unseren Bahnen, und ich möchte es hier nun auch behandeln.

Die Österreichischen Bundesbahnen leiden meiner Ansicht nach besonders unter der Konkurrenz Schiene und Straße. Aber ich

1660 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

muß bei Behandlung dieses für die Bundesbahnen wichtigen Kapitels auch zugleich vermerken, daß die Bundesbahnverwaltung eigentlich zum Teil selbst an dieser Konkurrenz die Schuld trägt. Von dem Jahr 1946 bis zum Jahre 1949 hat die Bundesbahndirektion einfach eine Reihe von sogenannten Notkonzessionen an Verkehrsbetriebe, die sich in privatwirtschaftlichen Händen befinden, vergeben. Sie hat also selber dazu beigetragen, daß man eine Reihe von Notkonzessionen gewährt hat, und schließlich wurde aus dieser Notkonzession eine Dauerkonzession. Gewiß, ich will anerkennen, daß die Bundesbahndirektion auch manche Linien selbst wieder befährt, daß sie manches auf diesem Gebiet getan hat, aber ohne Zweifel — die privatkapitalistische Konkurrenz der Straße gegenüber der Schiene hat schließlich dazu geführt, daß auch im Jahre 1951 beinahe eine halbe Milliarde Schilling an ordentlichem Betriebsabgang festzustellen ist. Einen wesentlichen Betrag von diesem Abgang könnte man einsparen, wenn hier diese bedauerliche Konkurrenz endlich einmal über den Weg eines neuen Verkehrsgesetzes aufgehoben werden würde. Ich sehe nicht ein, daß die Steuerträger, daß die Gesamtbevölkerung hunderte Millionen an Abgängen bei den Bundesbahnen bezahlen muß, während einige hundert privatkapitalistische Autoverkehrsunternehmungen ganz annehmbare, ja ich behaupte sehr große Gewinne einstecken. Das ist natürlich kein richtiges Wirtschaften. Auf der einen Seite beklagt man das große Defizit der Bundesbahnen, auf der anderen Seite macht der privatkapitalistische Sektor diesen Bahnen die größte Konkurrenz und nimmt ihnen wertvolle Einnahmsquellen weg. Den Transport der Massengüter, bei dem nicht viel zu verdienen ist, den können die Bundesbahnen besorgen, und die eigentlichen Wertgüter werden schließlich durch die Autounternehmungen transportiert. Man hätte ja nichts einzuwenden, wenn sich der Lokalverkehr noch, sagen wir, in Privathänden befände, aber der große Überlandverkehr müßte auf jeden Fall zur Gänze den Bundesbahnen überantwortet werden.

Ich will im Zusammenhang mit dieser Frage auch noch die Feststellung machen, daß diese Konkurrenz dazu geführt hat, daß ganze Eisenbahnlinien notleidend geworden sind. Ich verweise darauf, daß zum Beispiel eine Salzkammergutbahn eingestellt werden mußte, andere Bahnlinien stehen vor der Einstellung, mit einem Wort: hier muß nach dem Rechten gesehen werden. Schließlich muß das Problem Schiene und Straße im Sinne eines gesunden Wirtschaftsprinzips zugunsten der Österreichischen Bundesbahnen eine Regelung finden.

Einiges zu den Eigenregiearbeiten bei den Bundesbahnen. Noch immer werden meiner Ansicht nach in ganz unnützer Weise Arbeiten an Unternehmungen vergeben. Die Werkstätten der Österreichischen Bundesbahnen arbeiten ja bekanntlich mit hochqualifizierten Facharbeitern, und das Personal läßt nichts zu wünschen übrig. Trotzdem besteht hier eine Tendenz der Generaldirektion, dieses hochqualifizierte technische Personal immer mehr und mehr zu reduzieren. Daß sich hier privatkapitalistische Einflüsse geltend machen, liegt klar auf der Hand. Ich bin der Auffassung, daß modernisierte Bundesbahnwerkstätten noch viel mehr in der Lage wären, Reparaturarbeiten größten Stiles auszuführen. Gewiß, sie sind einstweilen voll beschäftigt. Man müßte sie sogar noch weiter ausbauen, denn in Eigenregie werden die Kosten der verschiedensten Arbeiten immerhin noch billiger kommen als in den privatkapitalistischen Betrieben.

Ich möchte zum rollenden Material auch noch einiges sagen. Auch auf diesem Gebiet hat sich manches geändert. Neue Loks wurden in den Dienst gestellt, neue Triebwagen kann man sehen, die den Verkehr verdichten, neue Güterwaggons werden eingeschoben. Allerdings, die Personenzüge lassen noch sehr viel zu wünschen übrig. In der Mehrzahl sind sie ja alt, sind sie äußerst reparaturbedürftig, und am besten müßte man sie früher oder später ausscheiden, denn gerade Österreich ist ja — das habe ich bereits betont — ein Reiseland, und auf diesem Gebiet, auf dem Gebiet des Personenreiseverkehrs müßten die Bundesbahnen noch viel, viel mehr leisten, bis hier die Lage und die Verhältnisse vom Standpunkt der Fremdenverkehrsförderung vollauf befriedigend werden.

Einiges zum Transitverkehr. Der Transitverkehr war bekanntlich in der ersten Republik eine der besten Einnahmsquellen der Staatsbahnen. Heute können wir feststellen, daß von Jahr zu Jahr ein wesentlicher Rückgang dieser Einnahmen festzustellen ist. Weshalb? Erstens einmal mache ich dafür die Tarifpolitik der Österreichischen Bundesbahnen verantwortlich, aber auch unsere leidigen politischen Verhältnisse tragen dazu bei, und nicht zuletzt natürlich unsere Währungsmanipulationen, weil ja manchmal jede Kalkulation im Transitverkehr unmöglich gemacht wird. All das sind Faktoren, die den Transitverkehr äußerst ungünstig beeinflußt haben.

Einiges zu den politischen Verhältnissen. Ohne Zweifel, wenn man — das kann man ja hier tagtäglich hören — ununterbrochen eine äußerst unfreundliche Haltung gegenüber jenen Staaten bekundet, die für unseren Transit-

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1661

verkehr als erstrangige Kunden in Betracht kommen, ununterbrochen gegen sie Front macht, dann darf man sich auch nicht wundern, daß Staaten schließlich sogar weite Umwege machen, um österreichisches Gebiet zu vermeiden — und trotzdem fahren sie noch billiger! Sie sehen also, geschätzte Frauen und Herren, daß auf dem Gebiete des Transitverkehrs eine vollständige Reform in bezug auf die Tarifpolitik, aber auch eine Änderung des politischen Verhaltens nötig ist. Wir brauchen deswegen nicht unter allen Umständen Lobeshymnen von uns geben, aber wir sollen uns nicht einmengen in die Verhältnisse der Nachbarstaaten. Ich persönlich wäre froh, wenn wir in Österreich schon Verhältnisse hätten, wie sie — sagen wir — in der Tschechoslowakei, in Ungarn oder Polen sich nicht nur anbahnen, sondern bereits zur Tatsache geworden sind. Soviel über den Transitverkehr.

Nun zu den Investitionen. Wenn man den Staatshaushaltsplan, soweit er die Ansätze der Bundesbahnen anlangt, ansieht, bemerkt man auch eine Kürzung der Investitionsquote von 607 Millionen Schilling im Jahre 1950 auf 449 Millionen Schilling für das Jahr 1951. Ich befürchte, daß man aber nicht nur diese Kürzung in Betracht zu ziehen hat, sondern diese Quote von 449 Millionen Schilling dürfte bereits vorbelastet sein, so daß in Wahrheit effektiv kaum einige hundert Millionen Schilling als Investitionsquote für unser gesamtes Verkehrswesen im Jahre 1951 zur Verfügung stehen werden.

Nun einiges zur Elektrifizierung. Dafür sind 221 Millionen Schilling vorgesehen. Berücksichtigt man die Preissteigerungen und Auswirkungen des 4. Lohn- und Preispaktes, so ergibt das, daß diese Investitionssumme eine sehr geringe Kaufkraft hat, eigentlich eine viel kleinere als die 194 Millionen Schilling aus dem heurigen Jahr.

Über die Bedeutung der Elektrifizierung der Bundesbahnen brauchen wir nicht viel zu sagen. Sie ist einfach das Kardinalproblem. Wir wissen ja bereits, daß die bisherige sehr unzulängliche Elektrifizierung unseres Verkehrswesens schon eine Ersparnis von einer halben Million Tonnen Steinkohle für das Jahr erbracht hat. Das bedeutet eine Ersparnis von beinahe 1,5 Milliarden Schilling an Importkosten, das ist eine große Summe, die sich, wirtschaftlich betrachtet, bereits sehen läßt. Wenn man die Dinge also nur von der Seite betrachtet, sieht man schon, daß die Elektrifizierung das Kernproblem der Österreichischen Bundesbahnen darstellt. Je mehr und je rascher wir die Elektrifizierung forcieren, desto größere Beträge werden wir an dem Import von Brennstoffen ersparen. Die auf diese

Weise ersparten Summen gehen in die vielen hunderte Millionen Schilling, ja ich behaupte sogar, in diesem Fall erreichen sie Milliarden von Schillingen. Schon damit ist die Bedeutung der Elektrifizierung unseres Verkehrswesens hinlänglich begründet.

Das Ziel unserer Energiewirtschaft müßte eigentlich sein, in erster Linie die heimische Wirtschaft mit elektrischer Energie zu versorgen. Gewiß, wenn die heimische Wirtschaft damit versorgt ist, kann man unter Umständen auch die Exportfrage ins Auge fassen. Wir wären ja in Österreich bei Ausnützung unserer hydraulischen Energie schließlich in der Lage, als großes Exportland an elektrischem Strom zu fungieren. Wir hätten auf diese Weise große Möglichkeiten, unsere Zahlungs- und Handelsbilanz aktiver zu gestalten. Aber auch hier muß man immer wieder feststellen, daß unsere Energiewirtschaft teilweise vollkommen unter politischen Auspizien vor sich geht. Wir sehen, daß im westlichen Teil unseres Landes in bezug auf die Ausnützung der Wasserkräfte viel mehr geschieht als im östlichen Teil. Aber vom wirtschaftlichen Standpunkt aus müßte man gerade die gegenteilige Tendenz forcieren, denn bekanntlich sind im westlichen Teil hauptsächlich Speicherwerke errichtet worden, und jeder gebildete Laie weiß, daß Speicherwerke einen viel größeren geldlichen Aufwand erfordern als sogenannte Laufwerke. Wir haben unsere große schöne Donau. Hier müßte man nicht Speicherwerke bauen, sondern große Laufwerke könnten entlang der Donauufer entstehen, die natürlich mit wesentlich geringeren Geldmitteln erbaut werden könnten. Warum werden sie nicht gebaut? Ja, weil hier der Dollarokel sein gewichtiges Wort mitzureden hat. Wer zahlt, schafft an; obwohl dieser Ausdruck, wer zahlt, schafft an, nicht ganz stimmt, denn wir werden im Laufe der Jahre noch daraufkommen, daß dieser liebe Dollarokel gar nicht so viel gezahlt hat, als man fälschlich annimmt. Aber auf jeden Fall haben die Amerikaner bei den Elektrifizierungsarbeiten ein gewichtiges Wort zu reden, und sie sind es in erster Linie, die den Ausbau der Wasserkräfte im westlichen Teil unseres Landes forcieren sehen wollen und ihre Bereitwilligkeit, aus den ERP-Mitteln hier etwas zuzuschießen, davon abhängig machen, daß dort gebaut wird, während sie die Tasche zugeknöpft halten, wenn es sich darum handelt, im östlichen Teil unsere sehr maßgeblichen Wasserkräfte auszubauen.

Ich verweise auf das große Projekt Ybbs-Persenbeug, wo ein großes Laufwerk errichtet werden soll. Die Pläne sind schon längst fertig. Die Ausrede, die sowjetrussische Besatzungsmacht könnte sich eines solchen Werkes bemächtigen, ist lächerlich — ich habe mich

1662 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

schon einmal von dieser Stelle aus damit befaßt, die Verhältnisse haben sich seit dieser Zeit nicht geändert —, so daß es sich erübrig, auf dieses Argument noch einmal einzugehen. Die Wahrheit ist die: Österreich hat nicht die Möglichkeit, auf diesem Gebiet vollkommen frei zu handeln, vielfach ist die Bundesregierung, so auch in diesem Fall, nur der Vasall der Amerikaner, und so geschieht das, was die Herren Amerikaner wollen. Es wird daher im Westen aufgebaut, und der Osten wird vernachlässigt, obwohl die Bauvorhaben der großen Werke im östlichen Teil nicht nur vollkommen baureif wären, sondern auch geldlich gesehen günstiger kämen.

Ich komme zum Stromexport. In Wirtschaftskreisen wird sehr viel davon gesprochen, daß große Mengen Strom exportiert werden. Das geschieht auch, aber man frage nicht, unter welchen Bedingungen! Während der heimische Stromkonsument unausgesetzt mit einer Erhöhung der Strompreise rechnen muß, ja nicht nur rechnen muß, sondern damit überrascht wurde — wir haben manchmal um diese Zeit, nur diesmal infolge der Wetterlage nicht, schon mit Stromdrosselungen zu rechnen gehabt —, sind die Zahlungsbedingungen für den Stromexport die denkbar ungünstigsten. Ja man hört geflissentlich hie und da, daß die ausländischen Stromabnehmer, vor allem kommt ja hier die deutsche Westzone in Frage, verflucht wenig bezahlen und das Wenige auch noch schuldig bleiben. Mit einem solchen Exportgeschäft ist uns wenig gedient.

In erster Linie muß man hier allerdings die Forderung erheben: Bevor große Strommengen exportiert werden, muß die heimische Wirtschaft mit entsprechender Stromenergie versorgt werden. So viel in Kürze über die Elektrifizierung, soweit sie in dieses Kapitel hineingehört.

Nun, geschätzte Frauen und Herren, zur Personalpolitik. Hier wird manchmal eine vollkommen unsachliche, ja ich behaupte geradezu provokatorische Kritik an den Eisenbahnen geübt. Sie sind vom Standpunkt mancher Spießer an allem schuld. Der Eisenbahnner muß die Schuld an dem Defizit übernehmen, er muß die Schuld übernehmen an den Fehlern der leitenden Stellen unserer Bundesbahnen, der Eisenbahnner wird verantwortlich gemacht für die veraltete Ausstattung unserer Waggons, kurz und gut, alles, was irgendwie nicht gut und schön erscheint, geht zu Lasten unserer Bundesbahnen.

Ich muß schon sagen, das ist eine Art der Kritik, die keine Kritik mehr ist, sondern ganz gewöhnliche geistlose Nörgelei. Vergessen sind all die Leistungen unserer Bundesbahnen. Im Jahre 1945 haben sich die Nörgler nicht

gekümmert, als diese Bundesbahner, die angeblich an allem schuld sein sollen, buchstäblich mit den Händen die zerbombten Bahnhöfe, die verbogenen und zerissen Schienen wieder in Ordnung gebracht haben; da haben sich diese Nörgler nicht gekümmert, daß diese Eisenbahner in zerschlissener Kleidung und mit hungrigen Mägen darangegangen sind, unter den denkbar schlechtesten Bedingungen unser Verkehrswesen wieder zu normalisieren. Was auf diesem Gebiet vom Personal, von diesen werktätigen Menschen geleistet wurde, ist mehr als ein Bravourstück der arbeitenden Menschen.

Sie sind natürlich auch schuld an der hohen Pensionslast der Bundesbahnen. Ja natürlich, wenn man die Dinge so ansieht und wenn die Pensionslasten zur Gänze den Bundesbahnen aufgehalst werden, dann wird man immer mit dieser Misere zu rechnen haben. Es hat ja auch in der ersten Republik eine Zeit gegeben — ich erinnere die Frauen und Herren dieses Parlaments daran —, in der ein nicht unwesentlicher Teil der Pensionslasten der Bahnen vom Staat getragen wurde. Erst seit dem Jahre 1938 wird dieser selbstverständliche Standpunkt nicht mehr eingenommen. Auch hier liegt eine der Ursachen des großen Defizits des ordentlichen Haushaltes der Bundesbahnen. Meine Kollegen vom Linksblock und ich sind der Auffassung, daß man hier die einst bestandenen finanziellen Zustände wieder herbeiführen müßte. Der Staat wäre verpflichtet, den Bundesbahnen zumindest einen Teil der Pensionslasten abzunehmen, denn die Bundesbahnen alimentieren ja zu einem Teil auch die Gesamtwirtschaft.

Ich habe zwar an der Tarifpolitik, wie sie heute ist, Kritik geübt. Man kann ja Kritik üben, aber man darf nicht übersehen, daß es auch Jahre gegeben hat, zum Beispiel die Zeit von 1945 bis 1948, in der die Tarife weit unter den tatsächlichen Kosten lagen. Dadurch kam es auch zu der allgemeinen Misere bei den Bundesbahnen. Auch heute noch kommt es vor, daß unser Verkehrswesen, das zum verstaatlichten Sektor gehört, die Gesamtwirtschaft alimentiert. Ich verweise nicht auf die verschiedenen Fahrpreisermäßigungen usw. Das ist nicht so ausschlaggebend, obwohl der eine oder andere hier annehmen könnte, das sei die Ursache des Defizits. Wenn man sich mit diesen Dingen aber näher befaßt, kommt man darauf, daß das nicht so ausschlaggebend ist, obwohl es für die betroffenen Personen — sozial gesehen — eine große Hilfsmaßnahme darstellt.

Also wie gesagt, man muß bei der Betrachtung des Defizits und bei der Betrachtung der

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1663

Lage der Bundesbahnen die Dinge eben nehmen, wie sie sind. Die Forderung nach Übernahme eines Teils der Pensionslasten bei den Bundesbahnen von seiten des Staates ist berechtigt, und das sollte, glaube ich, vor allem auch von der Regierungskoalition endlich eingesehen werden.

Nun nochmals zu den Personalfragen. Das österreichische Eisenbahnpersonal, das ist international bekannt, weist eine außerordentliche Qualifiziertheit auf. Unsere Eisenbahner sind geschult, mehr noch, sie verfügen über außerordentliche Erfahrungen. Ich möchte nur wünschen, daß der Nachwuchs alles annimmt, was die älteren Bundesbahner an Erfahrung gesammelt haben. Daß meiner Ansicht nach auf diesem Gebiet heute zu wenig geschieht, um den Nachwuchs entsprechend zu schulen, damit wir unser Leistungsniveau in bezug auf das Personal halten können, möchte ich nur so am Rande bemerken. Es muß in dieser Beziehung mehr geschehen.

Und nun einiges zur Entlohnung. Die Eisenbahner sind nebst den Postlern die am schlechtesten entlohnte Schichte in diesem Staat und in der Gesamtwirtschaft. Wir dürfen nicht übersehen, wenn wir die heutigen Lohnverhältnisse denen des Jahres 1938 gegenüberstellen, daß sich der Realwert der heutigen Gehälter zwischen 40 und 60 Prozent von damals bewegt. Und das ist ganz interessant. Wenn man die materielle Seite der Besoldungsordnung ansieht, dann kommt man darauf: je länger der Bundesbahnner dem Staat und der Gesamtwirtschaft und schließlich in engerem Sinne seinem Unternehmen gedient hat, desto geringer wird der Realwert seines Gehaltes gegenüber dem Gehalt von 1938. So kommt es, daß die ältesten Bundesbahner, die schon 30 und mehr Jahre den Bundesbahnen mit ihren Fähigkeiten und ihrer Arbeit treue Dienste leisten, am schlechtesten daran sind, während der Anfänger, der zwar auch vom Standpunkt der Kaufkraft und des Realwertes des Gehaltes ein mehr als karges Gehalt hat, jedenfalls besser daran ist. Die Entlohnung aller Eisenbahnbediensteten ist ja überhaupt völlig unzulänglich und, ich glaube, auf die Dauer einfach unhaltbar geworden. Es wird daher auch notwendig sein, die neue Besoldungsordnung zu ändern, damit man in der einen oder andern Gruppe Verbesserungen herbeiführen und die Härten beseitigen kann.

Eine Erscheinung muß ich auch hier festnageln: Allmählich bürgert sich nicht nur bei der Post sondern auch bei den Bundesbahnen eine gewisse Praxis ein, nämlich die, daß man Eisenbahner auf höhere Dienstposten abschiebt. Sie leisten ihren Dienst auch auf den neuen Posten zur vollsten Zufriedenheit, aber ent-

lohnt werden sie nach ihrer bisherigen unteren Gehaltsstufe. Das ist eine Art der Ausbeutung, die mit dem Grundsatz der Entlohnung nach der Leistung in krassem Widerspruch steht. Das ist eine Art und Weise, die man unter keinen Umständen billigen kann. Wenn jemand einen höheren Dienstposten übernimmt und höhere Leistungen vollbringt, dann ist er auch nach diesem Schema zu entlohnern.

Nun wird der eine oder andere Abgeordnete der Regierungskoalition sagen: Ja, verehrter Oppositionsredner, sag uns einmal, was soll nun nach deiner Meinung eigentlich geschehen? Das möchte ich, Hohes Haus, nun ebenfalls zum Ausdruck bringen. Erstens muß das Problem Schiene und Straße durch ein neues Verkehrsgesetz eine Lösung im Sinne der Gesamtwirtschaft erfahren; zweitens ist die Konkurrenz zwischen Post- und Eisenbahnbetrieb durch eine Zusammenfassung des Kraftwagenverkehrs zu beseitigen, denn es geht nicht an, daß zwei verstaatlichte Unternehmungen einander zum Schaden der Gesamtwirtschaft konkurrieren; drittens soll ein Staatszuschuß zu den Pensionslasten wie bis 1938 geleistet werden; viertens soll eine Intensivierung der Elektrifizierung erfolgen.

Zum Schluß komme ich zu dem wichtigen Sektor der verstaatlichten Betriebe. Die Lage der verstaatlichten Betriebe wird häufig sehr optimistisch beurteilt. Vor allem sind es hier der Bergbau, die Hüttenindustrie, ein Teil der Elektroindustrie sowie die Energiewirtschaft.

Ohne Zweifel wurde im österreichischen Bergbau in den letzten Jahren manche Modernisierung durchgeführt, manche Summe wurde investiert, und unser Bergbau hat heute bereits, technisch gesehen, auch schon ein ganz anderes Aussehen als noch vor, sagen wir, fünf Jahren. Die Einrichtungen sind zwar noch teilweise veraltet, immerhin wurde hier schon eine breite Bresche geschlagen, und es wurden verhältnismäßig große Summen im österreichischen Bergbau investiert, aber hier soll folgendes nicht übersehen werden: Ich erinnere daran, daß schon vor zirka einem halben Jahr Stimmen aus bergbaulichen Betrieben laut wurden, daß wir in eine Absatzkrise geraten. Daß diese Stimmen allmählich verstummen, das verdanken wir einer Weltscheinkonjunktur, der sogenannten Rüstungskonjunktur, die den österreichischen Bergbau von der gefürchteten Misere natürlich einstweilen, vorübergehend befreit hat. Aber das wird vorübergehen. Wenn diese Rüstungskonjunktur vorbei ist, dann werden wir im österreichischen Bergbau trotz der Technisierung und trotz der größeren Investitionstätigkeit zur Kenntnis nehmen müssen, daß der bisherige Belegschaftsstand eine Reduktion erfahren muß. Das

1664 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

geschieht natürlich auch in anderen Ländern, auch in den volksdemokratischen Staaten, dort aber mit dem wesentlichen Unterschied, daß die Frage der weiteren Verwendung der Arbeitskräfte, die hier durch die Rationalisierung und Technisierung dieser wichtigen Rohstoffbetriebe überflüssig werden, durch eine Planung des gesamten Arbeitsmarktes, der gesamten Produktion und der gesamten Wirtschaft von Haus aus gelöst ist. Ich befürchte jedoch, daß man hier in Österreich zwar eine Reduktion im Stand der Bergleute vornehmen wird, aber diese Reduktion wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Zahl der Arbeitslosen einfach vermehren.

Nun zur Hüttenindustrie. Da kommt es manchmal vor, daß man Stimmen hört: Ja, was wollen Sie denn, unsere Hüttenindustrie in Linz, in Donawitz, die Edelstahlwerke in Ternitz, in Judenburg usw. blühen und gedeihen! Auch hier wurden große Investitionen vorgenommen, die Werke wurden modernisiert, neue Blockstrecken wurden eingebaut, Blechwalzwerke neuester Konstruktion sind teils bereits in Betrieb, teils werden sie aufgebaut. Dies alles ist im allgemeinen auch erfreulich, aber — und jetzt kommt das Aber — man darf dabei folgendes nicht übersehen: Daß wir heute in der Hüttenindustrie eine Vollbeschäftigung aufweisen, daß wir heute in der Hüttenindustrie geradezu eine Hochkonjunktur erleben, das liegt ja auch auf der Linie der allgemeinen Rüstungskonjunktur in der Weltwirtschaft. Ich verweise darauf: Wenn diese Scheinkonjunktur, diese vorübergehende Rüstungskonjunktur nicht auch für unser Land — in dem Fall in bezug auf unsere Hüttenindustrie — in Betracht gekommen wäre, dann hätten wir es mit einer Misere in der Hüttenindustrie auch in Österreich zu tun. Vergessen wir nicht, wir haben ja bereits Engpässe, die auf die Rüstungskonjunktur der Gegenwart zurückzuführen sind. Wir haben Engpässe in bezug auf die Einfuhr von Legierungsmetallen, wir haben Engpässe in bezug auf die Einfuhr von Kupfer, Zink, Zinn und Blei wie anderer Metalle. Das Geschäft blüht ja. Ist aber diese Rüstungskonjunktur einmal zu Ende, dann allerdings bin ich skeptisch, dann wird es sich zeigen, ob die österreichische Hüttenindustrie imstande sein wird, den gewaltigen neuen Industrien Frankreichs, Belgiens, Englands und Amerikas auf dem Weltmarkt standzuhalten; sie wird dies um so weniger vermögen, weil diese ganze Hüttenindustrie in ihrem Geschäft mehr oder weniger nach dem Westen ausgerichtet ist. Ich weiß schon, daß man auch mit Jugoslawien, mit der Tschechoslowakei, mit Ungarn und mit Polen Geschäfte tätigt, aber diese Geschäfte sind verhältnismäßig äußerst geringfügig. Die

meisten Geschäfte in diesem Sektor werden mit dem Westen getätigt, weil dieser Westen nicht genug an Rüstungsmetallen bekommen kann. Ist diese Konjunktur aber einmal vorüber, dann — das befürchte ich sehr — wird man auch in diesem sehr wichtigen Zweig der verstaatlichten Industrie es mit großen Absatzschwierigkeiten zu tun bekommen, es sei denn, daß man die österreichische Wirtschaftspolitik endlich einmal nach gesunden Grundsätzen ausrichtet, sowohl geographisch als auch vom Standpunkt der früheren Verhältnisse aus gesehen. Dann muß man allerdings sowohl in der Wirtschaftspolitik als auch in der Außenpolitik schließlich eine Wendung um 180 Grad vollziehen. Geschieht dies nicht, dann werden wir trotz der Modernisierung und Technisierung, trotz der hohen Investitionsquote, die man jetzt für die Hüttenindustrie aufwendet, vor geradezu katastrophalen Verhältnissen stehen. So viel also über diese Wirtschaftszweige.

Nun muß man sich aber die Frage vorlegen: Wer leitet und wer führt eigentlich diese Betriebe? Im Jahre 1945 wurden in vielen Fällen einfache Arbeiter, Beamte, Ingenieure zur Führung einzelner solcher Betriebe herangezogen. Eigentlich haben sie die schwerste Arbeit glänzend geleistet. Sie haben ihre Aufgabe gelöst, denn sie haben in schwierigster Zeit oft mit primitiven Mitteln diese Betriebe wieder eingerichtet und in Gang gebracht. Und als der Laden wieder halbwegs in Ordnung war, dann kamen die Direktoren und die heutigen Leiter, die sich damals aus Gründen der Vorsicht sehr, sehr weit nach dem Westen oder ins Ausland abgesetzt hatten. Dann wurden die Arbeiter und unsere Ingenieure, die in den Jahren 1945, in schwerster Zeit, alles getan hatten, um die Betriebe zu reorganisieren, beseitigt, und der ganze Schwarm ehemaliger Agenten und Leiter monopolkapitalistischer Konzerne besetzte wieder die Generaldirektorenposten, mit einem Wort, den Leitungsapparat der verstaatlichten Industrie.

Wenn ich dem Hohen Haus hier also die Frage vorlege, wer die verstaatlichten Betriebe leitet und führt, dann muß ich zur Antwort geben: Gegenwärtig und wahrscheinlich, soweit es sich um die Regierungskoalition und ihren Einfluß handelt, auch in aller Zukunft die alten Herren von gestern, die wir alle aus der ersten Republik her kennen. Als Gewerkschafter haben wir uns mit ihnen herumgeschlagen. Es sind dieselben Herren; ob das nun die Herren Oberegger und Konsorten sind, ist dabei ganz gleichgültig (*erregte Zwischenrufe bei der SPÖ*), aber eines ist sicher: die alten Herren sitzen wieder in ihren gepolsterten Sesseln und leiten den verstaatlichten Sektor.

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1665

Man wird nun sagen: Ja, wir haben ja einen Sozialisten, der dem Ministerium vorsteht, den Herrn Minister Waldbrunner! Ich möchte dem Herrn Minister keineswegs persönlich nahtreten, aber eines muß gesagt werden: Wer glaubt, daß der Herr Bundesminister Waldbrunner der eigentliche Herr dieser Betriebe sei, der irrt sehr. Der eigentliche Herr dieser Betriebe ist nicht der sozialistische Minister Waldbrunner, sondern das sind die großkapitalistischen Konzerne von heute, die in Wahrheit die österreichische Wirtschaft beherrschen. Der Herr Minister ist bestenfalls ein Gouverneur und nicht mehr und hat die Aufträge dieser großkapitalistischen Konzerne zu erfüllen.

Wer ist denn aber der Hauptarrangeur im verstaatlichten Sektor? Es ist nicht der Sozialist Waldbrunner, sondern der ehemalige Industriellensekretär und heutige Finanzminister, Herr Dr. Margarétha. Er hat ja den Geldbeutel in der Hand, er hat daher eigentlich auch die Fäden in der Hand, und er weiß sie auch sehr geschickt zu nützen, wie ja unser Herr Finanzminister überhaupt ein äußerst geschickter Mann ist, der es ausgezeichnet versteht, die Interessen des Monopolkapitalismus in Österreich zu besorgen, denn umsonst hat man ihn ja nicht zum Finanzminister gemacht. Ich bewundere manchmal die Arbeitskraft dieses Mannes, den ich persönlich auch wertschätze, aber der Mann weiß, weshalb man ihn auf diesen Posten gesetzt hat, und er macht auch schließlich seinen Auftraggebern alle Ehre. (Abg. Geisslinger: *Er macht österreichische Finanzpolitik!*) So schaut es also in den verstaatlichten Betrieben aus.

Der Charakter der Verstaatlichung hängt ja nicht davon ab, daß ein Sozialist Minister ist, sondern der Charakter der Verstaatlichungen hängt vom Charakter des Staates überhaupt und von seinem politischen Charakter ab. Es wird wohl niemand behaupten, daß Österreich ein sozialistischer Staat sei, es wird wohl auch niemand behaupten, daß wir eine allumfassende Verstaatlichung in Österreich durchgeführt haben. Das habe ich bereits ausgeführt. Nein, die österreichische Verstaatlichung ist nach den Worten verschiedener sozialistischer Abgeordneter gegenüber den Maßnahmen der volksdemokratischen Staaten reinster Staatskapitalismus. Das, was Sie den Volksdemokratien vorwerfen, gilt in Wahrheit zu 100 Prozent für Österreich.

Jetzt bleibe ich doch einmal auch bei dem Kapitel Staatskapitalismus. Man behauptet, in den Volksdemokratien sei ja nur ein Staatskapitalismus aufgezogen, der dem Arbeiter eigentlich gar nicht diene; ihm sei es gleich,

ob er von dem einen oder von dem anderen ausgebeutet wird. Ist dem nicht so? Das sind ja alles lächerliche Argumente, und es wäre nur gut, wenn Kollege Altenburger einmal eine Reise in die Tschechoslowakei machen würde. (Abg. Geisslinger: *Da kommt er ja nicht mehr zurück!*) Wir garantieren ihm, daß er selbstverständlich wieder wohlbehalten zurückkommt, denn sonst getraut er sich nicht hin. (Abg. Altenburger: *Mir ist mein Leben lieber!*) Ich bin fest davon überzeugt, daß er dann sicher bekehrt zurückkommen wird, zum Schluß findet er dann vielleicht gar hier bei der Linken seinen Platz. (Abg. Geisslinger: *Kriegt er auch so ein Jauker wie die Bischöfe?*)

Staatskapitalismus ist dann gegeben, wenn sich der Staat in den Händen einer kleinen kapitalistischen Schicht befindet. Das ist in Österreich trotz der verhältnismäßig starken sozialistischen Kraft sicherlich der Fall. In den volksdemokratischen Staaten hat sich manches vollzogen, was man in Österreich nicht feststellen kann. (Ruf bei der ÖVP: *Gott sei Dank!*) Die ökonomischen Verhältnisse haben sich grundlegend geändert, ebenso die Besitzverhältnisse und damit auch die politischen Verhältnisse. Ohne Zweifel ist doch die Verstaatlichung in der Tschechoslowakei — um nur ein Beispiel zu nennen — nicht Staatskapitalismus, sondern Staatssozialismus. Wenn Sie als Sozialisten in Österreich endlich einmal das verwirklichen wollen, was Sie immer predigen, den Sozialismus, dann können Sie ja keine anderen Wege gehen als die, die in Prag, Budapest oder Warschau gegangen wurden. Sie müssen ja denselben Weg gehen. Natürlich gibt es dabei Widerstände. Ja glauben Sie denn, daß der privatwirtschaftliche Sektor, daß die Kapitalisten freiwillig der Besitzveränderung zustimmen werden? Es wird große Kämpfe, große Widerstände geben. Es ist aber eine Verdrehung der Tatsachen, bei den volksdemokratischen Staaten von Staatskapitalismus zu reden. Wollen Sie vielleicht behaupten, hier in Österreich gäbe es schon einen großen Sektor eines Staatssozialismus? Das, was Sie von den Volksdemokratien behaupten, das trifft hundertprozentig auf die österreichische verstaatlichte Industrie zu.

Soviel einmal über das unsinnige Gerede vom Staatskapitalismus in den volksdemokratischen Staaten. Wir werden in den nächsten Jahren ja noch genügend Anschauungsunterricht erhalten, ob diese meine Worte richtig sind, daß dieser verstaatlichte Sektor in Österreich nichts anderes ist als Staatskapitalismus zugunsten des großen privatwirtschaftlichen Sektors oder ob er nur ein Element auf dem Wege zum Sozialismus sein wird. Das werden wir alles erleben, und Sie werden noch sehr

1666 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

kleinlaut werden; Sie werden noch manches, ja vieles in Ihren Auffassungen ändern und noch sehr viel Wasser in Ihren antikommunistischen Wein gießen müssen. Dann werden wir einander näherkommen. Das wird dem Lande Österreich nicht schaden, sondern nur dienlich sein.

Nun betrachten wir einmal die übrige Struktur in Österreich. Der Staat ist kapitalistisch, das ist nicht zu leugnen. Wenn man näher hinsieht, dann erkennt man, daß es in unserem kleinen Lande eigentlich nur so von Konzernen und Kartellen wimmelt. Es gibt deren ja bereits hunderte. Gerade die Sozialistische Partei hat durch ihren Sprecher zum Ausdruck gebracht, daß es höchst an der Zeit wäre, daß hier ein richtiges Kartellgesetz beschlossen wird, damit man endlich einmal diesem Kartellunwesen steuern könnte. Sie bestätigt ja alles das, was ich hier vorgebracht habe.

Sie sehen also, die kapitalistischen Konzerne und Kartelle beherrschen nach wie vor das Wirtschaftsleben, diktieren die Preise, nehmen Einfluß auf die Lohngestaltung, und nicht in erster Linie der ÖGB. Das sind alles Tatsachen, die man nicht leugnen kann. Sie werden auch nicht weniger wahr, wenn man sie abstreitet, und sei es im Tag hundertmal. Da gibt es also genug Zehrer am Sozialprodukt, kein Wunder, wenn ein solches Sozialprogramm, das ich namens des Linksblocks dem Hohen Hause vorzulegen vor einigen Tagen die Ehre hatte, nicht verwirklicht werden kann. Freilich, wenn ein verhältnismäßig kleiner Kreis der Bevölkerung einen übergroßen Anteil am Sozialprodukt für sich in Anspruch nimmt, dann bleibt für die Sozialrentner und für die Staatspensionisten, für die Kriegsbeschädigten und schon gar für die politischen Opfer des Faschismus natürlich nichts übrig.

Ich komme nun zum Schluß. Vor zirka vier Wochen hatten wir eine Debatte wegen des Streiks im Herbst dieses Jahres. Da wurde von verschiedenen Rednern der Koalitionsparteien uns Kommunisten der Vorwurf gemacht, wir hätten den Streik vom Zaune gebrochen, er sei gegen den Willen der Arbeiterschaft organisiert worden, die Arbeiterschaft sei ja ohnehin zufrieden, sie hätte ja niemals daran gedacht, zu streiken; aber wir wollten putschen, wir wollten die Staatsform verändern, und anderes mehr. Und was geschah weiter? Eine Reihe von ehrlichen, braven Vertrauensmännern wurde gemaßregelt. Sie wurden zuerst verhaftet, eingesperrt, und dann hat man auf unsere Interpellation erklärt: Was wollt Ihr denn? Die Menschen haben ja selbst ihr Schicksal herausfordert, sie haben ja Sabotage betrieben, sie haben ja die Absicht gehabt,

wertvolle Betriebseinrichtungen zu zerstören, sie haben mit Terror die Arbeitswilligen zum Streik zu veranlassen gesucht, und anderes mehr. Das alles sei gegen die demokratischen Gesetze. Da müßten sie eben zur Kenntnis nehmen, daß sie zur Verantwortung gezogen werden. Daher die Verhaftungen, daher die kommenden Gerichtsprozesse. Und nun wollen wir uns kurz darüber unterhalten, was denn dabei herausgekommen ist.

Es kam ja gar nicht zu diesen Gerichtsprozessen, weil schon der Untersuchungsrichter trotz aller Bemühungen feststellen mußte, daß man den Gemaßregelten und Verhafteten, zum Beispiel den Betriebsräten in Donawitz, nicht das geringste nachsagen kann. Im Gegenteil, diese Männer haben alles unternommen, um jede Schädigung des Betriebes hintanzuhalten, haben die Maßnahmen des Streiks mit den verantwortlichen Chefingenieuren besprochen, haben Anleitungen, Wünsche der Direktionen zur Kenntnis genommen, und sie haben nichts anderes gemacht, als daß sie in Abteilungsversammlungen die arbeitenden Menschen zusammengerufen haben und ihnen als Vertrauensmänner die Frage vorlegten: Wollt ihr streiken oder wollt ihr nicht streiken? So war es zum Beispiel in Donawitz. Aber bei diesen Abteilungsversammlungen kam es dann schon zu diesen bedauerlichen politischen Maßregelungen. Die Direktoren — nicht alle, aber einige — liefen zur Polizei, zur Gendarmerie und verlangten: Diese Menschen müssen verhaftet werden! Und sie wurden verhaftet. Die Werkstätten und die Betriebe wurden mehr oder weniger Lager von Polizisten und Gendarmen. So fing es an. Nun hat man sie verhaftet, man hat sie von Leoben nach Graz transportiert, wie wenn sie Schwerverbrecher wären, und der Untersuchungsrichter begann sein Werk. Er hat alle Menschen einvernommen, hat die Direktoren gefragt, und kein einziger hat das bestätigt, was hier von dieser Stelle aus an Verleumdungen und Lügen über diese Vertrauensmänner gesagt worden ist. Was ist dann das Ergebnis dieser politischen Maßregelungen gewesen? Der Untersuchungsrichter mußte dem Staatsanwalt den Antrag überreichen: Gegen die Leute ist beim besten Willen nichts zu sagen, ich finde bei allen Bemühungen keine Strafdelikte, wir müssen daher die Menschen enthaften. Tatsächlich hat vor einigen Tagen die Staatsanwaltschaft in Graz das Verfahren vollkommen eingestellt.

Ist damit die Sache erledigt? Nein! Damit ist die Sache nicht erledigt, und jetzt frage ich: Was geschieht mit diesen gemaßregelten Vertrauensmännern? Herr Minister Waldbrunner! Sie haben auf Grund meiner An-

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1667

frage gesagt: Verehrter Herr Abgeordneter, ich kann dem Gerichte nicht vorgreifen, ich muß abwarten, diese Menschen haben wahrscheinlich Strafdelikte begangen; da muß ich schon dem Gericht freien Lauf lassen. Jetzt ist das eingetreten, Herr Minister Waldbrunner! Sie haben gesagt, vorgreifen können Sie nicht, Sie werden sehen, was dabei herauskommt. Nun sehen Sie, was herausgekommen ist. Sie haben ja auch zum Teil diese bedauerlichen Maßnahmen durch Ihre Person gedeckt. Sie sind schließlich der Verantwortliche dafür, Sie sind dafür dem Parlament und der gesamten Bevölkerung und nicht zuletzt auch gegenüber diesen Vertrauensmännern verantwortlich. Nun haben Sie Gelegenheit zu sagen: Herausgekommen ist nichts, jetzt muß ich eben handeln. Jetzt werden Sie, Herr Minister, handeln, so wie Sie mir auf die Interpellation gesagt haben: Wenn nichts herauskommt, werden die Menschen selbstverständlich wieder eingestellt. Ich erwarte daher von Ihnen, Herr Minister, daß Sie sogleich, und nicht erst nach Wochen oder Monaten, den Ihnen unterstellten Generaldirektionen den Auftrag erteilen, die gemäßregelten Vertrauensmänner sofort wieder einzustellen. Selbstverständlich hat man ihnen auch die Schäden zu ersetzen, die ihnen durch diese vollkommen ungerechtfertigte Behandlung erwachsen sind.

Wenn diese Fälle erörtert werden, erinnere ich mich immer an die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Herr Minister Waldbrunner, Sie wissen es so wie ich und die übrigen Kollegen auch, daß sich vor einem halben Jahrhundert genau dasselbe abgespielt hat. Erzreaktionäre Fabrikanten kamen zur Gendarmerie, zur Polizei und sogar zu Militärrkommandanten und sagten, die Vertrauensmänner müßten verhaftet werden, sie seien Aufhetzer, ob das nun ein Schacherl, Resel oder Tuller war. Sie wurden auch verhaftet, eingekerkert, und es wurde ihnen der Prozeß gemacht. Die Geschworenengerichte aber, vor die sie gestellt wurden, mußten sie wieder freisprechen. All das ist also schon da gewesen und wiederholt sich jetzt nur, allerdings mit einem wesentlichen Unterschied: Damals waren es erzreaktionäre Ausbeuter und kapitalistische Agenten, heute müssen diese Maßnahmen schließlich auf das Konto von sozialistischen Menschen gebucht werden. Eine sehr bedauerliche Angelegenheit!

Ich fordere von dieser Stelle nochmals die sofortige Wiedereinstellung aller dieser gemäßregelten Personen und eine Entschädigung für ihren Verdienstengang. Ich bin ganz überzeugt davon, daß dies nicht nur auf der Linie des primitivsten Gerechtigkeitsempfindens liegt, sondern daß es auch im

Sinne des Ansehens unserer Rechtsprechung und unseres Landes geboten ist.

Ich möchte zum Schluß noch folgendes sagen: Schluß mit den Verfolgungen von Arbeitervertrauensmännern, die nur ihre Pflicht erfüllt haben! Schluß aber auch mit der privatkapitalistischen Verfilzung der verstaatlichten Industrie! Mehr Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und vor allem, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Sozialistischen Partei und nicht zuletzt auch des Arbeiter- und Angestelltenbundes, mehr wirklichen Einfluß der Arbeiterschaft auf die Führung der verstaatlichten Betriebe! (Abg. Horn: Aber auch Schluß mit dem Terror in den USIA-Betrieben! — Abg. Frühwirth: Auch Schluß mit den Verhören durch russische Kommandanturen! — Weitere Zwischenrufe.)

Präsident Böhm: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Geisslinger. (Andauernde Zwischenrufe.) Ich bitte um Ruhe, meine Herren. Auch die Ordner sollten in der Regel ihr Geschäft ruhiger besorgen. (Unruhe.) Ich bitte, es spricht der Abg. Geisslinger.

Abg. Geisslinger: Hohes Haus! Wir haben in dem Kapitel, das jetzt zur Verhandlung steht, eine ganze Reihe von Betrieben zu behandeln. Es gibt da einige arme Stieftkinder, die sich nicht entwickeln können, es gibt einen Musterknaben, und es gibt ein Sorgenkind, die Österreichischen Bundesbahnen.

Zu den drei „Armitschkerln“, von denen ich reden will, gehört zunächst die Schiffahrt und die Luftschiffahrt. Wir bedauern, daß es unmöglich ist, auf diesen beiden Gebieten auch nur irgendwie Fuß zu fassen und durchzudringen. Es hat also nicht viel Sinn, wenn wir dazu mehr sagen als das „ceterum censeo“ des österreichischen Parlaments: Gebt uns endlich auch auf diesem Gebiet unsere Freiheit wieder! Der Herr Abg. Elser hat vorsichtigerweise über diese beiden Kapitel kein Wort verloren. Ich möchte wieder einmal die Gelegenheit ergreifen, mit aller Eindeutigkeit gegen den unsinnigen Begriff „Deutsches Eigentum“ dort aufzutreten, wo es sich um Institutionen handelt, die, wie zum Beispiel die Schiffahrt, weit über hundert Jahre in Österreich existieren, von Österreich ihren Ausgangspunkt genommen haben, die aber heute als deutsches Eigentum betrachtet werden. Wir haben den unsinnigen Zustand, daß die Stationsgebäude in Österreich jetzt einer fremden Macht gehören und daß wir uns nicht trauen dürfen, mit den Schiffen, die uns gehören, über Linz herunter zu fahren, weil sie sonst wahrscheinlich in den Volksdemokratien verschwinden würden. Ich kann also dazu nur eines sagen und noch einmal klar und eindeutig fordern: Freiheit für Österreich!

1668 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

Dann haben wir die Ravag. Es hieße Eulen nach Athen tragen, wenn wir darüber noch reden würden. Ich denke an die Zeit des „geliebten Führers“: Wenn man da das Radio aufgedreht hat, hat einer einen Vortrag gehalten, über den man einen Riesenbart bekommen hat. Da hat man das Radio, für das man so viel hat zahlen müssen, wieder abgedreht. Und heute ist es dasselbe. Am erbitterndsten und empörendsten ist, daß wir heute für Vorträge zahlen müssen, für die kein Mensch in Österreich Interesse hat. Auch das muß klar und eindeutig gesagt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Das Musterkind in der Reihe ist der verehrte Herr Postdirektor, der so glücklich ist, aus allen Debatten glorreicher hervorzugehen. Man befaßt sich in erster Linie ganz stark mit den Bundesbahnen, und so kommt es, daß er immer verhältnismäßig ungeschoren aus der Affäre heraussteigt. Ich möchte ihm nur sagen, daß die ländliche Bevölkerung mit ihm deshalb furchtbar unzufrieden ist, weil er auffällig in einer Reihe von Orten nur zweimal in der Woche zustellen läßt. Bitte, lieber Herr Generaldirektor, schauen Sie, daß Ihr Nimbus als Musterknabe noch mehr steigt, und zerbrechen Sie sich den Kopf darüber, wie es zu machen wäre, daß auch die Postzustellung auf dem flachen Lande besser wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun kommen wir zu dem größten Sorgenkind: zu den Österreichischen Bundesbahnen. Der Herr Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe hat am Montag eine Konferenz, eigentlich eine Enquête einberufen, die sich damit befaßt hat, wie man in Österreich den Fremdenverkehr ankurbeln könnte. Und da muß ich jetzt sagen: Wo mein Freund Elser liebt, da kann ich nicht hassen, denn eigentlich hat er heute keine Kontrarede gehalten, sondern er hat eigentlich den Herrn Minister überraschend sanft gestreichelt und hat uns lediglich einen Vortrag gehalten, wie er sich die verstaatlichten Betriebe vorstellt. Er hat den Herrn Minister Altenburger nach Prag eingeladen, sich das dort anzusehen. Wir haben aber Angst, daß er nicht mehr zurückkommt, und so behalten wir ihn lieber da, bis eine gewisse Sicherheit gegeben ist. Der Herr Abg. Elser hat gemeint, er würde bekehrt zurückkommen. Wir sind nicht so erpicht, die Injektion auszuprobieren, die die Angeklagten bei den Schauprozessen in den Volksdemokratien auskosten müssen. (Heiterkeit.)

Festgestellt werden muß die Tatsache, daß gerade auf dem Gebiet der Österreichischen Bundesbahnen seit dem Jahre 1945 sehr viel geleistet worden ist. Kollege Elser hat gemeint, man müßte die Eisenbahner gegen die

breite Öffentlichkeit in Schutz nehmen. Dieser Auffassung bin ich nicht; denn alles das, was früher über die Eisenbahner an Erbitterung niedergegangen ist, das hat sich eigentlich verloren, und es beginnt sich doch die Ansicht durchzuringen, daß da eine Masse von rund 80.000 Menschen eine Arbeit leistet, die sich sehen lassen kann, daß die Mittel, die investiert werden, wirklich etwas darstellen und daß der Aufbau schon international anerkannt wird.

Der Spezialbericht sagt zu dieser Gruppe, daß die Eisenbahner teilweise die Urlaube nur bis zu 35 Prozent abwickeln konnten und daß die Bediensteten 450.000 Überstunden geleistet haben, die ihnen in gar keiner Weise abgegolten werden. Darf ich darauf hinweisen, daß im Jahre 1945 105.000 Eisenbahner Dienst gemacht haben. Die Verhältnisse im Verkehr haben sich gebessert, der Verkehr ist stark intensiviert worden, darüber hinaus wurde jedoch die Zahl der Eisenbahner von 105.000 bis zum Jahre 1950 auf 78.000 gesenkt und soll noch weiter gesenkt werden. Darf ich ferner darauf hinweisen, wieviel auf dem Gebiet der Elektrifizierung trotz der verhältnismäßig kleinen Mittel geschehen ist. Das sind Taten, die die Gesamtheit der Eisenbahnerschaft in einem herrlichen Zusammenwirken gesetzt hat und die zweifellos die Beachtung und Anerkennung des Hohen Hauses und der Öffentlichkeit verdienen.

Vielleicht darf ich noch einige kleine Dinge anführen, die schon wert sind, daß man sie erörtert. Es ist bis heute nicht gelungen, das Verhältnis Schiene und Straße zu klären. Der Herr Kollege Elser hat erklärt, man müsse das ganz an den Staat ziehen und den Privatkapitalismus ausschalten. Ich bin der Auffassung, daß ein gesunder Konkurrenzkampf gar nicht schadet, und wenn man im Jahre 1945 die Privatunternehmer auf den Plan gerufen hat, in einer Zeit, in der die Österreichischen Bundesbahnen wirklich nicht befördern konnten, dann kann man sie heute nicht einfach abmurksen. Aber eines ist notwendig und muß endlich einmal durchgesetzt werden: Dieses unglaubliche Tohuwabohu auf den Straßen und im Verkehr, daß Eisenbahn und Autobus nebeneinander fahren, aber nicht nur Eisenbahn und Autobus, sondern daß beim Autobus KÖB, Kraftwagendienst, Post, die verschiedenen Länder- und Privatunternehmen und alles mögliche kreuz und quer durcheinander fahren, das ist doch ein Zustand, der keinem Menschen nützt und der selbstverständlich dazu führen muß, daß wir heute oder morgen vor einem vollständigen Verkehrsbankrott stehen werden und künstlich ein Defizit schaffen, bei dem niemand gewinnt und alle verlieren.

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1669

Eine andere Frage, die vielleicht von untergeordneter Natur, aber doch sehr wichtig ist, ist die Frage der Dienstwohnungen. Der Herr Minister hat im Finanzausschuß darauf hingewiesen, daß die Eisenbahner nunmehr in höherem Maße mit Dienstwohnungen versorgt werden. Darf ich vielleicht darauf hinweisen, daß dies eine Lebensfrage für die Eisenbahner ist; denn ein Mensch, der, wie Sie sehen, eine ungeheure Zahl an Überstunden zu leisten hat, ein Mensch, der erhöhten Dienst leisten muß, der sich, weil er nicht zu Hause, sondern auswärts ißt, auch schwerer verköstigt und an den großen Anforderungen gestellt werden, der muß wirklich seine Ruhezeit in Ruhe verbringen können. Das liegt daher nicht nur im Interesse des Eisenbahners und seiner Gesundheit, sondern es liegt auch im Interesse tausender Menschen, die täglich auf den Bahnen befördert werden und deren Sicherheit nur durch ein gesundes und ausgeruhtes Personal garantiert wird.

Und da möchte ich den Herrn Minister auf die große Härte aufmerksam machen, mit der man Menschen behandelt, wenn sie sich im Ruhestand befinden und noch Dienstwohnungen bewohnen. Ich habe hier einen konkreten Fall vor Augen. Aus dem Administrationsgebäude gegenüber dem Westbahnhof wurde unter den vielen Leuten, die dort wohnen, ausgerechnet ein alter Oberinspektor hinausgeworfen, der rund 40 Dienstjahre hatte, der dort wohl mit seiner Frau eine Dreizimmerwohnung bewohnte, der aber selbst erklärte, daß er eine so große Wohnung gar nicht behalten wolle und bereit sei, sie gegen eine kleinere Wohnung zu tauschen. Es hat ihm alles nichts genützt. Man hat ihm eine Zimmer-und-Küche-Wohnung zugewiesen. Als ich intervenierte, hat ein sehr untergeordneter Beamter bei der Bundesbahndirektion Wien sich sehr unqualifizierbar benommen und hat mir, einem alten Eisenbahner und Volksbeauftragten, erklären wollen, worum ich mich kümmern soll, nur nicht um Wohnungsangelegenheiten eines armen Menschen. Er hat erklärt, daß Zimmer und Küche genug seien für zwei Personen, denen vorher eine Dreizimmerwohnung zur Verfügung stand. Er selbst aber ist in einer Zweizimmerwohnung im Aufnahmestraße in Nußdorf eingezogen. Den alten Oberinspektor hat man versprochen, daß man ihm in der Provinz draußen etwas geben will. Er war völlig zufrieden damit. Er hat aber eine solche Wohnungszuweisung bis heute nicht bekommen. Es ist natürlich nicht möglich, daß man vieljahrzehntelange Arbeit in der Form belohnt, daß man den Menschen auf die Straße setzt und ihm dann nicht einmal die primitivsten Lebensbedürfnisse befriedigt.

Nun möchte ich aber zu einer Frage kommen, die vielleicht die größte Belastungsprobe ist, der die Koalition von Tag zu Tag mehr ausgesetzt wird. Man hat die Koalition gestern und heute nicht immer sehr geschmackvoll als eine Ehe dargestellt, und man hat mit mehr oder minder witzigen Worten die Verunreinigung als etwas unerhört Humoristisches hingestellt. Ich glaube, wir müssen die Frage der Koalition doch ernster nehmen. Ich weiß es schon, daß auf der ganz linken Seite die Freude groß wäre, wenn der eine „senile“ Ehepartner versagen würde, wenn die „Mißgeburt von einem Kind“ schließlich zu einem endgültigen Zerwürfnis führen würde. Aber, meine Herren, eines muß uns doch allen klar sein: Wenn diese Koalition ausläßt, dann ist die Demokratie in Österreich ein für alle mal vorbei! Und deswegen besteht auch für die Menschen, die dieses Österreich ernst nehmen, die seine Freiheit und Demokratie wirklich erhalten wollen, die ganz ernste Frage, wie wir uns zu dieser Koalition einstellen.

Es sei ganz offen und ehrlich zugegeben, daß die Koalition keine Liebesehe ist, trennen uns doch in weltanschaulichen Dingen ganz große Gegensätze. Das ist klar. Aber heute, wo das Vaterland in Gefahr ist, müssen wir zusammenhalten. (Abg. Scharf: Eine unmoralische Ehe!) Herr Kollege Scharf, reden Sie uns doch nichts darein, Sie waren auch einmal in der Familie drinnen. (Heiterkeit. — Abg. Paula Wallisch: Renegaten haben keine Moral!) Wir haben Sie beim Gehen verloren, es tut uns nicht leid um Sie. Wir gönnen Sie dem Linksblock; wer weiß, ob er es nicht bereut, daß er Sie als Findelkind adoptiert hat.

Ich möchte eines klar und deutlich sagen: Zur Koalition gehört auch eine ganz starke Koalitionsgefühl — auf beiden Seiten! Und auf beiden Seiten muß die Bereitwilligkeit bestehen, für diese Koalition, wenn es sein muß, große und schwerste Opfer zu bringen.

Darf ich nun einige Worte zum Ministerium selbst sagen. Dieses Ministerium ist ja praktisch deswegen geschaffen worden, weil die Sozialisten — und ich habe Verständnis dafür — ein Wirtschaftsministerium haben wollten. Es ist also aus rein politischen Erwägungen heraus eine Trennung von Handel und Verkehr vorgenommen worden, die früher in einem Ministerium vereinigt waren. Es ist dann etwas Weiteres geschehen. Das möchte ich heute ganz offen sagen. Bisher hat man die Übung gehabt, in ein Ministerium, in dem ein ÖVP-Minister war, einen SPÖ-Staatssekretär hinzusetzen, oder umgekehrt. Man hat dadurch erreicht, daß einer auf den anderen aufpaßt und eine

1670 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

gewisse Kontrolle gegeben ist. Da ist aber dann etwas Unverständliches geschehen. Man hat zu einem sozialistischen Minister einen sozialistischen Staatssekretär hingestellt, und jetzt stolpert praktisch einer über den anderen. (*Heiterkeit.*) Die ganze Konstruktion hat eigentlich keine richtige Basis und keinen rechten Sinn. Aber gut, die Konstruktion ist nun einmal da, wir können es momentan nicht ändern.

Worauf sich das aber sehr bös auswirkt, ist die Personalwirtschaft. Darf ich Ihnen jetzt eine Gegenüberstellung bringen: ein und dasselbe Ressort, Post, Bahn und das Sozialversicherungsinstitut der Österreichischen Bundesbahnen. Bei der Post wird die Personalwirtschaft durch die Generaldirektion oder die Direktionen besorgt. Die Entscheidungen werden dann der Personalvertretung mitgeteilt, und sie nimmt sie zur Kenntnis. Wir sehen also dort wirklich eine sehr, sehr ausgewogene Personalwirtschaft. Bei der Eisenbahn ist alles aber ganz anders. Es gibt bei der Bahn nichts, wo nicht die Personalvertretung dreinredet. Das geht so weit, daß man, wenn zum Beispiel zufällig in Wien drei oder vier Fachreferenten zusammenkommen, im Zentralkomitee — allen Ernstes ist das der Fall gewesen — verlangt hat, der Herr Generaldirektor möge das Gedächtnisprotokoll dieser Zusammenkunft herbeischaffen, wobei gar nicht festgestellt war, ob sie überhaupt zusammengekommen sind, um Dienstliches zu besprechen. Im Rechnungshof-Einschaubericht hat der Rechnungshof darüber Klage geführt, daß zum Beispiel Ausrüstungsgegenstände verlorengehen und man das Gefühl hat, daß manchmal die nötige Obsorge fehlt. Man hat nun verlangt, daß dort, wo leichtfertig etwas verlorengegangen ist, der betreffende Verlierer zur Verantwortung gezogen wird. Man hat auch eine Reform der Personalküchen verlangt. Zu beiden Fragen hat, wie der Rechnungshof-Einschaubericht sagt, die Personalvertretung „jetzt“ gesagt, und es ist bei dem jetzt geblieben.

Und jetzt kommt das Dritte. Beim Sozialversicherungsinstitut der Österreichischen Bundesbahnen sind die Sozialisten die absoluten Herren. Der „Pölzer Loisl“ ist der unumschränkte Herr, der dort ein gewaltiges und energisches Kommando führt. Wenn dort jemand aufgenommen wird, fragt kein Mensch den Betriebsrat, sondern da wird einfach gesagt: Der wird aufgenommen. Und es wird weiter gesagt: Herr Betriebsrat, das haben Sie innerhalb von drei Tagen zur Kenntnis zu nehmen! Und der ganze Fall ist erledigt. Sehen Sie, so differenziert darf man in der Personalwirtschaft selbstverständlich nicht vorgehen.

Wie schaut es denn nun wirklich aus, wenn einmal ein Posten wirklich vergeben wird? Irgendwo bei einer Dienststelle wird ein Posten frei. Da tritt nun schon der lokale Vertrauensmann auf, und der drückt, auf schön deutsch gesagt, dem Vorstand seine Daumen ins Äugl hinein und setzt ihn schon unter einen gewissen Druck, um einen bestimmten Vorschlag zu erreichen. Dieser geht dann zur Direktion hinein, und bei der Direktion wird dann auf den Referenten ein weiterer Druck ausgeübt. Dieser muß hundert Für und Wider finden, um den Wünschen der Personalvertretung gerecht zu werden.

Und so kommt es, meine Herren — diese Seite der Personalpolitik kennen Sie nicht, die kenne ich, weil an mich soviele Menschen herantreten —, daß sich heute ein Teil der Menschen bei den Österreichischen Bundesbahnen genau so unfrei fühlt wie in der Zeit von 1938 bis 1945. (*Ruf bei der SPÖ: Wie nach 1934!*) Meinetwegen, ich bin bereit, Ihnen Konzessionen zu machen. (*Abg. Marianne Pollak: Von 1934 bis 1938!*) Auf das soll es nicht ankommen, aber ich sagte 1938 bis 1945, weil in dieser Zeit der stärkste Druck ausgeübt worden ist. (*Abg. Reismann: Das können Sie doch nicht vergleichen!*) Heute, meine Herren, zittern die Bundesbahner vor der Personalvertretung mehr als vor ihrer Verwaltung — vor der zittern sie nicht —, weil sie nur dann, wenn sie zehnmal geeicht sind, imstande sind, bei den Österreichischen Bundesbahnen zu arbeiten. (*Abg. Marianne Pollak: Besser vor der Personalvertretung zu zittern als vor dem KZ, in dem man einmal war!*) — *Abg. Altenburger: Das ist ein KZ, was der Waldbrunner betreibt, schauen Sie sich das doch einmal an!* — Weitere Zwischenrufe.) Frau Kollegin, seien Sie nicht bös, ich verstehe Sie hier nicht und kann Ihnen daher keine Antwort geben.

Präsident Böhm (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte, den Redner aussprechen zu lassen! Wenn viele reden, dann versteht man niemanden.

Abg. Geisslinger (*fortsetzend*): Ich weiß schon, daß bis zu einem gewissen Grad die Personalvertretungsvorschrift daran schuld ist; aber, meine Damen und Herren, schuld daran ist auch, daß kein Mensch da ist, der die Personalvertretung auf ihre dieser Personalvertretungsvorschrift entsprechende Kompetenz zurückweist, und daß dabei jede Minorität in den Betrieben der Österreichischen Bundesbahnen an die Mauer gedrückt wird.

Das wirkt sich nun ganz stark bei den kleinen Leuten aus, aber ich darf auch auf das hinweisen, wo es vielleicht sichtbarer in Erscheinung tritt. Da gibt es eine Gruppe von

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1671

leitenden Beamten, das sind zufällig auch die Akademiker oder in erster Linie die Akademiker, die von der Pike auf bei der Eisenbahn gedient haben und die natürlich alle Notwendigkeiten und Schwierigkeiten des Betriebes kennen. Und es gibt Gott sei Dank noch Menschen, denen das Rückgrat in Österreich noch nicht gebrochen ist und die sich getrauen, eine eigene Meinung zu haben. Der Herr Staatssekretär Übeleis hat nun, als er noch Minister war, das Wort geprägt, er würde — und ich habe das damals im Parlament unter Ihrer begeisterten Zustimmung zitiert — den Beweis dafür führen, daß auch ein Nichtakademiker den Posten des Akademikers ausfüllen könne. Der Beweis ist nicht lückenlos gelungen, denn, wie ich jetzt auf Grund einer Umfrage erfahren habe, ist eine ganze Reihe von Hochschülern aufgenommen worden, die tatsächlich gebraucht werden, weil man eben doch auf gewissen Posten den Akademiker braucht.

Nun ist am 22. November im Parlament dem Herrn Kollegen Eibegger ein kleines Malheur passiert. Er hat ein Wort gesprochen, das doch auch hier bei diesem Kapitel noch einmal erörtert werden soll. Er hat folgendes erklärt — und ich zitiere wörtlich (*liest*): „Die Sozialistische Partei wünscht und wird alles daran setzen, daß auch Sozialisten, also auch Mitglieder des Bundes sozialistischer Akademiker, auf leitende Posten der Staatsverwaltung und der verstaatlichen Betriebe kommen.“ So weit schön, das ist ein demokratisches Recht, über das es gar nichts zu reden gibt. Es heißt hier aber weiter (*liest*): „Viel Zeit und Arbeit geht den sozialistischen Ministern vielfach heute noch dadurch verloren, daß ihnen und ihrer Arbeit eine nicht gutgesinnte konservative, vielfach reaktionäre Beamtenschaft gegenübersteht.“ (*Abg. Kysela: Ist das vielleicht nicht wahr?*) Lassen Sie mich nur ausreden. Meine lieben Damen und Herren, ich sage Ihnen eines: Sehen Sie, ich denke da daran, wie der verehrte Vorgänger des Herrn Ministers Waldbrunner, der Herr Staatssekretär Übeleis geschieden ist. Ich kann mir schon vorstellen, warum das geschehen ist. Er und ich, wir haben eine gemeinsame Krankheit. Ich möchte feststellen, daß wir Eisenbahner ja als sechste Menschenrasse betrachtet werden. (*Heiterkeit.*) Wir sind es auch, wir bekennen uns dazu. Suchen Sie irgendeine Gruppe, die dieses gigantische Maß an Überstunden, diese Überleistungen macht, wie es der Eisenbahner tut! Wir haben nun einmal den Fehler, daß wir, wo immer wir hingestellt werden, uns zunächst als Eisenbahner fühlen und dann erst als alles andere betrachten, und Feuer schreien, wenn der Eisenbahn etwas droht. Diesen Fehler hat

auch der Herr Staatssekretär Übeleis gehabt. (*Abg. Reismann: Waldbrunner schon nimmer?*) Nein, Waldbrunner nimmer. Und diesen Fehler hat er auch büßen müssen.

Der Herr Minister möge es nicht als Angriff betrachten und mir nicht böse sein, aber Herr Minister: Bei der Eisenbahn muß einer Fachmann sein! Es geht einfach nicht anders. Und wenn nun ein Minister kommt, der nicht von der Pike auf bei der Eisenbahn gedient hat, dann gibt es ein furchtbar einfaches Mittel, das ist, daß er sich auf den Fachmann, den Beamten verläßt, der zur Bahn gekommen ist, genau so als Baraber angefangen hat — wobei dieser Ausdruck Baraber im schönsten Sinne gemeint ist. Der Eisenbahner weiß ganz genau, daß der Fahrdienstleiter nichts ist, wenn ihn der Weichensteller im Stiche läßt, der Ingenieur weiß ganz genau, daß er auf den Baraber — wieder als Ehrentitel betrachtet — angewiesen ist, und der Baraber — wieder als Ehrentitel gedacht — weiß ganz genau, daß er ohne Ingenieur nicht auskommen kann. (*Abg. Weikhart: Vaugoin hat auch so angefangen!*) Weikhart, sei ruhig, mit Dir setze ich mich noch auseinander. Daher ist die Eisenbahn ein Betrieb, der einfach wie eine einheitliche, geschlossene Masse dasteht. Und wenn nun, Herr Minister, irgendein ganz oben stehender Mann glaubt, daß er dieses Berufsbeamtenamt entbehren kann, dann soll er sich lauter Kanzleigehilfen und Briefträger aufnehmen, und er tut sich leichter, weil die billiger kommen.

Darf ich in diesem Zusammenhang auf eines hinweisen: Man hat bei den Bundesbahnen eine großartig angekündigte Verwaltungsreform gemacht. Auch unsere ÖVP-Minister waren von dieser grandiosen Tat erschüttert, die da bei den Bundesbahnen gesetzt wird, und haben unter dem Druck dieser großen Argumente nachgegeben. Wissen Sie, meine Damen und Herren, wie diese Verwaltungsreform ausschaut? Man hat eine ganze Reihe von Betrieben zentralisiert, die noch dazugekommen sind. Abgesehen von der Zentralisierung hat man heute um sieben Leute mehr in der Generaldirektion, als man früher gehabt hat. Man hat aber eine ganze Reihe von Leuten auf die Seite geschoben, die einem unsympathisch oder unangenehm waren. Die ganze Verwaltungsreform hat sich als ein ganz großer Humbug erwiesen.

Ich möchte nun zu den damaligen Ausführungen des Kollegen Eibegger einiges sagen. Wir müssen uns darüber klar sein, daß wir, wenn wir bei den Österreichischen Bundesbahnen im Verkehrsministerium weiterkommen wollen, nur einen Weg haben, und dieser eine Weg ist die wirkliche Zusammenarbeit. Es genügt nicht, wenn Sie uns in den Oktober-

1672 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

tagen eine Parte geschickt haben, auf der gestanden ist, daß die Rote Katze krepirt sei, wenn diese Rote Katze in einem Steigerl im Verkehrsministerium aufbewahrt und sorgsam weiter gefüttert wird und durch ihr ständiges Miauen immer wieder darauf aufmerksam macht, daß sie nicht Urständ feiert, sondern unter Denkmalschutz noch weiter konserviert wird. Diese Feststellung muß heute klar und deutlich gemacht werden.

Ich habe darauf hingewiesen, daß Akademiker aufgenommen worden sind. Der Herr Minister Migsch hat gestern einen netten Vergleich angeführt und gesagt: Wenn man das Operntheater führen will, kann man nur die besten Regisseure und Schauspieler aufnehmen. Ich habe bis jetzt 12 Akademiker festgestellt, die neu aufgenommen worden sind; es werden wahrscheinlich mehr sein. Ich habe mich bemüht, einen darunter zu finden, der der ÖVP angehört, ich habe aber keinen gefunden! (*Rufe bei den Sozialisten: Die sind eben tüchtiger!*) Bitte, die Gescheiteren habt nur Ihr? Wir werden einmal kommissionell versuchen, sie zu perlustrieren, um das festzustellen, ob es sich wirklich um die Besten handelt. Ich möchte also dem Herrn Minister eines sagen: Ich bin im Frühjahr hier gestanden und habe beim Kapitel Verkehr zu ihm gesprochen. Ich bin von ihm nicht verstanden worden, aber nicht deshalb, weil ich in einer so frappierenden Art redete. (*Abg. Weikhart: Aber die Eisenbahner verstehen Sie auch nicht, das haben die Personalvertretungswahlen gezeigt!*) Die waren schon vorbei, Herr Kollege Weikhart! Darf ich Ihnen eines sagen: Ich habe mich gestern mit Ihnen befaßt, als ich in Meidling vor einem Plakat gestanden bin, auf dem die Sieger vom Oktober 1950 dargestellt sind. Dort habe ich Sie gesehen mit hohem Stehkragen, elegant, als absolut jovialen, feinen, lieben Kerl. Da habe ich daran gedacht, wie Sie unlängst von Ihrer Leine losgelassen worden sind und Sie da auf mich losgedonnert haben, daß Ihnen die Adern anschwollen. Herr Kollege Weikhart, entweder Sie lassen sich als Wildling photographieren oder als zahmer Mensch, aber dann müssen Sie auch da brav sein und nicht so umeinanderwildeln! (*Heiterkeit.* — *Abg. Weikhart: Ich weiß schon, daß das dem Geisslinger unangenehm ist!*)

Darf ich also, Hohes Haus, dazu noch als Letztes sagen: Die ÖVP wird für dieses Kapitel des Budgets ziffernmäßig stimmen, Herr Minister, aber nur ziffernmäßig. Ich möchte Ihnen noch einmal wirklich herzlich und ehrlich die Hand im Namen der nicht-sozialistischen Eisenbahner hinstrecken und Ihnen sagen: Wir arbeiten ja für ein Vaterland, für einen Betrieb, wir wollen also zu-

sammenarbeiten, Herr Minister! Wir verlangen und wünschen, daß die Zusammenarbeit eine gedeihliche ist und daß die Debatte bei unserem Kapitel so abgeführt wird wie zum Beispiel beim sozialistischen Minister für soziale Verwaltung. Lassen Sie es, Herr Minister, nicht darauf ankommen, daß wir heute in einem Jahr als ÖAAB-Abgeordnete uns vielleicht ernstlich mit dem Gedanken tragen müssen, ob wir überhaupt noch imstande sind, für das Kapitel Verkehr im Budget des neuen Jahres stimmen zu können und stimmen zu dürfen! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Böhm: Zum Wort gelangt der Herr Abg. Buchberger. (*Abg. Reismann: Also was sagen die Hausherren zu der Eisenbahn?*)

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Buchberger: Ich muß gleich auf einen Einwand, der mir, bevor ich noch begonnen habe, als Zwischenruf zu Ohren gekommen ist, antworten. Was ich gestern ausgeführt habe, hat mit Hausherren gar nichts zu tun. (*Zwischenrufe.*) Wer noch diese alten Phrasen anwendet, ist nur zu bedauern. Wenn jemand das große soziale und wirtschaftliche Moment, das darin liegt, überhaupt nicht erkennt, dann ist er eben das, was ich aus der amerikanischen Zeitung angeführt habe, „imbecile“, wie der Amerikaner sagt. Vielleicht können Sie sich diesen Ausdruck in der gehörigen Weise übersetzen.

Ich will aber heute nur zum Kapitel Eisenbahnen sprechen, und zwar die Sache nur ganz kurz streifen, weil ich das Wesentlichste eigentlich schon im Ausschuß gesagt habe, und ich wiederhole mich nicht gerne. Ich muß aber wegen der Aufnahme, die meine Worte damals gefunden haben, neuerdings dazu Stellung nehmen. Diese Aufnahme war eine ganz eigenartige. Ich wollte absolut nicht polemisieren, sondern ich wollte nur Hinweise geben, wie man es besser machen kann, und Winke geben, um auch auf dem Gebiete der Bundesbahnen zu einer gedeihlichen Arbeit zu kommen.

Ich sagte schon: Ein Betriebsfremder ist auf Grund der Zahlen im Budget nicht imstande, sich ein Bild zu machen. Es ist ganz unmöglich, zu beurteilen, was notwendig und was nicht notwendig ist, wo etwas erspart werden könnte usw. Dazu gehört ein Studium von längerer Zeit, und nicht nur das, sondern man müßte länger im Betrieb stehen. Ich habe deswegen im vorigen Jahr zu diesem Kapitel nicht gesprochen, obwohl es eigentlich mein Fachgebiet ist; nicht der Eisenbahnbetrieb, aber wohl sehr stark der Eisenbahnbau. Ich habe mich aber in diesem Zwischenjahr

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1673

bemüht, zu schauen, was eigentlich dahintersteckt, daß ein so gewaltiges Defizit auftaufen konnte.

Es ist nicht nur das, was von der sozialistischen Seite immer betont wird, nämlich der Mangel an angeglichenen Tarifen usw., was dahinter steckt, und noch verschiedene andere Dinge, sondern ich mußte mir sagen, es müsse auch ein Mangel in der Organisation und in dem ganzen System die Ursache dafür sein, daß man zu solch gewaltigen Zahlen kommt. Es ist, wie schon ein Vorredner sagte, richtig, daß das Defizit bei Staatsbahnen allgemein ist. Selbst die Schweiz bemüht sich schon, darüber nachzudenken, wie sie sich verhalten wird, wenn dieser Fall bei ihr eintritt, der vorläufig noch nicht da ist. Aber wir schreiten an der Spitze dieser Bahndefizite, und das muß denn doch tiefere Ursachen haben, und ich habe mich eben bemüht, diesen Ursachen systematisch nachzugehen.

Da ich aber gerade beim Defizit bin — ich will sonst heute keine Einzelheiten bringen —, will ich nur eine ganz kleine Einzelheit jetzt vorwegnehmen, weil es die Ärmsten der Armen betrifft, die hier wieder in Mitleidenschaft gezogen werden sollen, und das sind die Blinden. Die Blindenkarte wurde ursprünglich überhaupt nur von einer Genehmigung abhängig gemacht. Das ist zurückgezogen worden, aber jetzt soll diese Genehmigung, die im Jahre 60 S kostet, der Begleitperson aufgezwungen werden. Diese Begleitpersonen sind ja nicht immer dieselben, sie wechseln doch, und überdies ist diese Belastung für den armen Blinden nicht tragbar, der sie übernehmen müßte. Angesichts der gewaltigen Summen, die bei der Bahn immer im Umlauf sind, und angesichts dieses gewaltigen Defizits ist eine solche kleinliche Handhabung unmöglich einzusehen. Ich richte also den Appell an den Herrn Staatssekretär: Lassen Sie doch den Blinden diese kleine Begünstigung so, wie sie bisher gewesen ist, denn sie sind die Ärmsten der Armen!

Wenn ich aber jetzt zu den Ursachen des Defizits zurückkomme, so muß ich sagen, es kann da im großen und im ganzen etwas nicht stimmen. Das ist also, wie ich schon erwähnte, nicht Polemik sondern Kritik, und ich bringe Winke, wie man es besser machen könnte, und Hinweise zum Nachdenken. Da ist vor allem die merkwürdige Art der Aufnahme meiner Worte. Alles, was die Sozialistische Partei in dieser Richtung macht oder was sie beherrscht, ist tabu, das ist einfach unangreifbar und unantastbar, es steht da wie ein Fetisch. Sehen Sie, diese geistige Haltung ist das Unmögliche in unserem Staat. Das soll, wie

ich schon sagte, keine Polemik sein, und ich will die großen Leistungen der Eisenbahner in der Vergangenheit keineswegs irgendwie herabsetzen, im Gegenteil, ich erkenne sie an. Aber die viele Mühe, die sie sich gegeben haben, um die Bundesbahnen wieder in Betrieb zu setzen, wäre nicht notwendig gewesen, wenn die Reibungskoeffizienten nicht derart groß gewesen wären und die Hindernisse, die eben im System liegen, nicht bestünden. Ich möchte da einen Vergleich ziehen. Ich war einmal in einem Marmorsteinbruch und sah dort, wie die Arbeiter einen mächtigen Block auf einem Rollbock keuchend und mit vieler Mühe vorwärtsgezogen haben. Als sie Rast machten, ging ich hin und fragte sie: Warum zieht Ihr denn so mühsam den Rollbock? Reinigt ihn doch! Seht Ihr nicht, daß er ganz verkrustet ist und kreischt und schreit, wenn Ihr daran zieht? Reinigt ihn, und die Arbeit wird Euch leichter vonstatten gehen! Dieses Beispiel wäre auch hier für den Betrieb und die Organisation der Bundesbahnen anzuwenden, in deren ganzer Organisation viele Hemmnisse und Schläcken liegen, die entfernt werden müssen, damit es wieder aufwärtsgeht.

Ich möchte aber jetzt nur auf die Hauptschläcken eingehen, die ich im Laufe eines Jahres gefunden habe, während dessen ich mich bemühte, immer wieder mit Eisenbahner zu sprechen, um so Einblick in diesen Betrieb zu bekommen. Es freut mich sehr, daß mein Vorredner dasselbe Thema behandelt hat und vieles von dem, was ich im Ausschuß gebracht habe, heute hier weiter ausgeführt hat.

Wie ich schon sagte, ist das größte Hindernis und die größte Schläcke in der Organisation der Bundesbahnen die Personalvertretung. Ich betonte schon das letztemal, daß wir die letzten sind, die sich irgendwie gegen die Betriebsräte oder die Personalvertretung stellen. Wir bejahren es unbedingt, daß die Arbeiter im Betriebe nicht nur mitzureden haben, sondern auch in die Führung eingebaut werden. Wenn Sie unsere und die uns nahestehenden Zeitungen angesehen haben, werden Sie gefunden haben, daß fortwährend Artikel über diese Themen darin enthalten waren, so zum Beispiel vor kurzer Zeit im „Alpenruf“ ein Artikel über das System von McCormick, die Hilfsdirektionen usw., Dinge, die wir unbedingt vertreten und bejahren, oder früher schon über das System der Düsseldorfer Kupferhütte usw. Kurz und gut, wir stehen unbedingt auf dem Standpunkt des Mitsprache- und Mitführungsrechtes der Arbeiterschaft, aber es muß im richtigen Rahmen bleiben, das heißt, Mitsprache und Mitführung dürfen nicht in Tyrannis und Terror ausarten, wie es bei den Personalvertretungen immer wieder der Fall ist und was ja auch mein Herr Vorredner be-

1674 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

stätigt hat. Daher muß genau abgegrenzt werden, was die Personalvertretungen zu tun und was sie nicht zu tun haben, wo sie dreinzurenden haben und wo sie zu schweigen haben. Wenn es so weiter geht wie jetzt, dann kommt es dazu, daß es keine Autorität mehr gibt, daß jede Disziplin untergraben wird und daß die höheren Beamten nicht mehr sind als Jäger, die sich eben vor diesem Terror beugen. Wie gesagt, das ist der schlimmste Punkt, der einer Remedur und einer richtigen Zurückführung bedarf.

Einer der nächsten schwerwiegenden Fehler, die in der Organisation liegen, ist das verfehlte Akkordsystem, wie es in den Werkstätten heute besteht. Es ist meistens Zeitakkord, und da besteht jetzt die Bestimmung, daß nur ein gewisser Prozentsatz überschritten werden darf. Ist dieser Prozentsatz erreicht, so ist Schluß mit der Arbeit, und die Leute machen nichts mehr, das heißt, es ist das Gegenteil dessen, was man mit einem Akkord erreichen will: die Leistung wird nicht gesteigert, sondern die Leistung wird gedrosselt und vermindert.

Überhaupt das ganze Werkstattensystem, wie es bei den Bundesbahnen gehandhabt wird, das heißt, daß eine Werkstatt gegen die andere nur in Hinsicht auf die Zahl der herausgebrachten Reparaturstücke ausgespielt wird, ist völlig unmöglich und drückt ebenfalls die Leistungen in ärgster Art, denn die Stückzahl wird im Vergleich zu der anderen Werkstatt immer erreicht, aber man frage nicht nach der Qualität. Es wird eben das halb Reparierte hinausgeworfen, nur um eben zu zeigen, man könne auch so viel leisten wie die Nachbarwerkstätte, und das Resultat ist, daß diese Reparaturen in kürzester Zeit wieder zurückgehen müssen. Das ist nahezu jenes ostische System, wie es in den Volksrepubliken gehandhabt wird.

Ein Weiteres, was sehr zu bemerken ist, ist die falsche Auffassung von dem Begriff der Vollbeschäftigung. In letzter Zeit ist wohl abgebaut worden, das ist richtig, aber nach allem noch viel zu wenig. Der Personalstand ist immer noch viel zu stark überhöht; viele Leute, die im Jahre 1945 und in den folgenden Jahren in die Betriebe gekommen sind, gehören nicht hinein, sie sind nur Hemmschuhe der Leistungen, sie haben — wir haben oder vielmehr mein Klubkollege Dr. Kraus hat den Ausdruck dafür geprägt — keine richtige Beschäftigung, sondern nur eine Scheinbeschäftigung, und das ist eben das, was nicht als eine Vollbeschäftigung, sondern als das Gegenteil dessen bezeichnet werden muß.

Ein sehr heikles Kapitel bilden die Pensionierungen im Betriebsdienst der Bundesbahn. Wie Sie alle wissen, werden dort zwei

Jahre für drei gerechnet. Das Resultat ist, daß schon viele 45- und höchstens 50jährige pensioniert werden. Wenn man jetzt dieses System mit dem Plan des Herrn Abg. Hillegeist vergleicht, so weiß ich nicht, was man dazu sagen soll. Auf der einen Seite will man Renten stilllegen, und auf der anderen Seite schafft man unnötigerweise künstlich Renten- und Pensionsbezieher, was zum Schluß ja dasselbe ist.

Ich will nicht sagen, daß ein Eisenbahner, der durch viele Jahre seine Pflicht erfüllt hat, seinen Ruhegenuß nicht haben soll, aber nicht in der Art, daß er, wenn er seine Jahre voll erreicht hat, gleich in Pension geht oder auch geschickt wird, sondern er soll nur dann pensioniert werden, wenn er tatsächlich nicht mehr entsprechend leistungsfähig ist, was ja ärztlich leicht festzustellen wäre. Heute ist es so, daß die Leute einfach in Pension gehen, wenn sie ihr Dienstalter erreicht haben, und dann in der Privatwirtschaft meistens als Pfuscher auftreten, das heißt also, das Wenige, was in der gewerblichen Wirtschaft heute noch zu tun ist, auch noch konkurrenzieren.

Auf andere Einzelheiten will ich heute nicht mehr eingehen. Was ich vorgebracht habe, war eine Auslese der Hauptfehler. Nur möchte ich noch einmal auf das System des Denkens bei der Sozialistischen Partei zurückkommen, und das ist eben das gewisse Unantastbare, das da herauskommt. Es ist aber nicht das Unantastbare allein: Eben kommt der Herr Abg. Strasser herein, und da erinnere ich mich mit einem gewissen Schauder, wie ich schon sagen muß, an das laute Auftreten hier dieses Homunkulus aus der roten Retorte, dieses Reinproduktes der Inkarnation dessen, was man unter einem Hetzer zur Vorbereitung auf die Volksdemokratie versteht, denn jeder Mensch, der diesen Auftritt gehört hat, muß sich, rein menschlich gesagt, schämen! (*Heftige Rufe bei der SPÖ: Schämen Sie sich! — Abg. Weikhart: Für das Tausendjährige Reich! — Lebhafte Zwischenrufe. — Präsident Böhm gibt das Glockenzeichen.*) Schamgefühl ist ja etwas Reaktionäres, das verstehen Sie nicht. Ich habe auch den Namen Klautzer herausgehört. Wenn ein Schwerkriegsbeschädigter der III. Versehrtenstufe seine Nerven draußen auf den Schlachtfeldern, in den Massen- und Materialschlachten lassen mußte, dann ist das nicht zum Lachen! Wer darüber lacht und sich darüber lustig macht, der zeigt, wes Geistes Kind er ist. (*Ruf bei der SPÖ: Das hat keiner gemacht!*) Ich habe doch den Namen Klautzer deutlich herausgehört. (*Erregte Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Schreien Sie, Sie beweisen damit nur, daß Sie sich als tabu, als Fetisch betrachten!

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1675

Zum Schluß möchte ich auf meinen Vergleich des verkrusteten Karrens zurückkommen. Entfernen Sie die Krusten, ölen Sie den Karren, und wir werden eine ganz andere Leistung erzielen, als es heute möglich ist! (Abg. *Voithofer: Die braune Kruste! — Lebhafte Zwischenrufe.*)

Abg. **Holzfeind:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich habe Gelegenheit gehabt, vorgestern — es war Montag — anlässlich einer Verkehrstagung die Wünsche und Beschwerden unserer Bevölkerung über die Verkehrsbetriebe kennenzulernen. Ich muß dazu feststellen, daß sich die Ausführungen, die dort namentlich von den Vertretern der Fremdenverkehrsorte in bezug auf die Bundesbahnen gemacht wurden, ungefähr mit jenem Lob gedeckt haben, das sogar der Herr Abg. Elser als Vertreter der Opposition heute sowohl den Bundesbahnen wie überhaupt den Verkehrsbetrieben gezollt hat. Aber auch dann, wenn man diese Reden nicht gehört hätte, müßte man feststellen, daß gerade im vergangenen Jahr ein bedeutender Fortschritt zu verzeichnen ist. Ich glaube, es sind uns aus dem Fremdenverkehr nahezu 300 bis 400 Millionen Schilling an Devisen zugeflossen; und wir können feststellen, daß die Bundesbahnen sowie namentlich die Kraftpost diesen Riesenverkehr glänzend bewältigt haben.

Dieses ständige Vorwärtsschreiten, meine Damen und Herren, ist aber nicht nur festzustellen, wenn man bei einer solchen Verkehrstagung anwesend ist, es ist im besonderen festzustellen, wenn man in der Lage ist, dieses Budget der Bundesbahnen auf der einen Seite und der Post- und Telegraphenanstalt auf der anderen Seite richtig zu lesen. Wenn wir mit 1938 vergleichen, so können wir feststellen, daß sich die Eingänge der Österreichischen Bundesbahnen gegenüber 1938 im Jahre 1950 fast verfünfacht haben und daß die Einnahmen im Jahre 1951 über das Fünffache des Jahres 1938 hinausgehen sollen. Vergleicht man dagegen aber die jetzigen Tarife der Bundesbahnen mit denen vom Jahre 1938, dann muß man feststellen, daß sie kaum das Zweieinhalfache erreicht haben. Hier liegt zweifellos ein Widerspruch vor. Auf der einen Seite sind die Tarife zurückgeblieben, auf der anderen Seite sind die Einnahmen bedeutend gestiegen. Der Widerspruch ist daraus zu erklären, daß eine bedeutende Leistungssteigerung eingetreten ist. Dies gilt sowohl bei den Bundesbahnen wie auch bei der Post- und Telegraphenanstalt.

Nach den vorliegenden Berichten — und ich bedaure, daß diese Berichte über die Fremdenverkehrstagung nicht allen Abgeordneten zugekommen sind — kann man

feststellen, daß die Reisezüge im Jahre 1950 das Ausmaß von 1937 übertroffen haben. Die Güterzüge haben im Jahre 1937 1,800.000, im Oktober 1950 2,068.000 Bruttoregistertonnen geführt. Es ist möglich gewesen, die Ladearbeiten zu beschleunigen und die Fahrtzeit zu verkürzen, ja mit einem Wort, auf allen Linien ist eine Leistungssteigerung zu verzeichnen.

Der Herr Abg. Geisslinger hat schon darauf hingewiesen, daß aber auf der anderen Seite wesentliche Defizite zu beobachten sind, Defizite auf der sozialen Seite, so etwa daß das Personal 35 Prozent seiner Urlaube noch offen hat. Ich habe vor kurzem festgestellt, daß bei den Bahnen über 935.000 Urlaubstage, bei Post und Telegraph 260.000 Urlaubstage offen geblieben sind. Von den 450.000 noch nicht bezahlten Überstunden bei den Bahnen haben sowohl der Berichterstatter als auch der Herr Abg. Geisslinger schon gesprochen.

Und bei dieser Leistungssteigerung wird nun von dem Abg. Buchberger, der ganz lächerliche Vergleiche mit irgendwelchen verrosteten Maschinen und dergleichen anstellt, festgestellt, daß der Personalvertreter immer „nein“ sagte. Tatsache ist vielmehr, daß solche besondere Leistungen nur dadurch möglich gewesen sind und möglich gemacht werden, daß ein gutes Einvernehmen mit der Personalvertretung besteht.

Ähnlich wie bei den Bundesbahnen sind die Verhältnisse bei der Post- und Telegraphenanstalt. Wir sehen hier zum ersten Mal auf der Ausgaben- und der Einnahmeseite ein Milliardenbudget. Vergleichen wir auch hier die Einnahmen mit denen vom Jahre 1938, so können wir feststellen, daß sie im Jahre 1950 das 4-2fache, im Jahre 1951 das Fünffache betragen. Vergleichen wir damit aber die wichtigsten Tarife, so können wir folgendes feststellen: Ein Brief hat im Jahre 1936 24 Groschen gekostet, er kostet jetzt 60 Groschen, das Porto ist also um 150 Prozent gestiegen. Die Teilnehmergebühren für einen ganzen Fernsprecheranschluß sind von 16 auf 36 S, also um 125 Prozent höher geworden, bei einem Vierteltelephon von 8 auf 18 S, die Stundengebühr von 1.20 auf 1.70 S. Die Postgebühr für Telegramme im Inland ist von 8 auf 15 g im Ortsverkehr, von 12 auf 24 g im Fernverkehr gestiegen, also kaum um 100 Prozent. Wir sehen also auch hier, daß die Tarifsteigerungen, wenn man die Indizes der anderen Wirtschaftszweige damit vergleicht, lange nicht jenes Ausmaß erreicht haben wie die Einnahmen.

Auch hier ist eindeutig festzustellen, daß die Einnahmenerhöhungen auf besonderen

1676 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

Leistungssteigerungen beruhen. So sind beispielsweise die Briefsendungen von 1948 auf 1949 — ich verweise hier auf die ausgezeichneten Ausführungen des Berichtes, den die Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung alljährlich ausgibt — um 3,1 Prozent gestiegen, die Wertbriefsendungen um 7,5 Prozent, der Postsparkassenverkehr in seinen einzelnen Auszahlungen um 15,7 Prozent, im Geldverkehr um 37 Prozent, und zwar von 14,7 Milliarden auf 20,3 Milliarden Schilling. Das, was die Post- und Telegraphenanstalt an Geldverkehr für die Postsparkasse zu bewältigen hat, beträgt ungefähr das Vierfache des gesamten Banknotenumlaufes in Österreich. Dafür erhält sie von der Postsparkasse eine lächerliche Vergütung in der Höhe von 23,4 Millionen Schilling, was etwas mehr als 1 Promille des Umsatzes ausmacht. Dafür kann die Postsparkasse mit einem bescheidenen Überschuß abschließen. Der Postautobetrieb stieg in der Kilometerleistung um 36 Prozent, während der Fahrpark nur um 21 Prozent vermehrt wurde. Der Telegraphenverkehr erhöhte sich um 10 Prozent, der Fernsprechverkehr hat um über 10 Prozent zugenommen.

Nun, meine Damen und Herren, einige Vergleichsziffern zum Jahre 1936. Im Jahre 1936 betrug der Fernsprechverkehr rund 20 Millionen Sprechminuten, im Jahre 1949 weist er 202 Millionen Sprechminuten auf. Er ist also verzehnfacht worden. Die Fernsprechanschlüsse sind bedeutend erweitert worden, und zwar von 350.592 im Jahre 1948 auf 383.798. Die Rundfunkteilnehmeranzahl hat sich von 1936 619.623 auf 1948 1.106.206 und 1949 auf 1.251.560 erhöht.

Wir sehen überall eine stark steigende Tendenz und können feststellen, daß diese steigende Tendenz des Verkehrs auch im Jahre 1950 anhält. Ob sie weiter anhalten wird, hängt leider nicht von uns ab, denn nichts ist von der internationalen politischen und wirtschaftlichen Lage so abhängig wie der Post- und Telegraphenverkehr und auch der Verkehr der Bundesbahnen. Man kann nie im vorhinein wissen, welche wirtschafts- und verkehrsstörende Hemmungen in einer Zeit, wo in Europa der kalte und in Asien der blutige Krieg herrscht, noch eintreten können. Besonders in Österreich, das ja unter vierfacher Besatzung leidet, wird das Post- und Telegraphenwesen stark in Mitleidenschaft gezogen, ebenso das Verkehrswesen bei der Bundesbahn, weil ununterbrochen Eingriffe der Besatzungsmächte vorkommen.

Der Abg. Elser hat darauf hingewiesen, daß beim Transitverkehr der Bundesbahnen ein größerer Umsatz möglich wäre. Dazu möchte

ich feststellen, daß sicherlich auch im Transitverkehr und überhaupt im Überland- und Auslandsverkehr, so auch bei der Post- und Telegraphenanstalt eine Steigerung möglich wäre, wenn man nicht jedes Telephonesprach, das mit dem Ausland geführt wird, über Wien führen müßte und wenn nicht die Zensur vorhanden wäre, so daß man oft deswegen stundenlang auf eine Verbindung warten muß, weil zufällig kein Dolmetscher vorhanden ist. Es hängt nicht nur von Österreich ab, ob dieser Transitverkehr und der Auslandsverkehr zunimmt, sondern es hängt davon ab, ob die Stacheldrähte, die nicht Österreich sondern die anderen an unseren Grenzen aufgebaut haben, wieder beseitigt werden und dadurch Europa und die ganze Wirtschaft einen friedlichen Anblick gewinnt.

Die Post- und Telegraphenanstalt und die Verkehrsbetriebe leiden aber nicht nur unter äußeren Einflüssen durch die Besatzungsmacht, sie leiden leider auch an der Verständnislosigkeit der Budgetreferenten des Finanzministeriums. Trotz der leicht nachweisbaren Verkehrszunahme in Österreich steht das Finanzministerium auf dem Standpunkt, daß im Post- und Telegraphendienst und auch bei der Bundesbahn genau so 5 Prozent abgebaut werden sollen, wie dies bei anderen Verwaltungsstellen der Fall ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang feststellen, daß man bei den Österreichischen Bundesbahnen und auch bei der Post- und Telegraphenverwaltung nicht gewartet hat, bis der Herr Finanzminister Margarétha kommt und sagt, wir brauchen 5 Prozent Abbau. Ich glaube, der Herr Abg. Geisslinger hat darauf hingewiesen, daß seit dem Jahre 1945 bei den Bundesbahnen ein wesentlicher Personalabbau platzgegriffen hat. Im Jahre 1945 waren 112.000, im Jahre 1948 86.000, im Jahre 1949 80.800 und im Jahre 1950 77.700 Bedienstete gegenüber rund 87.000 Bediensteten im Jahre 1929 beschäftigt. Wir können also feststellen, daß hier ein wesentlicher Abbau stattgefunden hat, und wir können dasselbe auch bei der Post- und Telegraphenverwaltung feststellen, die im Jahre 1945 81.000 Bedienstete übernommen hat und die vom Jahre 1946 bis zum Jahre 1950 ihren Personalstand von 53.000 auf 39.500 Bedienstete, in den letzten Jahren also um 26 Prozent gesenkt hat.

Der Herr Abg. Geisslinger hat unter großem Beifall seiner Fraktion eine Verbesserung in der Landzustellung gefordert. Dieselben Verbesserungen sind auch anlässlich der Verkehrstagung gefordert worden. Ich muß den Herren Abg. Geisslinger, Hintendorfer und Maurer mitteilen, daß sie ihren Appell, wenn sie ihn an den Herrn Verkehrsminister richten, an eine falsche Adresse

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1677

richten. Sie müssen ihn in erster Linie an das Finanzministerium richten, denn man kann nicht ununterbrochen Personal abbauen und gleichzeitig eine Verbesserung des Verkehrs verlangen. Im Gegenteil, ich muß Ihnen sagen, daß ich nicht glaube, daß es bei dem gegenwärtigen Personalstand möglich ist, die derzeitigen Verkehrsleistungen aufrechtzuerhalten. Denn es gibt nicht nur Verpflichtungen gegenüber der Bevölkerung, es gibt auch Verpflichtungen gegenüber dem Personal. Während bei der Eisenbahn über 900.000 Urlaubstage offen sind, sind es bei der Post- und Telegraphenanstalt über 260.000. Die 48-Stundenwoche wird im Landzustelldienst fast überall überschritten, und wir müssen also verlangen, daß auch hier die sozialen Gesetze eingehalten werden.

Diese Debatte gibt auch Gelegenheit, über einen Berufsstand und seine Leistungen zu sprechen. Wir haben beispielsweise die Leistungen eines Briefträgers in der Stadt sehr genauen Untersuchungen unterzogen und haben festgestellt, daß ein Briefträger, der um 5 Uhr seinen Innendienst beginnt und um 8 Uhr die erste Post zuzustellen versucht, in jenen Orten, wo sich hohe Häuser befinden, täglich Höhen zu überwinden hat, die ungefähr 4 bis 5 mal die Höhe des Stephansturmes ausmachen. Was aber in der Stadt in die Höhe geht, das geht auf dem Land in die Weite. Durchschnittlich ist es so, daß der Landbriefträger — wir haben einen Dichter unter ihnen, der den Landbriefträger ein Postamt auf zwei Füßen genannt hat — 25 bis 30 km an täglicher Marschleistung zu vollbringen hat. Er ist hiebei ungefähr mit 25 bis 30 kg Gewicht belastet.

Ich habe vorhin auf den großen Geldverkehr hingewiesen, den die Post- und Telegraphenanstalt hat. Da gibt es für die Postbeamten ein eisernes Gesetz: Jeder Geldabgang muß ersetzt werden, jeder Überschuß muß abgeführt werden. Es gibt bei diesen Millionenumsätzen auf den Postämtern oft sehr, sehr tragische Abrechnungen und nächtelanges Durcharbeiten, wenn ein Abgang auftritt.

Ich habe Gelegenheit gehabt, nicht nur in Österreich sondern auch in anderen Ländern die ungeheure nervliche Belastung, namentlich im Telephondienst festzustellen. Betrachten Sie einmal den Telegraphendienst, wo der Beamte bei jedem Wind und Wetter hinaus muß, dann werden Sie feststellen, daß Sie einer Berufsgruppe gegenüberstehen, die ihre Pflicht gegenüber der Öffentlichkeit voll und ganz erfüllt.

Die Verkürzungen des Personalstandes haben leider dazu geführt, daß die Unfallziffer im Postdienst, die im Jahre 1948 1128 betrug, auf

1378 Unfälle gestiegen ist. Dazu kommt aber sowohl bei der Bundesbahn wie auch bei der Post- und Telegraphenverwaltung, daß unerhörte Erschwerungen durch die Kriegszerstörungen eingetreten sind. Von 174 Postgebäuden sind 12 vollständig und 26 schwer zerstört. Dazu kommt, daß alle Bahnhöfe, alle Bahnpostämter, das Postamt 46, die Wiener Postdirektion sowie fast alle Bahnpostämter in den Landeshauptstädten vernichtet sind. 22 Prozent aller baulichen Anlagen sind durch den Krieg zerstört worden. In Wien wurden allein 1220 Kabel zerstört. Dazu kommt noch, daß leider im Jahre 1945 von einer Besatzungsmacht verschiedene Telephonzentralen — ich glaube, es waren sechs — in Wien abmontiert worden sind, daß darüber hinaus die Telephonzentralen in Wiener Neustadt, Theresienfeld, Bruck und Neusiedl zerstört und abmontiert wurden und daß über 35.000 Telephonapparate im Jahre 1945 von der russischen Besatzungsmacht abmontiert worden sind. Die Zerstörungen im Kraftwagendienst haben zwei Drittel aller Kraftwagen und Omnibusse betroffen.

Nunmehr stehen uns glücklicherweise bedeutende Mittel aus dem ERP-Fonds zur Verfügung. Sie sind aber noch immer viel zu gering, um diese unerhörten Zerstörungen wiederherzustellen. Wir sehen, daß in dem Budget der Post- und Telegraphenanstalt Beträge, die normalerweise für Investitionen aufgewendet werden, in der laufenden Gebarung aufscheinen. Ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es notwendig wäre, sich über die Art der Budgetierung bei den Bundesbetrieben doch einmal den Kopf zu zerbrechen. Ich verweise hier auf den ausgezeichneten Artikel, den mein Parteifreund Migsch in der Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“ geschrieben hat, und zwar in derselben Nummer, in der der Finanzminister über seine finanztheoretischen Grundsätze schrieb. Ich muß in diesem Zusammenhang erwähnen, daß man, wenn man nur jene Beträge für Investitionen verwendet, die durch die ERP-Hilfe flüssigmacht werden können, dann eben im Budget eine zweite Gruppe von Investitionen, die aus den eigenen steuerlichen Eingängen gedeckt werden könnten, schafft. Jedenfalls darf man nicht einfach Investitionen in die laufende Gebarung hineingeben, weil dadurch ein falsches Bild über die laufende Gebarung entsteht.

Ich möchte in diesem Zusammenhang festhalten, daß das Finanzministerium die Post- und Telegraphenangestellten nicht nur in bezug auf den Gesamtstand stiefmütterlich behandelt, sondern sie auch in bezug auf den pragmatischen Personalstand besonders

1678 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

benachteiligt. Während bei der Hoheitsverwaltung rund 70 Prozent, bei den Bundesbahnen 75 Prozent des gesamten Personalstandes in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis versetzt werden, müssen wir feststellen, daß wir hier fast eine Diskriminierung der Post- und Telegraphenbediensteten haben, indem man ihnen kaum 57 Prozent zuerkennt. Ich habe dem Finanz- und Budgetausschuß einen Antrag auf Vermehrung der Zahl dieser pragmatischen Dienstposten vorgelegt. Er wird in Verhandlung kommen, und wir werden nunmehr sehen, ob die einzelnen Abgeordneten dem Post- und Telegraphenpersonal nun freundlich gegenüberstehen oder nicht.

Ich möchte insbesondere die Herren vom Bundeskanzleramt und vom Finanzministerium einladen, ihren Blick in bezug auf die Post- und Telegraphenangestellten auch über die Grenze unseres Landes zu werfen. Die Post- und Telegraphenbediensteten bilden ein Personal, das schon auf Grund seiner Tätigkeit stark international gesinnt ist. Sie haben eine bedeutende Aufgabe, nämlich geistige Güter von Land zu Land zu befördern, und daher gibt es auch eine sehr rege internationale gewerkschaftliche Tätigkeit, die sich im besonderen mit Berufsfragen beschäftigt. Im Rahmen dieser Post-Internationale habe ich Gelegenheit gehabt, die Personalverhältnisse, die sozialen Verhältnisse und auch die Betriebsverhältnisse in der Schweiz, in Westdeutschland, in Frankreich, in England und in Amerika kennenzulernen. Ich habe dabei festgestellt, daß, verglichen mit der Bevölkerungszahl, Österreich lange nicht jenen Personalstand im Post- und Telegraphendienst aufweist, wie ihn diese Kulturvölker haben.

In Österreich hat ein Post- und Telegraphenbediensteter rund 180 Menschen zu betreuen. In der Schweiz, das sich rühmt, den besten Postdienst zu haben, sind es 174, wobei die Schweiz ein vollautomatisiertes Telephonnetz besitzt; in Frankreich sind es 170, wobei Frankreich keinen Postautobetrieb kennt; in Deutschland 168; in Großbritannien 149, wobei Großbritannien namentlich in den Großstädten ein ausgezeichnetes vollautomatisiertes Netz und keinen Postautobetrieb hat; und in Amerika hat ein Bediensteter im Post- und Telegraphendienst 125 Amerikaner zu betreuen.

Wir sehen daraus, daß Österreich international gesehen noch lange nicht jene Menge von Personal im Post- und Telegraphendienst beschäftigt, wie es bei anderen Kulturvölkern der Fall ist. Wir müssen darüber hinaus feststellen, daß Österreich auch technisch noch lange nicht so gut wie diese Länder ausgerüstet ist und trotzdem im Verhältnis zur Bevölke-

rung einen bedeutend geringeren Personalstand aufweist.

Freilich gibt es auch Länder, bei denen dies nicht zutrifft. Ich will sie deshalb nicht nennen, weil ich hier keine außenpolitische Kulturdebatte heraufbeschwören will. Aber ich muß in diesem Zusammenhang doch darauf aufmerksam machen, daß der Herr Abg. Elser bei der Behandlung der Verhältnisse in den verstaatlichten Betrieben darauf hingewiesen hat, wie es da drüben in der Tschechoslowakei ausschaut. Ich möchte Ihnen eine Mitteilung nicht vorenthalten, die wir einem tschechoslowakischen Gesetze vom 16. Juni 1949 entnehmen. Es heißt in diesem Gesetz, daß aus dem bisherigen Staatsunternehmen „Tschechoslowakische Post“ ein nationales Unternehmen mit dem Sitz in Prag gemacht wird. Das nationale Unternehmen ist Eigentum des Staates, es ist eine juristische Person. Für das Unternehmen gelten die handelsrechtlichen Bestimmungen über Vollkaufleute. Der Staat haftet für die Verbindlichkeit des Unternehmens nicht. Das Unternehmen wird in das Handelsregister beim Kreiszivilgericht in Prag eingetragen. Oberleitung und Staatsaufsicht obliegen dem Postministerium. Und nun heißt es: „Hinsichtlich der Pension und der Unfallversicherung der bisherigen pragmatischen Angestellten wird die Regierung durch Verordnung eine neue Regelung treffen. Die Angestellten des Unternehmens stehen zu diesem in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis.“ Ja, man kann es auch anders machen. Man kann die Rechte des einzelnen wegnehmen und kann vielleicht auf Grund niedrigerer sozialer Leistungen höhere und bessere Einnahmen erzielen.

Alles in allem muß ich an das Finanzministerium den Appell richten — und ich muß die Abgeordneten des Hauses bitten, mit mir hier einig zu gehen —: Die Höhe der Personalstände in den Verkehrsbetrieben darf in Zukunft nicht von finanzbürokratischen Erwägungen diktiert sein, sondern sie muß so gewählt werden, daß sie der Anforderung, die die Öffentlichkeit an diese Unternehmen stellt, entspricht. Sie muß so bestimmt werden, daß die Aufgaben im Interesse der Öffentlichkeit erfüllt werden können, was um so leichter geht, als die Belastungen in den Verkehrsbetrieben rechnungsmäßig leicht festzustellen sind.

Der Herr Abg. Geisslinger hat über die Personalvertretung gesprochen und hat in dasselbe Horn geblasen wie der Herr Abg. Ing. Buchberger im Ausschuß. Er hat hier namentlich gegen die Personalvertretung bei der Eisenbahn Stellung genommen und einen Vergleich zur Post gezogen. Ich muß dem

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1679

Herrn Abg. Geisslinger mitteilen — er ist leider nicht hier —, daß in der Personalvertretungsvorschrift zwischen der Bundesbahn und der Post- und Telegraphenanstalt kein Unterschied besteht. Beide beruhen auf jener Personalvertretungsvorschrift, die im Jahre 1924 erlassen wurde, und beide arbeiten grundsätzlich nach den gleichen Richtlinien. Wenn nunmehr von einem Druck der Personalvertretung gesprochen wird, so glaube ich weniger, daß es den Herren darum zu tun ist, daß irgendein Druck auf irgendeine Verwaltung ausgeübt wird, sondern dieser Druck der 80 Prozent Sozialisten innerhalb der Personalvertretung ist es, der sie im besonderen stört.

Es ist hier die Frage der Akademiker angeschnitten worden, die im öffentlichen Dienst in Verwendung sind, und es ist hier irgendwie ein Vorwurf erhoben worden, daß der Herr Minister Waldbrunner politische Protektion übt. Ich möchte hier folgendes feststellen: Vor Jahrzehnten war es in Österreich so, daß in den Staatsdienst fast nur jemand gekommen ist — das war so um die Jahrhundertwende und etwas später —, der einer deutschnationalen Verbindung angehört hat. Ja, diese Beamtenvertreter vom Herrn Waber usw.! Ich selbst kann mich erinnern, wie noch verschiedene Aussprüche wegen dieser Verhältnisse von der anderen Seite gefallen sind. Während man auf der einen Seite um die Jahrhundertwende und etwas später im Staatsdienst fast nur unterkommen konnte, wenn man irgendeiner nationalen schlagenden Verbindung angehört hat, so hat es in dem Augenblick, als Dr. Karl Lueger an die Reihe gekommen ist, wieder geheißen, daß man Sozialdemokraten und Schönererianer dort nicht duldet. Und so ähnliche Verhältnisse sind im Jahre 1934 bewußt geschaffen worden, indem man eine eigene Verordnung, die sogenannte Fleisch-Verordnung, geschaffen hat, durch die aus rein politischen Gründen in der vaterländischen Zeit das gesamte Personalwesen beim Bundeskanzleramt konzentriert wurde. Ich glaube, es wäre an der Zeit, diese Fleisch-Verordnung aufzuheben und die alten Zustände, wie sie vor 1933 bestanden, wieder herbeizuführen. In der Zeit Karl Luegers sind die bedeutendsten Männer unserer Partei, Karl Seitz, Enslein, Otto Glöckel usw., verfolgt worden, weil sie Sozialdemokraten waren. Als dann Karl Seitz Bürgermeister wurde, hat er uns Jünger eine große Lehre mitgegeben, nämlich die, daß man in allen Personalfragen absolut korrekt und demokratisch vorgehen soll. Wir Sozialisten lehnen jeden Druck und Terror ab, den wir ja selbst durch Jahrzehnte hindurch kennengelernt haben, aber Sie können von uns und unserem sozialistischen Minister nicht verlangen, daß er einen tüchtigen

Menschen nur deswegen ablehnt, weil er Sozialist ist. Die Rechte ist Jahrzehnte hindurch in der Führung gewesen und hat immer die Auffassung vertreten: nur unsere Leute dürfen auf Staatsposten kommen! Wenn nunmehr demokratisch vorgegangen wird und daher auch Sozialisten auf diese Posten kommen, spricht man von Terror und der gleichen.

Meine Damen und Herren! Der Herr Abg. Buchberger hat gemeint, das, was die Sozialisten machen, ist alles unantastbar, das ist alles tabu. Ich muß dem Herrn Abg. Buchberger darauf erwideren, daß es wohl kaum jemanden gibt, der durch eine sozialistische Schule gegangen ist und nicht das Wort Kritik kennengelernt hat und zum Kritizismus erzogen wurde. Es ist durchaus unrichtig, wenn er glaubt, daß wir auf dem Standpunkt stehen, das, was wir machen, sei tabu, weil wir es machen. Sie hätten sich aber bei dieser Verkehrstagung selbst überzeugen können, wie die einzelnen Redner über den Aufschwung und die glänzenden Leistungen der Bundesbahnen und der Kraftpost geurteilt haben, und so vielleicht zu einer anderen Meinung gelangen können.

Zurückkommend auf die Frage des Budgetumfangs möchte ich wiederholen, daß die Bundesbetriebe, namentlich die Eisenbahn und die Post- und Telegraphenanstalt, ungefähr das Fünffache an Einnahmen haben, aber kaum das Zweieinhalbache an Tarifen. Das ergibt zweifellos Folgerungen, die zu einer unsozialen Ausnutzung des Personals führen müssen. Das führt unweigerlich zur Subventionspolitik auf Kosten des Personals auf der einen Seite und auf Kosten unserer Steuerzahler auf der anderen Seite. Ich rede unvernünftigen Tarifen keineswegs das Wort, aber bei diesen Tarifen ist es auf die Dauer nicht möglich, daß man ununterbrochen unsinnigerweise von riesigen Defiziten spricht, wie es der Herr Abg. Buchberger getan hat, sondern man muß daran gehen, namentlich bei der Post- und Telegraphenanstalt die Tarife einer vernünftigen Regelung zu unterziehen. Wir wissen, daß man hier sehr vorsichtig sein muß, weil sich eine schlechte Tarifpolitik verkehrshemmend auswirkt. Es wird aber eine dringende Revision auf dem Gebiete des Tarifwesens zweifellos notwendig sein.

Im Zusammenhang damit müssen wir aber auch darauf hinweisen, daß das Personal der Verkehrsbetriebe noch entscheidende Forderungen offen hat. Es fordert sein Recht, es fordert, daß die Sozialgesetze in bezug auf die Dienstzeit und den Urlaub eingehalten werden. Die Post- und Telegraphenbediensteten und die Eisenbahner warten auf die baldige Einladung des Finanzministers, um mit ihm über

1680 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

das Nachziehverfahren und die Pensionsangleichung weiterzuverhandeln. Wir verlangen, daß der Personalstand der Post- und Telegraphenanstalt und der Eisenbahner richtig und gerecht nach ihrer wirklichen Belastung und nicht nach fiskalischen Grundsätzen zuerkannt wird.

Wenn wir diese beiden Budgets betrachten, so müssen wir nach wie vor feststellen, daß wir noch immer eine Art Notbudget haben. Wenn wir es genau durchdenken, so kommen wir gerade bei diesen beiden Budgets der Bundesbahnen und der Post- und Telegraphenanstalt darauf, wie arm wir geworden sind und welche Riesenleistungen notwendig sind, um wieder auf den alten Stand zu kommen.

Wir können aber in diesem Zusammenhang feststellen, daß das Post- und Telegraphenpersonal und das Eisenbahnpersonal seine Pflicht erfüllt hat — und nicht nur im Dienst! Sie haben in den Oktobertagen entscheidend auch dazu beigetragen, die Demokratie in Österreich zu verteidigen. Nach beiden Richtungen hin haben sich die Verkehrsangestellten das Recht auf anständige Arbeitsverhältnisse und auf anständige Lebensverhältnisse erworben. Wir möchten das Haus daher im Namen dieser Angestellten bitten, ihnen das Recht, das sie sich erarbeitet und erkämpft haben, auch zuzugestehen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Während vorstehender Ausführungen hat Präsident Dr. Gorbach den Vorsitz übernommen.

Abg. Bleyer: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wenn die Vorredner bisher ausschließlich — mit Ausnahme des Abg. Elser, zu dem ich mich ja von vornherein in einem Gegensatz befinden — zu den Fragen Verkehr, Post, Fremdenverkehr und dergleichen gesprochen haben, so möchte ich mich dem Sektor der verstaatlichten Betriebe zuwenden, da ich aus einem solchen Betrieb komme.

Es ist Ihnen allen, meine Damen und Herren, hinlänglich bekannt, daß wir im Jahre 1945 vor einem Chaos standen, sowohl in politischer und wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht. Viele Betriebe waren zu dieser Zeit herrenlos, die Arbeitnehmer gingen ohne Unterschied ihrer Einstellung sofort daran, diese Betriebe wieder flott zu machen, die Unternehmungen und damit die Produktion wieder in Gang zu bringen und dadurch auch ihre Arbeitsplätze zu sichern. Es ist daher heute überflüssig, darüber zu urteilen, wem hieran das größere Verdienst zukommt. Ich darf hier feststellen, daß unterschiedlos, vom letzten Hilfsarbeiter bis zum Generaldirektor, alles zusammengestanden ist, um den Wiederaufbau dieser Betriebe raschest zu vollziehen.

Wir von der Österreichischen Volkspartei hatten der Verstaatlichung der Betriebe zugestimmt, aber nicht etwa deshalb, um für die eine oder die andere politische Partei daraus bestimmte Domänen zu errichten, sondern lediglich aus dem Grundsatz heraus, weil wir der Meinung waren, diese Betriebe müssen dem Gesamtvolke dienstbar gemacht werden. Wenn ich dies feststelle, dann nicht nur als Abgeordneter, sondern insbesondere als einer, der aus einem solchen Betrieb kommt und dort selbst noch zur Zeit beschäftigt ist, und weil ich auch insbesondere weiß, wie die Mehrheit meiner Mitarbeiter in diesen Betrieben über solche Grundsätze denkt.

Ich halte mich für verpflichtet und auch für berechtigt, in diesem Zusammenhang auf einen Vorfall hinzuweisen, der immerhin eine gewisse grundsätzliche Bedeutung hat. Wir verstehen schon, daß wir in der heutigen Zeit keine Ursache haben, rauschende Feste zu feiern, weil wir dazu keinen Grund haben. Aber am 22. November dieses Jahres hat sich im größten Eisenwerk Österreichs, in Donawitz, ein Ereignis vollzogen, das von bestimmter Bedeutung ist und uns doch merkwürdig stimmte. An diesem Tage wurde nämlich die neue Blockstrecke in Donawitz dem Betriebe übergeben. Sie wurde aus Mitteln der Marshall-Hilfe errichtet. Wir sind dafür selbstverständlich sehr dankbar. Aber nicht nur von uns, sondern von der gesamten Arbeiterschaft wurde es als sehr merkwürdig empfunden, daß zu diesem Ereignis nur der Herr Ressortminister Waldbrunner und nicht auch der Obmann der größten Fachgewerkschaft, der der Metallarbeiter, der Herr Sozialminister Maisel erschienen ist. Es fiel auch nicht sehr wohltuend auf, daß auch nicht der Herr Handelsminister, ja schon gar nicht der Herr Bundeskanzler zu diesem Ereignis nach Donawitz gekommen war. Letzten Endes befindet sich das ERP-Büro ja zur Zeit noch im Bundeskanzleramt. Vielleicht wäre es für das Hohe Haus interessant, die Ursachen dafür zu erfahren, warum nur der Herr Minister Waldbrunner und sonst kein Mitglied der Bundesregierung zu diesem bedeutungsvollen Ereignis nach Donawitz gekommen ist.

Diesen Vorfall möchte ich weiter zum Anlaß nehmen, um einige grundsätzliche Bemerkungen zu der Personalpolitik in den verstaatlichten Betrieben zu machen. Nicht nur wir, sondern auch die Arbeiter in diesen Betrieben haben tatsächlich den Eindruck, als würde es sich hier nicht um fachliche und sachliche Erwägungen, sondern vielmehr um Parteiinteressen handeln. Wir sind der Meinung, daß auch für die verstaatlichten Betriebe der Grundsatz zu gelten hat: Den tüchtigsten Mann auf den richtigen Platz! Das Recht auf Arbeit muß

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1681

in einem demokratischen Staat unter allen Umständen gesichert sein, und dieses Recht hat auf jeden Fall höher als alle übrigen Erwägungen und insbesondere als vielleicht gar ein Parteimitgliedsbuch zu stehen. Auch die verstaatlichten Betriebe müßten Schiffbruch erleiden, wenn nicht nur die Sachlichkeit, sondern die Parteizugehörigkeit der Arbeiter oder Angestellten den Ausschlag hiebei geben würde.

Wir können und wollen nicht annehmen, daß der Herr Minister Waldbrunner in seinem Wirkungsbereich Bestrebungen billigt oder gar fördert, die einem direkten oder indirekten Gesinnungzwang gleichkommen, denn das müßte zu Auswirkungen führen, die uns aus der Vergangenheit leider in sehr böser Erinnerung sind. Oder wünscht der Herr Minister die Transparente unseligen Gedankens: „Dieser Betrieb stehthundertprozentig in der Deutschen Arbeitsfront“; oder wie man es heute vielfach sieht: „Dieser Betrieb steht geschlossen, hundertprozentig in der Friedensfront“? Ich glaube nicht, daß das der Sinn der Verstaatlichung sein kann; denn wir würden unter solchen Umständen wohl keine Ursache gehabt haben, der Verstaatlichung zuzustimmen.

Wir haben leider sehr oft den Eindruck, daß man den Kollegen des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes, die in diesen Betrieben beschäftigt sind, mit einem gewissen Mißtrauen und einer gewissen Voreingenommenheit gegenübersteht. In den Tagen des Abschlusses des 4. Lohn- und Preisübereinkommens zeigte es sich aber sehr klar und deutlich, wo die verläßlichste Gruppe steht. So war es zumindest in Donawitz nur dem gemeinsamen Zusammenstehen der in der SPÖ- und der ÖVP-Fraktion stehenden Arbeiterschaft zu danken, daß es zu keiner Betriebsstilllegung und zu keinem Produktionsausfall gekommen ist. (Beifall bei der ÖVP.) Sie alle, meine Damen und Herren, wissen sehr genau und sehr gut, wieviel die Kommunistische Partei darangesetzt und welch große Hoffnungen sie gerade auf dieses größte Eisenwerk in Österreich gesetzt hat. Den Sozialisten allein — und das darf ich hier wohl feststellen — wäre es niemals gelungen, den Frieden und die Ruhe in diesen Betrieben aufrechtzuerhalten. Das war nicht nur in Donawitz, sondern auch anderswo so.

In der Bevölkerung sind über die verstaatlichten Betriebe vielfach falsche Ansichten verbreitet. Hier stelle ich fest: In diesen Betrieben finden zehntausende Arbeiter und Angestellte ihr Brot, die, falls die verstaatlichten Unternehmen nicht vorhanden wären, von der Privatwirtschaft niemals voll beschäftigt werden könnten. Es ist daher selbstver-

ständlich, daß in einer Übergangszeit — und wir befinden uns in einer solchen — größere Investitionen notwendig sind. Wenn aber die Investitionen durchgeführt sind, dann müssen die verstaatlichten Betriebe auch nach vernünftigen wirtschaftlichen Gesichtspunkten geleitet werden. Wir sind in diesem Zusammenhang der Meinung, daß die verstaatlichten Betriebe die Aufgabe haben, die Privatwirtschaft zu berücksichtigen, nicht, wie vielfach die Ansicht vertreten wird, dieselbe zu verdrängen, zu schwächen oder gar auszuschalten. Im Gegenteil, ein gesunder Wettbewerb zwischen den Staatsunternehmungen und der Privatwirtschaft ist hier anzustreben, denn nur auf diese Weise werden wir in der Lage sein, mit den heute noch bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten fertig zu werden und den sozialen Frieden im Lande zu sichern.

Wir von der Österreichischen Volkspartei — und darauf wies Kollege Geisslinger von meiner Fraktion bereits hin — haben sehr große Sorgen hinsichtlich der Entwicklung der verstaatlichten Industrie. Wir stehen aber nicht an, trotzdem diesem Kapitel unsere Zustimmung mit dem Vorbehalt zu geben, daß wir doch wohl hoffen dürfen, daß wir im nächsten Jahr nicht Ursache haben, in gleichem Sinn zu klagen. Wenn wir also diesem Kapitel unsere Zustimmung geben, so aus der Erwagung heraus, daß wir damit nicht einer Partei, sondern dem gesamten Volk dienen wollen. (Beifall bei der Österreichischen Volkspartei.)

Abg. Brunner: Hohes Haus! Das Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe schließt sowohl auf wirtschaftlichem als auch auf personellem Gebiet eine Machtfülle in sich, die bei einer Diskussion, wo immer sie abgeführt wird, Anlaß gibt, darauf näher einzugehen.

Wir ersehen aus den Voranschlagszahlen, daß von den im Budget enthaltenen Ausgaben von nahezu 12 Milliarden Schilling auf Schiene und Straße eine Post von 4.276,352.000 S entfällt. Die Einnahmen sind so, daß ein Abgang von 781,022.500 S entsteht. Von den Gesamtinvestitionen in der Höhe von 701,281.900 S entfallen allein auf die staatlichen Verkehrsunternehmungen 553,480.700 S. Es ist heute schon von den Abgängen gesprochen worden. Es ist uns klar, daß die Bundesbahnen zur Aufrechterhaltung ihrer Verkehrsunternehmungen Zuschüsse brauchen. An Ersparungen wurden z. B. vom Herrn Kollegen Elser folgende vorgeschlagen: Es ist sehr einfach, man übernimmt sämtliche Autobuslinien, und die Bahn ist so in der Lage, wenigstens diesen Betrieb aktiv zu gestalten. Ich kann mir schon vorstellen, wie diese

1682 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

Aktivität ausschaut. Dadurch würde ein Staatsmonopol geschaffen werden, und durch dieses Staatsmonopol könnten die Preise diktieren werden. Wir haben eine andere Meinung über Ersparungen und sind überzeugt, daß sie auch bei einigem guten Willen durchgeführt werden können.

Der Personalabbau wurde ebenfalls diskutiert. Er kann zum Teil durchgeführt werden. Wir haben voriges Jahr fünf Prozent des Personals und teilweise noch mehr abgebaut. Wie sich das auswirkt, haben wir zum Beispiel bei der Post erlebt. Als Fremdenverkehrsland haben wir jedenfalls alle Ursache, Dienst am Kunden zu betreiben. Wir haben es im heurigen Sommer bei der Post erlebt, daß durch diesen Personalabbau der Dienst am Kunden tatsächlich vernachlässigt wurde. Die Post wurde oft in zwei Tagen nur einmal zugestellt, manchmal gar nicht und manchmal in der Woche nur ein einziges Mal. Ein solcher Personalabbau ist also keine Ersparung. Ja es war sogar so, daß es, wenn irgendein Briefträger krank wurde, keine Postzustellung gab, weil in der Steiermark von Graz oder von irgendwo anders erst eine Ersatzkraft eingestellt werden mußte. Was den Personalabbau bei der Bahn anlangt, so wissen wir, daß die Bahn heute derart gut geführt ist, daß die Verkehrs-dichte mindestens so groß oder noch größer als vor dem Jahre 1938 ist. Wir wissen auch, daß das Fahrpersonal ausgelastet ist, so daß da wenig zu machen sein wird.

Der Herr Minister hat während der Budgetberatungen von echten Preisen, von tarifarischen Preisen bei der Bahn gesprochen. Ich möchte heute schon den Herrn Minister darauf aufmerksam machen, daß echte Preise jedenfalls etwas Gesundes sind, aber sie müssen mit einem gewissen Fingerspitzengefühl für die Wirtschaft festgesetzt werden. Es wäre zum Beispiel tarifarisch gesehen nicht zu verantworten, wenn man das linear machen würde. Ein Beispiel: Auf der Turracher Höhe befindet sich ein Anthrazitbergwerk, das auf dem Sektor der Kohlenförderung die höchste Leistung überhaupt aufweist, wenn es auch nur ein ganz kleiner Betrieb ist, der 25 Arbeiter beschäftigt. Dieses Bergwerk ist von der nächsten Bahnstation 25 km entfernt und muß also diesen hochwertigen Anthrazit mit einem Heizwert von 7800 Kalorien zur nächsten Bahnstation bringen. Da müßte die Möglichkeit irgendeiner Tarifermäßigung bestehen, damit dieses hochwertige Brennmaterial auch an den Mann gebracht werden kann und die 25 fleißigen Menschen dort weiter ihren Verdienst haben können.

Wir muten es dem Herrn Bundesminister für Verkehr nicht zu, daß er sich um die Einzelheiten kümmern kann, wir wissen, daß das

kontinuierlich durch die verschiedenen Ressortchefs zu geschehen hat und daß Sparen der Wille aller ist. Wir können es aber nicht verstehen, daß beispielsweise Teile der Bundesbetriebe oder ganze Betriebe, die dem Herrn Bundesminister unterstehen, mithelfen, um dem Staat Einnahmen zu entziehen. Die „Trafikantenzeitung“ meldet zum Beispiel, daß es außerordentlich bedauerlich sei, daß nicht nur ein verstaatlichter Großbetrieb einmal wöchentlich mit Lastwagen bei der USIA-Verkaufsstelle in Urfahr Zigaretten abholt, sondern daß auch Post und Bahn en gros bei diesen nichtösterreichischen Stellen einkaufen. Wir befassen uns jedes Jahr damit und suchen Mittel und Wege, wie wir diesen Dingen, besonders auch diesen Zigarettengeschäften, durch die dem österreichischen Staat sehr, sehr hohe Beträge an Steuern verlorengehen, abhelfen können. Wir laufen nur den Kleinen nach, hier aber werden von den verstaatlichten Betrieben ganze Lastwagen-transporte von diesen USIA-Betrieben weggefahren. Ich möchte den Herrn Bundesminister auch darauf aufmerksam machen, damit in diese Dinge Ordnung gebracht wird. Wir dürfen und können es uns nicht leisten, daß auf diese Art und Weise Staatseinnahmen in fremde Kanäle fließen.

Als Ersparungsmaßnahme wäre auch zu erwägen, ob die Konkurrenzierung zwischen den Autobusunternehmungen von Post und Bundesbahn und den Privatbetrieben oder der Eisenbahn nicht auch einmal untersucht werden könnte. Wenn ein Defizit entsteht, dann wäre es naheliegend, daß man diese Betriebe eben aufgibt und sie jenen Unternehmungen überläßt, die ohne Defizit arbeiten, das sind die privaten Verkehrsunternehmungen. Das private Verkehrsge-werbe, die privaten Omnibuslinien haben ja sowieso einen ungleichen Kampf zu führen, denn wenn irgendeine Strecke durch die Initiative des Privatunternehmens rentabel gemacht wird, dann haben Post oder Bahn die Möglichkeit, sich diese Strecke auf Grund des Kundmachungspatents irgendwie anzueignen. Das ist natürlich nicht schwer, das ist leicht möglich. Wenn daher auf der gleichen Strecke, wo die Bahn fährt, außerdem Omnibusse der Bahn oder Post verkehren, dann sollte man meinen, daß irgendein Teil überflüssig ist, wenn das Gesamtgeschäft nicht aktiv ist. Ich habe hier eine Zusammenstellung, nach der die verstaatlichten Linien, also die Bundesbetriebe, für 1951 eine Vermehrung der gefahrenen Kilometer um 3 Millionen, nämlich von 17 auf 20 Millionen Kilometer vorgenommen haben. Es kostet natürlich Geld, wenn ich einen Betrieb aufrechterhalte, der passiv ist.

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1683

Weiter versteht es die breite Masse nicht, daß zum Beispiel die Bundesbahnen und die Postverwaltung, die ja unter einen Hut gehören, getrennte Garagen und getrennte Garagemeister haben und daß die Verwaltung bei Post und Bahn für jeden Teil getrennt ist. Auf diesem Gebiet wären sicher Einsparungen möglich. Ich muß den Herrn Bundesminister darauf aufmerksam machen, daß diese Dinge schon durch Jahre bei den Budgetberatungen besprochen werden — und auch in dieser Debatte wurde darüber gesprochen —, aber scheinbar nicht das notwendige Interesse finden. Als Schlußfolgerung bei diesem Vergleich der Betriebe können wir einen Abgang von 89 Millionen feststellen. Dieser Abgang ist die natürliche Folge all der Dinge, die ich jetzt genannt habe.

Nun zur Energiewirtschaft. Wir wissen alle, daß die Möglichkeit, Kraftwerke zu bauen, in keinem anderen europäischen Staat so günstig ist wie bei uns in Österreich. Wir haben daher allen Grund, diese Möglichkeiten restlos auszunützen. Die „weiße Kohle“, von der so oft gesprochen wird, erspart uns einerseits Devisen und bringt uns anderseits Devisen. Das, was auf dem Firmenschild der ERP-Hilfe steht: „Devisensparend — devisenbringend“, erfüllt der Ausbau der Kraftwerke.

Die Elektrifizierung soll ja nicht Selbstzweck sein, sondern sie hat im Dienste der Wirtschaft ihre Aufgabe zu erfüllen. Wie kann das aber sein, wenn man eine ungünstige Tarifpolitik betreibt? Dieser Teil der Unternehmungen, der dem Herrn Minister untersteht, kann das Abnehmen seiner Ware, also des elektrischen Stromes, den Konsumenten nur dadurch schmackhaft machen, daß er diese Ware möglichst preiswert abgibt. Eine glückliche Tarifpolitik macht sich sehr, sehr bald bezahlt. Die Bauernschaft, die Landwirtschaft, die heute nur zu 50 bis 55 Prozent von der Möglichkeit, Strom zu beziehen, Gebrauch macht, wird sicher lieber einen Elektromotor als den alten Diesel- oder Benzinmotor einstellen. Auch im Haushalt und im Gewerbebetrieb wird man trachten, von dieser modernen Errungenschaft Gebrauch zu machen. Man muß es dem Konsumenten aber ermöglichen, den Strom möglichst billig zu beziehen. Es darf nicht sein, daß man diese Bestrebungen unmöglich macht, weil dieser Bereich durch die Verstaatlichung zu einem Monopol geworden ist. Wir sind damit einverstanden und tun alles, um den Ausbau der Kraftwerke in Österreich zu fördern.

Es müßte leicht möglich sein, auch die Bundesbahnen in einem bestimmten Zeitabschnitt zu elektrifizieren. Die Auswirkungen einer gesunden Tarifpolitik habe ich bereits besprochen.

Nun einiges bezüglich des 2. Verstaatlichungsgesetzes, das uns ja so ziemlich alle Rechte genommen hat, zumindest aber jene Elektrizitätswerke, ob sie nun im kommunalen oder privaten Besitz waren, die von 200 Kilowatt aufwärts Strom erzeugen. Dieses 2. Verstaatlichungsgesetz wurde vor zwei Jahren beschlossen. An eine Durchführungsverordnung ist man bis jetzt noch nicht herangegangen. Die Leute, die es betrifft, haben seit dieser Zeit keine Verbesserung an den Werken vorgenommen, ja sie haben nicht einmal irgendwie die Instandhaltung betrieben, weil sie ja nicht wissen, wie und unter welchen Umständen sie ihr Eigentum an den Staat abgeben müssen. Ich bitte daher den Herrn Bundesminister für Verkehr, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht doch möglich wäre, die kommunalen Betriebe insgesamt von der Veränderung auszuschließen, und ich bitte ihn weiter, daß die kleinen Privatbetriebe bis zu 500 Kilowatt ebenfalls von der Verstaatlichung oder der Veränderung ausgenommen werden. Wenn man aber daran geht, diese Werke irgendwie für den Staat oder für das jeweilige Land nutzbar zu machen, dann müßte man in der Lage sein, den Gegenwert in barem zu erlegen. Solange wir nicht die Möglichkeit haben, diesen Gegenwert bar zu erlegen, haben wir kein moralisches Recht, den Besitzern dieser Werke durch irgendein Gesetz ihr Eigentum wegzunehmen. Das würde sich von den ostischen Methoden in keiner Weise unterscheiden. Die Besitzer von Bundesschuldverschreibungen haben auch einen Nennwert von hundert, der Kurs ist aber nur vierzig. Ich bin also der Meinung, daß man auch das Geld haben müßte, um die Besitzer zu entschädigen, wenn wir irgend etwas beginnen, wenn die Verstaatlichung oder die Veränderung für Werke ab 200 Kilowatt aufrecht bleibt.

Nun habe ich so ziemlich alles gesagt, was die Wirtschaft irgendwie interessiert. Im besonderen möchte ich auf folgendes hinweisen: Der Kollege Elser hat ausgeführt, daß im Bergbau wieder einmal die Zeit eintreten wird, in der Arbeitslosigkeit herrscht. Wir in Österreich haben Braunkohle, und es war tatsächlich so, daß diese Kohle in der Zeit vor 1938 nicht mehr gekauft wurde. Wie wäre es, wenn man sich mit dem Gedanken tragen würde, gerade an der Fundstätte dieser Braunkohle, dieser sonst nicht hochwertigen Kohle, kalorische Werke zur Spitzendeckung für den Bedarf in unserem Bundesgebiet zu errichten? Dann würden die Arbeiter, die heute schon mit Sorge und Bangen in die Zukunft sehen, wahrscheinlich voll beschäftigt sein. Daß hier die tarifarischen Voraussetzungen für den Spitzenstrom gegeben sind, das weiß jeder Mensch,

1684 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

der sich einigermaßen mit der Energiewirtschaft beschäftigt.

Abschließend möchte ich ganz kurz sagen: Die verstaatlichten Betriebe haben uns noch kein rechtes Bild gegeben. Wir wissen, die Bilanzen sind jetzt im Werden, wir wissen auch, es wurden hunderte Millionen für Investitionen ausgegeben. Die verstaatlichten Betriebe beginnen allmählich, sich zu erneuern, und wir haben nur die eine Sorge, daß diese einmal größten Steuerzahler in Österreich, die Betriebe Böhler und Alpine, nicht so zum Tragen zugunsten des Staates kommen, wie es oft behauptet wird. Wir haben Beispiele, daß große Betriebe, die sich in Privathänden befinden, keinen Kreuzer an staatlicher Unterstützung bekommen haben, trotzdem aber Millionen Schillinge an Steuern bezahlt, ihre Rücklagen gedeckt und außerdem auch auf sozialem Gebiet Hervorragendes geleistet haben. Wir verstehen, daß man bei den großen staatlichen Betrieben nicht kleinlich sein konnte, und wir würden uns daher freuen, wenn wir mit einer Bilanz überrascht werden, aus der wir ersehen, daß an Einkommensteuer oder an Körperschaftsteuer so und so viele Millionen für den Staat reserviert oder bezahlt sind.

Im großen und ganzen sind wir der Meinung, daß wir alle zusammen für die viele Arbeit, die notwendig ist, um die Riesenunternehmen, die in diesem Ministerium vereinigt sind, leiten zu können, auch das nötige Verständnis aufbringen müssen und werden, nur wollen wir Gerechtigkeit in allen Belangen. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Czernetz: Hohes Haus! Die Debatte über das Kapitel Verkehr und verstaatlichte Betriebe steht im Zeichen einer großen, wie ich glaube, notwendigerweise grundsätzlichen Auseinandersetzung. Der Herr Abg. Geisslinger hat heute hier, und im Finanz- und Budgetausschuß hat der Herr Abg. Dr. Maleta festgestellt, daß die verstaatlichten Unternehmungen einen Prüfstein der Koalition darstellen. Unzweifelhaft bestehen in der Frage der Verstaatlichung große grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten der beiden Koalitionspartner. Die bloße programmatiche Formulierung allein könnte darüber hinwegtäuschen, denn das Programm der Österreichischen Volkspartei spricht sogar von Sozialisierung und Kommunalisierung lebenswichtiger Betriebe, allerdings mit der Einschränkung, daß sie nur innerhalb — wie es dort heißt — wohl überlegter sozial und wirtschaftlich tragbarer Grenzen erfolgen solle. Allerdings führt diese Einschränkung dann in der Praxis zu Einschätzungsverschiedenheiten darüber, was man als sozial

und wirtschaftlich tragbare Grenze ansehen soll. Jedenfalls möchte ich, meine Damen und Herren, an dieser Stelle in aller Klarheit darauf hinweisen, daß die Sozialistische Partei in ihrem Programm keineswegs eine allgemeine, weitergehende und die ganze Wirtschaft erfassende Verstaatlichung fordert. Aber sie ist der Meinung, daß die Schlüsselindustrien, die entscheidenden Positionen der Wirtschaft nicht in den Händen einzelner, sondern in den Händen der Gemeinschaft liegen sollen.

Das ist keine Frage einer Doktrin, die wir verwirklichen wollen — darüber bestehen viele Irrtümer —, sondern es sind nach unserer Auffassung ökonomische, soziale und politische Notwendigkeiten, denen wir gerecht zu werden versuchen. Wir können es nicht vergessen, daß bis zum Jahre 1938, solange noch ein wesentlicher Teil unserer Wirtschaft in den Händen von Österreichern war, gerade unsere privatkapitalistische Großindustrie eine ganze Reihe von Fehlinvestitionen katastrophaler Art durchgeführt hat. Damals hat sich eine gewissenlose privatkapitalistische Spekulation mit diesen Unternehmungen befaßt, und zwar mit sehr bösen Folgen für unsere Volkswirtschaft und unsere Bevölkerung. Wir können es nicht vergessen — und ich hoffe, daß es auch unser Koalitionspartner nicht vergessen hat —, daß die kontrolllose privatkapitalistische Wirtschaft in Österreich schließlich in den Jahren 1930 und 1931 zu einer katastrophalen Krise geführt hat, zu einer Pleite, zu deren Sanierung nachher der gute Vater Staat herangeholt worden ist. Man hat in Deutschland diese Vorkommnisse die „Sozialisierung der Pleite“ genannt. Dort war der Prozeß der Fehlinvestitionen in der Privatindustrie, besonders in der Schwerindustrie und in den Schlüsselunternehmungen womöglich mit noch katastrophaleren Wirkungen verbunden als in Österreich. Dann aber sagte man, der Staat müsse helfen, weil es hier um das Schicksal von Menschen geht. Das ist richtig. Man hat ja auch geholfen, man hat mit Steuermitteln die Pleite behoben. Es ist aber vielleicht besser, schon vorher daran zu denken, daß die für das Leben unseres Volkes, für die Existenz unseres Staates notwendigen, ja entscheidenden Produktionsmittel nicht der Willkür einzelner überantwortet sind, sondern unter der Kontrolle, unter der Lenkung und Dirigierung der Gemeinschaft stehen.

Und wenn man einwendet: Wo ist der Standpunkt des Herrn in seinem eigenen Haus ?, dann gestatten Sie mir, daß ich folgendes feststelle: Wir Sozialisten meinen, daß Urproduktion und Schwerindustrie dieses Staates nicht das Eigentum einzelner sein können, die damit über das Schicksal, über Wohl und

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1685

Wehe und das Leben von hunderttausenden Menschen entscheiden können, und wenn ein Malheur geschieht, muß die Allgemeinheit einspringen. Darum werden wir vielleicht besser tun, im voraus darauf zu sehen, daß ein solches Malheur nicht passiert.

Es hat sich herausgestellt, daß die freie Wirtschaft, die freie Unternehmerinitiative überhaupt umgebracht worden ist. Die freie Wirtschaft wurde nicht durch irgendeine Art der Verstaatlichung oder der Sozialisierung umgebracht, sondern vom Monopolkapitalismus. Gerade die Herren von der Österreichischen Volkspartei, die ja die Nachfolgerin der Christlichsozialen Partei ist, werden sich unzweifelhaft noch gut daran erinnern, daß die christlichsoziale Bewegung in diesem Land im Kampf gegen den kapitalistischen Liberalismus entstanden ist, der das Klein gewerbe beinahe getötet hat. Nun gibt es keine freie Wirtschaft mehr. Bemühungen, eine solche wiederherzustellen, sind in Wirklichkeit nur Verbrämungen des Versuchs, mit protektionistischen Maßnahmen noch eine Art ständische Gliederung im Rahmen der kapitalistischen Entwicklung aufrechtzuerhalten. Aber dazu möchte ich ausdrücklich einiges sagen, um verschiedene Mißverständnisse und Irrtümer aufzuklären: Wir Sozialisten stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß es falsch ist, wenn die arbeitenden Menschen vom Besitz an den Arbeitsmitteln getrennt sind. Die Arbeitsmittel sind aber den breiten Massen der arbeitenden Menschen durch die monopolkapitalistische Entwicklung aus der Hand genommen worden.

Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen bekämpfen wir den privatkapitalistischen Großbesitz, denken aber nicht im entferntesten daran, das Arbeitseigentum kleiner Besitzer etwa zu verstaatlichen. Es ist also keine Frage der Taktik. Das möchte ich den Herren von der Österreichischen Volkspartei, mit denen wir manche diesbezügliche Diskussion haben, mit aller Eindeutigkeit sagen. Es ist unsere grundsätzliche sozialistische Überzeugung, daß wir an die Stelle des Unrechts des Kapitalismus nicht ein neues Unrecht setzen wollen. Wir wollen nicht zulassen, daß die Besitzer von Produktionsmitteln, die selbst arbeiten, von diesem Besitz verjagt werden. Aber das bedeutet nicht, daß man ungeheure Reichtümer und Arbeitsmittel, die auf Grund der kapitalistischen und technischen Entwicklung zusammengeballt worden sind, jetzt aufteilen könnte, wie etwa das nationalsozialistische Programm die Großwarenhäuser aufteilen wollte. Das waren ja lächerliche Kindereien, die die Nationalsozialisten selbst gar nicht ernst genommen haben. Sie wissen ganz genau, daß man kapitalsintensive Industrien nicht auf-

teilen kann, indem man jedermann ein Stück davon gibt, sondern daß man sie nur gemeinschaftlich verwalten kann. Dabei muß vor allem zum Ausdruck kommen, daß die Wirtschaft den Zweck hat, dem Bedarf der Bevölkerung, nicht aber dem Profitbedürfnis einzelner Hyänen zu dienen. (*Abg. Altenburger: Oder dem Profitbedürfnis einer Partei!*) Oder einer Partei, sehr richtig, Herr Kollege Altenburger!

Wir haben in Österreich, glaube ich, gegenwärtig keine Partei, die Weizen an die Säue verfüttert, wohl aber gibt es Schichten in unserem Lande, die so handeln, und das ist eben der Ausdruck dafür, daß die Wirtschaft in diesem Sektor nicht der Bedarfsdeckung, sondern der Profitgewinnung dient. Es gibt ja Länder in der Welt, beispielsweise die Vereinigten Staaten von Amerika, wo nicht irgend einmal, sondern immer wieder Weizen verheizt und Baumwolle ins Meer geworfen wird. Das sind Zeichen dafür, daß in der Wirtschaft Krankheitserscheinungen bestehen, daß die Wirtschaft dort also nicht der Bedarfsdeckung, sondern nur der Profitgewinnung dient. Der Zweck der verstaatlichten Produktion ist die Deckung des Bedarfs, die Sicherung der Vollbeschäftigung; die Entstehung großer Arbeitslosenarmeen muß verhindert, Not und Elend müssen vermieden werden. Die Anwendung der dem Volke gehörenden Produktionsmittel muß so gelenkt werden, daß die Produktivität planmäßig gehoben und keine restriktive, sondern eine expansive Wirtschaft betrieben werden kann. Die Bedürfnisse unserer Bevölkerung sind noch lange nicht gedeckt und werden noch lange nicht gedeckt sein. Wir haben noch viel zu tun, um den Lebensstandard entsprechend zu heben.

Wir haben auch alle Ursache, nicht zu vergessen, was sich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung in Österreich ergeben hat. Im Jahre 1938 ist die ganze österreichische Wirtschaft deutsch gemacht worden. Als die deutschen Faschisten im Jahre 1945 nicht mehr da waren, sind diese Betriebe dadurch herrenlos geworden. Vorhin hat ein Kollege davon gesprochen, daß die Allgemeinheit selbstverständlich an die Stelle des nicht vorhandenen Einzelunternehmens getreten ist. Daraus aber das Beste zu machen, ist die Aufgabe der Volksvertretung und einer demokratischen Regierung.

Wenn der Herr Minister beim Antritt seiner Ministerschaft erklärte, es werde sein Ziel sein, die verstaatlichten Betriebe rentabel zu führen, so haben wir Sozialisten das aus vollem Herzen begrüßt. Es kommt darauf an, daß die entscheidenden Produktionsmittel unseres Landes,

1686 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

von denen das Leben unseres Volkes abhängt, unter Kontrolle des Staates stehen. Das dürfen freilich keine Betriebe mit einem Defizit sein, das dürfen nicht Unternehmungen sein, bei denen man dauernd aus Steuermitteln darauf zahlt.

Ich habe mich sehr gefreut, daß auch einige Herren der Volkspartei, so heute der Herr Abg. Brunner, sehr positive Bemerkungen gemacht haben. Ich hoffe nur, meine Damen und Herren, daß sich dieser Geist schließlich auch in der Presse unseres Koalitionspartners fühlbar machen wird. Die Bundesbahnen mit ihrem Defizit und andere staatliche Betriebe sollen nicht in einer Weise angegriffen werden, die den Verhältnissen in keiner Weise gerecht wird. Ein Betrieb, der die gesamte Pensionslast zu tragen hat, ein Unternehmen, daß außerdem eine Preis-, eine Tarifpolitik macht, die einer Subventionierung der ganzen übrigen Wirtschaft gleichkommt, kann in diesem Sinne nicht aktiv sein. Wenn Sie normale, kosten-deckende Preise auch für alle verstaatlichten Unternehmungen und Verkehrsbetriebe nehmen, wenn Sie gleichzeitig die Pensionslast aus der Bilanz herausstreichen, wie das bei jeder privatwirtschaftlichen Unternehmung der Fall ist, dann sind diese Betriebe nicht mehr passiv. Aber darüber hinaus handelt es sich darum, daß diese Unternehmungen unter den Kriegsereignissen in stärkstem Maß gelitten haben und daß der Aufbau außerordentliche Mittel für Investitionen erfordert.

Abg. Geisslinger hat von einem gesunden Konkurrenzkampf zwischen Schiene und Straße gesprochen, und ich möchte sagen, ein gesunder Konkurrenzkampf zwischen verstaatlichten und privaten Unternehmungen ist außerordentlich begrüßenswert. Schon darum, weil auch die verstaatlichte Industrie, wenn es irgendwie möglich ist, nicht eine unkontrollierbare Monopolstellung haben soll. Aber es müssen gesunde Konkurrenzverhältnisse sein. Es darf nicht so sein, daß man aus Steuermitteln den Privatunternehmern die Straßen baut, damit sie dann in der Lage sind, mit niedrigeren Tarifen die öffentlichen Verkehrsmittel, die vom Volk durch Steuermittel subventioniert werden müssen, niedr zu konkurrieren. Gesunde Konkurrenzverhältnisse sind gewiß etwas Richtiges, aber für ungesunde Konkurrenzverhältnisse muß das Volk die Zeche zahlen.

Nun haben wir auch die Kritik des Abg. Buchberger gehört; der Herr Abgeordnete hat von seinem Recht der Kritik in diesem Hause Gebrauch gemacht. Das ist ganz in Ordnung. Ich habe mich sehr darüber gewundert, warum gerade er den Sozialisten den Vorwurf macht, daß sie so empfindlich seien

und keine Kritik zuließen. Der Abg. Buchberger, glaube ich, hat Gelegenheit gehabt, in diesem Hause zu sein, als es das „Gauhaus“ hieß. Ich glaube, von meinen Freunden war damals niemand da. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Buchberger: *Damals war ich nicht da!*) Sie waren nicht da, aber Sie hätten da sein können, denn Sie waren ja seit 1932 Mitglied der Nationalsozialistischen Partei. Damals waren Sie einer von denen, die gegenüber jeder Kritik sehr empfindlich waren. Wenn einer von uns damals so gesprochen hätte wie Sie heute, dann hätten wir die Diskussion nur fortführen können, wenn Sie uns im KZ besucht hätten. Sehen Sie, das ist ein Mißton, der in diese Debatte hereinkommt, und das ist das, was wir den Herren vom VdU zum xten Male begreiflich zu machen versuchen. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Buchberger: *Diesen Mißton bringen Sie herein!* — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen. — Abg. Dipl.-Ing. Dr. Buchberger: *Ich greife nicht an, wenn ich nicht angegriffen werde!*) Herr Kollege Buchberger, wenn Sie erleben, daß irgendein Krimineller, der auf Grund der Weihnachtsamnestie des Bundespräsidenten die Strafanstalt verfrüht verlassen hat, Ihnen über sittliche Grundsätze Belehrungen gibt, dann werden Sie wahrscheinlich darüber wütend werden. So wütend sind wir, wenn Sie als ein Amnestierter eines Terror- und Diktaturregimes — und wir sind stolz darauf, Ihnen die Amnestie gegeben zu haben — uns darüber Belehrungen geben, wie man die freie Kritik zulassen soll. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Schauen Sie, das Haus hat jetzt schon eine eigene politische Zoologie in die Sprache eingeführt. Heute haben Sie den Herrn Kollegen Strasser — Sie haben es notwendig gehabt! — einen roten Homunkulus genannt. Man kann daher in Fortsetzung der Metapher sagen, ein „brauner Vogel Phönix“ hätte allen Grund gehabt, eine solche Bemerkung zu unterlassen. (Zustimmung und Heiterkeit.)

Meine Damen und Herren! Eines ist bei dieser ganzen Betrachtung von grundsätzlicher Wichtigkeit. Es handelt sich darum, worüber in der Welt allgemein diskutiert wird, ob die Verstaatlichung notwendigerweise, zwangsläufig zur Diktatur, zur Einschränkung der Freiheit, zum Terrorismus führen müsse. Wir wissen, daß viele Herren der ÖVP diese Meinung haben — vielleicht nicht alle, und vielleicht haben es nicht alle in dieser Form ausgesprochen.

Ein bürgerlicher Professor aus Österreich, der in England die Gelegenheit benutzt, die englischen Verhältnisse zu studieren — und nicht zu verstehen —, der Herr Professor Hajek,

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1687

hat es in die Formel vom „Weg in die Sklaverei“ gefaßt. Das ist der Punkt, über den man ein paar Worte verlieren muß. Ich möchte mich damit nicht lange aufhalten und gar nicht darauf eingehen, ob es sich um Staatskapitalismus oder um Staatssozialismus handelt. Wer sich damit beschäftigt, weiß, daß das nur eine terminologische Streitfrage ist. Aber gerade Sie vom Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund sagen den Arbeitern oft: In dem Augenblick, in dem der Staat der einzige große Unternehmer ist, bist du, Arbeiter, gefährdet; du hast nicht mehr eine Vielzahl von Unternehmungen, sondern bist einem Unternehmer ausgeliefert! Wir wissen schon, daß dabei prinzipiell eine Gefahr besteht; aber es hängt natürlich davon ab, wer der Staat ist und welche Rechte die Arbeiterschaft hat. Und da können wir die Probe aufs Exempel machen. Mit dieser Warnung, meine Damen und Herren von der ÖVP, haben Sie gerade bei den Arbeitern der verstaatlichten Betriebe wenig Erfolg. Gerade unter den Verkehrarbeitern und den Arbeitern der verstaatlichten Betriebe herrscht doch die Einstellung: sie wollen den Staat als Unternehmer und Chef haben. Sie sind die ersten, die sich dagegen stellen würden, die ersten, die sich widersetzen würden, wenn man diese Unternehmen reprivatisieren wollte. Denn ihnen kommt es darauf an, Rechte zu genießen, die weit über die Rechte hinausgehen, die die Arbeiter der Privatwirtschaft haben. (Abg. Altenburger: Sie haben gesagt, unter Führung des Ministers Waldbrunner!) Meine Damen und Herren! Unter Führung des Ministers Waldbrunner bleibt die Tatsache bestehen, daß eine Mehrheit der Arbeiter der Verkehrsbetriebe und der anderen staatlichen Betriebe für die Sozialistische Partei ist.

Ich habe vorhin das Argument vom Terror gehört; die Herren der Österreichischen Volkspartei, der Kommunistischen Partei und des VdU haben es verwendet. Wenn vor wenigen Tagen der Herr Abg. Strachwitz als junger Abgeordneter in diesem Hause ersucht hat, man möge doch die Vergangenheit ruhen lassen — gut. Seien Sie nicht böse, meine Damen und Herren, aber können Sie sich des Vergleiches erwehren, den ich jetzt anstellen muß? Jede der Parteien hier in diesem Hause hat unter diesem oder einem anderen Namen in einem Staat oder mindestens in einem Teil des Staates schon einmal allein regiert. Ein wesentlicher Teil der Angehörigen der vier Parteien dieses Hauses war schon bei einem dieser Systeme, in denen im wesentlichen eine Partei regiert hat, dabei. Was ist aber da mit den Freiheitsrechten geschehen? Ich erinnere mich sehr wohl, daß wir keine Koalitionsregierung für das Land Wien hatten, sondern

daß es eine Zeit gegeben hat, wo der Herr Abg. Schmitz den Scherz gemacht hat: In welche Abteilung des Rathauses ich auch komme, es blickt mich immer das schöne Antlitz des Bürgermeisters Seitz an. Das war die sozialdemokratische Majoritätsherrschaft in Wien. Hat aber die Sozialdemokratische Partei, wie stark sie auch immer war, haben die Sozialisten irgend einmal in ihrer Geschichte, wenn sie allein und ohne Koalition regiert haben, die Rechte der Opposition geschmäler? Zeigen Sie mir doch in den Kasematten des Rathauses die Gefängnisse, in denen die christlichsoziale Opposition eingesperrt war! Ich kann Ihnen aber, wenn Sie es unbedingt wollen, sagen, wo ein Großteil meiner Kollegen war, als die Vorläufer der ÖVP an der Regierung waren. Ich kann Ihnen auch sagen, wo ein Großteil meiner Kollegen in den Ländern ist, wo die Kommunisten regieren, und ich kann Ihnen sagen, wo ein Großteil meiner Kollegen war, als die Vorläufer und Freunde des VdU regiert haben. Jawohl, Herr Abgeordneter Strachwitz, ziehen wir einen Schlußstrich unter die Vergangenheit! Reden wir jetzt nicht mehr vom Terror! Erst vor ein paar Jahren sind wir aus dem Sumpf der blutigen Diktatur herausgekommen. Reden wir darum nicht mehr vom Terror, wo jetzt jedermann wieder imstande ist, Zeitungen herauszugeben, Versammlungen abzuhalten, wo jeder diskutieren und agitieren kann und niemand daran gehindert wird. Wir gestehen es, es ist nicht angenehm, Minorität zu sein; aber ich sage Ihnen, meine Herren von der Volkspartei, so wenig, wie es Ihnen paßt, daß Sie bei den Arbeitern und Angestellten die Minorität sind, so wenig paßt es uns, daß wir bei den Bauern in der Minorität sind. Daß es in einer Demokratie Reibungen gibt, das gebe ich ohne weiteres zu, aber sagen Sie nicht, daß das Terror und Diktatur ist. Nennen Sie es auch nicht Terror und Diktatur, wenn aus den Schwierigkeiten, die sich zwischen Majorität und Minorität ergeben, gewisse berechtigte oder unberechtigte Wünsche entstehen. Über diese Dinge können wir noch in einem anderen Zusammenhang diskutieren. (Abg. Altenburger: Arbeiten Sie einmal unter Waldbrunner!) Ich habe mich vier Jahre lang bemüht zu arbeiten, als Dolfuß und Schuschnigg die Herren des Landes waren. Ich wurde von Quartier zu Quartier gehetzt und bin schließlich doch ins Gefängnis gekommen. Das weiß ich. Zeigen Sie mir diejenigen, die nach dem Staatsschutzparagraphen zu sechs Monaten Anhaltelager mit einer Verlängerung der Anhaftshaft nochmals zu sechs Monaten Anhaltelager durch den Minister Waldbrunner gekommen sind! (Abg. Altenburger: Warum

1688 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

ist Dr. Fuchs heute noch auf der Straße?) Fragen Sie den Minister Waldbrunner! Ich frage ihn nicht. (*Weitere Zwischenrufe des Abg. Altenburger.*) Aber Herr Kollege Altenburger, es ist nicht meine Aufgabe, den Herrn Minister Waldbrunner um solche Beispiele zu fragen, und auch nicht seine Aufgabe, mir darauf zu antworten, sondern es ist Ihre Aufgabe, die Fälle anzugeben. Aber in Ihrer Aufführung verwechseln Sie die Funktionen. Wenn Sie etwas angreifen, müssen Sie die Dinge vorbringen, nicht ich.

Meine Damen und Herren, jetzt bleibt das Wesentliche übrig, und das ist die Frage: Muß Planung, Lenkung und Kontrolle zu einer Diktatur, zu einer Volksdemokratie führen? Die Herren von der Kommunistischen Partei bemühen sich ja redlich, Sie in dieser Aktion zu unterstützen, und deshalb hat sich auch der Herr Kollege Elser nach einem sehr sachlichen Beginn seines Referates auf diese Linie begeben, als er genötigt war, von der Sachlichkeit auf seine Parteiverpflichtung überzugehen. Wir sind der Überzeugung, daß man die dem Volk gehörigen Produktionsmittel, die verstaatlichten Betriebe demokratisch leiten, demokratisch lenken und verwalten kann, ohne daß die geringste Gefahr einer Diktatur, einer Volksdemokratie oder etwas Ähnliches besteht.

Ich habe mich wirklich sehr gewundert, daß der Herr Kollege Geisslinger das Wort von der Roten Katze gebraucht hat, nicht, weil ich mich über diesen Teil der Zoologie besonders kränke; aber Sie wissen, Herr Kollege Geisslinger, daß die Formel von der Roten Katze — darf ich es schroff sagen — die Formel der politischen Verleumdung der Sozialisten war. Verwenden Sie nicht diese übelriechenden Floskeln! Es ist besser, wir schweigen von diesem stinkenden Tier. (*Abg. Geisslinger: Wir werden es gemeinsam begraben, der Herr Minister und ich!*) Das wird eine feierliche Zeremonie sein. Nach den Oktobertagen haben Sie ja allen Grund, dieses Untier auch endlich zu verscharren.

Es scheint mir wichtig zu sein, meine Damen und Herren, daß man die Dinge klar sieht. Wenn die Arbeiterschaft ihre politische Freiheit hat, wenn sie in den Betrieben ein Mitspracherecht besitzt, wenn der Bevölkerung ihre demokratische Freiheit verfassungsmäßig garantiert und in der Praxis erhalten bleibt, dann besteht keine Gefahr des Abgleitens in die Diktatur. Wenn der der ÖVP nahestehende englische, aber aus Österreich gebürtige Professor Hajek seine Studien in Cambridge dazu verwenden würde, die englische Realität von heute zu prüfen und zu studieren, müßte er finden, daß man Planung und Lenkung und

weitgehende Verstaatlichung ohne Einschränkung der Freiheit durchführen kann. Dafür gibt es auch einen guten Grund, meine Herren. Dort, wo die Produktivkräfte im Verhältnis zur Größe des Landes und der Zahl der Bevölkerung so wenig entwickelt, wo die Produktionsstätten so zurückgeblieben sind wie in der ganzen östlichen Welt, dort — ich möchte es bedauernd sagen — ist wahrscheinlich kaum etwas anderes möglich, als die Menschen mit Gewalt in den Prozeß der Industrialisierung hineinzutreiben. Das Ergebnis ist allerdings — das möchte ich zum Teil auch meinen Freunden sagen — höchst unbefriedigend: Mit den Methoden des Zwanges ist man kaum imstande, die Produktivität zu steigern, da Diktatur und Terror ein Hindernis der Produktivitätsentwicklung sind. Wie immer es dort sein möge, wir sind überzeugt, daß wir auf der zivilisatorischen und technischen Basis, die wir in Mittel- und Westeuropa erkommen haben, keine Diktatur brauchen. Diktaturen sind nicht bloß menschenunwürdig und verbrecherisch, sie sind auch produktionshemmend.

Wir bekennen uns also nicht nur zur Demokratie, wir erklären nicht bloß, daß es dabei bleiben soll; wir versuchen, Ihnen klar zu machen, daß Planung und Verstaatlichung nicht im entferntesten eine Gefahr für die Freiheit darstellen. Das zeigt die Vergangenheit, das zeigen auch die politischen, ökonomischen und sozialen Gegebenheiten in unserem Lande. Auf dieser Grundlage kann man wohl zusammenarbeiten, wenn man dem Volk dienen, eine Bedarfsdeckungswirtschaft schaffen und nicht dem Profit, sondern dem Bedürfnis der Bevölkerung entsprechen will.

Meine Damen und Herren! Der Herr Minister hat vor kurzem angekündigt, daß man sich bemüht, eine neue Unternehmungsform für die verstaatlichten Betriebe zu finden. Auf die Dauer wird man mit der Form der Aktiengesellschaft nicht auskommen, und man muß nach den neuen Formen suchen. Da möchte ich gerade Sie, meine Herren, die Sie einen größeren Teil der Bauernschaft vertreten, an die Vorschläge erinnern, die die Sozialisten schon vor langer Zeit gemacht haben und die sie auch jetzt erwägen; es handelt sich darum, auch die Konsumentenvertreter zur Leitung der Produktionsstätten irgendwie heranzuziehen. Die Konsumenten vieler großer Unternehmungen, etwa der Fabriken, die landwirtschaftliche Maschinen und Geräte erzeugen, sind ja die Bauern. Wenn man hier einen entsprechenden Ausgleich finden könnte und wenn die Bauern bei der industriellen, die städtischen Konsumenten bei der agrarischen Produktion mitzureden hätten, ließen sich

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1689

Formen einer vertieften und weitgehenden Wirtschaftsdemokratie finden.

Ich weiß nicht genau, was das Lächeln einzelner Herren von der ÖVP bedeutet. Ich hoffe nur, daß es sich auf andere Dinge bezo gen hat, denn ich meine, die Frage einer dauernden Sicherung der Demokratie in unserem Land hängt von dieser ökonomischen Zusammenarbeit der Arbeiterschaft und Bauernschaft ab. Es geht um die wichtige Frage des Findens neuer gemeinschaftlicher Unternehmungsformen.

Wir haben schließlich einen sehr ernsten politischen Grund für die Verstaatlichung. Wir können nicht vergessen, daß die Alpine Montangesellschaft, daß Böhler und eine Reihe von anderen Werken — ich kann nicht alle aufzählen — die Brutstätten erst des Heimwehrfaschismus und dann des Nationalsozialismus waren. Und das ist keine österreichische Spezialität. Die Schwerindustrie Westdeutschlands war die Brutstätte des menschenmörderischen deutschen Faschismus. Wir finden umgekehrt, daß die Kollaborateure Frankreichs und Belgiens ihre Brutstätten in der Schwerindustrie dieser beiden Länder gehabt haben. Die Kriegsverbrecher saßen zu allen Zeiten dort, wo man unmittelbare Rüstungsprofite machen konnte, und sie waren auch die Bürgerkriegsverbrecher. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß man nach der glücklichen Fügung unseres politischen Schicksals die richtige Konsequenz ziehen kann: Diese Industrien waren 1945 herrenlos. Lassen wir das österreichische Volk als Herren und Richter über unsere Wirtschaft wachen! Verstaatlichung und Wirtschaftsdemokratie und Weiterentwicklung zur wirtschaftlichen Selbstverwaltung in diesen Schlüsselzweigen unserer Wirtschaft bedeuten Sicherung unserer Demokratie. Ich möchte ausdrücklich sagen: nicht Partei herrschaft! Es denken die Sozialisten nicht daran, und es denkt auch nach unserer Überzeugung der Herr Minister Waldbrunner nicht daran. (Abg. Altenburger: *Das kann der Mühlstein der Koalition sein! Das lassen wir uns nicht bieten!*)

Aber schauen Sie, Herr Kollege Altenburger, Sie haben sich weniger aufgereggt, als nur Ihre Parteifreunde überall drinnen gesessen sind. Wenn man langsam dazu kommt, Sozialisten nicht zurückzuweisen, nur weil sie Sozialisten sind, sondern wenn auch sie Stellen in staatlichen Unternehmungen bekommen, dann werden Sie so empfindlich! Alle diese Dinge sind im Rahmen und im Schoße der Koalition geregelt worden. (Zwischenruf des Abg. Altenburger.) Aber schauen Sie, es wird die Österreichische Volkspartei ... (Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Alten-

burger. — *Gegenrufe bei den Sozialisten. — Präsident Dr. Gorbach gibt wiederholt das Glockenzeichen.*) Herr Kollege Altenburger, die Österreichische Volkspartei wird im Ministerium unseres Ministers Waldbrunner doch in keiner Weise schlechter behandelt als etwa die Sozialisten im Ministerium Kolb oder Hurdes. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.) Wir sind doch sicher der Meinung, daß dort alles in bester Ordnung ist. Ebenso ist es auch im Ministerium Waldbrunner. Wenn Sie das lockern wollten, dann müssen Sie sich überlegen, wie man es allgemein lockern kann. Aber man muß mit gleichem Maß und nicht mit ungleichem Maß messen. (Abg. Altenburger: *Warum ist dann ein Sozialist Gewerkschaftsobmann im öffentlichen Dienst?* — *Gegenrufe bei den Sozialisten.*)

Präsident Dr. Gorbach (*das Glockenzeichen gebend*): Der Herr Abg. Czernetz hat das Wort!

Abg. Czernetz (*fortsetzend*): Ich erwarte, daß der Herr Abg. Altenburger diese Fragen dem Minister in einer verständlichen Weise und nicht in unartikulierten Lauten zur Kenntnis bringen wird.

Meine Damen und Herren! Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, betrachten wir die Verstaatlichung nicht als einen Endpunkt. Nicht deshalb, weil wir alles dem „Moloch Staat“ überantworten wollen, sondern weil wir da und dort mit Korrekturen rechnen, über die aber nicht wir, sondern die Wähler zu entscheiden haben. Unser Programm spricht klar und deutlich von den Grenzen, die wir vor Augen haben und die sehr eng gezogen sind: Die wesentlichen, für das Schicksal des Landes entscheidenden Produktionsmittel sollen in den Händen des Staates bleiben. Sie sind auszubauen, durch Maßnahmen der Betriebsdemokratie und die Einführung wirtschaftsdemokratischer Unternehmungsformen zu einer wirklichen Gemeinwirtschaft zu entwickeln. Gemeinsam mit den privatwirtschaftlichen Sektoren unseres Landes sollen die verstaatlichten Unternehmungen eine gemischte Wirtschaft bilden, die zur Grundlage einer blühenden Demokratie werden kann.

Die Herren von der Kommunistischen Partei dürfen daran nichts Gutes finden — Elser hat heute eine Ausnahme gemacht. Nun, das verwundert uns nicht weiter. Ich glaube nicht, daß die verstaatlichte Industrie eine Sache ist, über die die Kommunisten mit besonderer Berechtigung sprechen können. Vergessen Sie nicht, meine Damen und Herren, das Recht, bei der verstaatlichten Wirtschaft mitzureden, hat moralisch nur derjenige, der gegen

1690 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

den Raub an unserem Volke aufgetreten ist. Dieses Haus hat die Verstaatlichung eines großen Teiles der Urproduktion beschlossen, ist aber an der Durchführung dieser Maßnahmen durch den Einspruch und die Gewalt von anderen gehindert worden. Wir empfehlen den Herren vom Linksblock, bei ihren Auftraggebern vorstellig zu werden. Wenn sie das mit Erfolg getan haben, werden wir sie mit offenen Armen empfangen und sagen: So, jetzt heraus mit den Reformvorschlägen! — Aber erst dann! Sie bieten aber den anderen unsere Fabriken noch freiwillig an und sagen: Es ist gut, daß ihr sie nehmt, und ihr sollt noch mehr nehmen! Zu uns aber kommen sie und sagen: Was übrig geblieben ist, wird schlecht verwaltet!

Meine Damen und Herren! Die Großindustrie, die Schlüsselunternehmungen dürfen nicht mehr die Wurzel einer neuen Krise werden, sie sollen nicht die Brutstätten des einen oder des anderen Faschismus oder Gewaltregimes werden, sondern sie sollen die Basis eines wirtschaftlichen Aufstieges für unser Volk sein. Wir Sozialisten glauben, den Sinn der Arbeiterschaft gut zu kennen. Darum sprechen wir aus, daß dem Minister Waldbrunner und seinem Arbeitsstab der Dank der Arbeiterschaft für diesen Aufbau gebührt, den er natürlich nicht allein durchführt, aber dem er vorsteht und den er leitet.

Es gilt zu arbeiten, um die Demokratie zu sichern und die Schlüsselindustrien, die entscheidenden Wirtschaftsinstrumente dieses Landes unter der Kontrolle der Demokratie in den Dienst des Volkes zu stellen. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe Dipl.-Ing. Waldbrunner: Meine Damen und Herren! Die Ausführungen der verschiedenen Diskussionsredner veranlassen mich, das Hohe Haus um Gehör zu bitten. Es wird notwendig sein, einige Fragen zu beantworten und einige Behauptungen richtigzustellen. Vor allem möchte ich einleitend feststellen, daß die Dotierung dieses Ressorts im kommenden Jahr außerordentlich stark ist. Dies ist vom Gesichtspunkt einer weitgehenden Arbeitsbeschaffung aus geschehen, die sich die Regierung zum Ziel gesetzt hat. Es haben darüber zwischen Kollegen Margrétha und mir nicht mehr Differenzen bestanden als zwischen ihm und jedem anderen Ressortminister. Wir sind uns über die Möglichkeiten und Notwendigkeiten einig geworden. So war es auch möglich, eine der wichtigsten Fragen, die verlangte Einschränkung des Personals bei der Post, vernünftig zu lösen, und zwar so, daß wir im nächsten Jahr keinen niedrigeren Personalstand haben werden als am Ende dieses Budgetjahres, womit wir imstande sein

werden, die Arbeiten, deren Besserung im allgemeinen im Laufe der Debatte verlangt wurde, nicht nur so durchzuführen wie in diesem Jahr, sondern sicherlich noch besser.

Dabei sind natürlich noch manche Schwierigkeiten zu überwinden. Verschiedene Diskussionsredner haben auf die Schwierigkeiten im Verkehr — auf die Konkurrenz Schiene-Straße — hingewiesen. Ich darf feststellen, daß sich das Bundesministerium das ganze Jahr über ernstlich bemüht hat, zu neuen Verkehrsge setzen zu kommen, die eine vernünftige Verkehrsteilung bringen und die die jetzigen unbefriedigenden Konkurrenzverhältnisse lösen könnten. Es war uns aber nicht möglich, in den Verhandlungen weiterzukommen und dem Hohen Haus einen solchen Gesetzentwurf zuzuleiten. Wir haben uns, so gut wir konnten, im Einvernehmen mit den Verhandlungspartnern der privaten Wirtschaft vorläufig zu provisorischen Lösungen entschlossen.

Der Abg. Elser hat darauf hingewiesen, daß wir bei der Bahn viel zu sehr die private Wirtschaft berücksichtigen und zu wenig mit eigenen Kräften in eigener Regie durchführen. Dazu stelle ich fest, daß wir ebenso wie jedes andere Unternehmen unsere Regiebetriebe nicht nach den Verhältnissen der Notzeit dimensionieren können, sondern daß wir die Regiebetriebe, die ja mit Dienstposten versehen werden, die weiter bestehen bleiben, auf die kommenden Verhältnisse abstimmen und den Spitzenbedarf eben jetzt mit Hilfe von privaten Firmen decken müssen.

Kollege Elser hat noch eine Frage angeschnitten, nämlich den Transitverkehr, der angeblich deswegen schlechter wurde, weil wir uns so sehr gegen ein vernünftiges Einvernehmen mit den Oststaaten stemmen. Dazu möchte ich sagen: Den entscheidenden Schlag im Transitverkehr der Bundesbahnen hat uns der Streit im Ostblock versetzt, in dessen Folge Jugoslawien ausgetreten ist. Ich möchte nur ein Beispiel bringen: Der Monatsdurchschnitt im Transitverkehr Bernhardstal—Rosenbach, also Tschechoslowakei—Jugoslawien, betrug vor dem Krieg 25.000 t und ist nachher unter 4000 t abgesunken. Umgekehrt hat sich die Durchschnittsbelastung Rosenbach—Salzburg, also Jugoslawien—Deutschland, von 17.000 t monatlich vorher auf 30.000 t nachher erhöht. Wir tun das Beste, um die Frachten an uns zu ziehen.

Auch eine Frage, die nicht richtig behandelt wurde, ist die Elektrifizierung und der Ausbau unserer Wasserkräfte im Osten und Westen Österreichs. Es stimmt: wir sind im Ausbau unserer Wasserkräfte in den westlichen Bundesländern viel weiter, vor allem deshalb, weil dort die großen Wasserkräfte, die Speicher-

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1691

werke vorhanden sind, die uns besonders in der Winterlücke fehlen. Aber wir sind auch behindert im Ausbau der Wasserkräfte im Osten. Es ist nicht so, daß wir Ybbs-Persenbeug nicht bauen wollten. Wir stoßen auf den Widerstand oder auf die Unklarheiten von sowjetischer Seite. Als Beispiel darf ich anführen: Der letzte diesbezügliche Schriftwechsel stammt aus dem Frühjahr 1949. Damals hat Generaloberst Sheltow einen Brief an das Ministerium geschrieben — ich lese nur den letzten Satz: „Nachdem die Präzisierung der praktischen Fragen beendet sein wird, ist das sowjetische Element bereit, neuerlich über Übergabebedingungen, die für beide Teile annehmbar erscheinen, zu diskutieren.“ Wenige Tage darauf, am 14. Mai, sind vom Ministerium an Generaloberst Sheltow praktische Vorschläge mit der Bitte um weitere Verhandlungen gegangen. Wir haben vom 14. Mai 1949 bis heute trotz verschiedener Mahnungen keine Antwort auf dieses Schreiben bekommen. (Hört! Hört! Rufe.)

Abg. Elser hat auch behauptet, daß bei den Eisenbahnhern der Gehalt mit steigendem Alter ein sinkender wäre. Ich möchte richtigstellen, daß diese Behauptung unrichtig ist und vielleicht auf schlechter Information beruht. Wir haben bei den Bahnen höhere Anfangsgehälter und niedrigere Endgehälter als sonst im Bundesschema, und zwar seit 1945, als das Schema im Einvernehmen mit allen Gewerkschaftsfaktionen mit Rücksicht auf den Exekutivdienst festgelegt wurde, da eben der junge Beamte im Exekutivdienst besondere Leistungen zu vollbringen hat. Im Durchschnitt der fünfunddreißigjährigen Dienstzeit sind aber die Gesamtverdienste höher als im sonstigen Bundesschema.

Ganz kurz auch einige Bemerkungen zur Frage der Großinvestitionen und der Rationalisierungen in den verstaatlichten Betrieben, die angeblich Arbeitskräfte freistellen und die Gefahr einer Arbeitslosigkeit heraufbeschwören. Gerade die Großinvestitionen der verstaatlichten Betriebe — und ich stelle fest, daß da ein Plan und ein Einvernehmen in der Regierung besteht — sollen verhindern, daß in schwereren Zeiten diese Unternehmungen aus der Produktion ausfallen, weil sie mit der Konkurrenz der Welt nicht mehr mitkommen. Den Rat des Abg. Elser, diese Investitionen aus dem Westen zu nehmen und dann, wenn wir sie haben, eine Wende um 180 Grad zu vollziehen und die Betriebe vorwiegend nach dem Osten liefern zu lassen, können wir leider nicht befolgen.

Die Führung dieser Betriebe ist ihm auch ein Dorn im Auge gewesen. Ich möchte aber auf diese Frage im Zusammenhang mit der

Beantwortung der Ausführungen der anderen Diskussionsredner eingehen und noch ein paar andere Anfragen beantworten.

Der Herr Abg. Geisslinger hat besonders auf die starken Einschränkungen beim Bahnpersonal, auf die Überstundenhöhe und auf die Urlaubsrückstände hingewiesen. Die Urlaubsrückstände können wir bei der Bahn in den vorgeschriebenen Zeiten — wie es jetzt im Personalstand aussieht — fast vollständig einbringen. Ich möchte aber hier ausdrücklich sagen, daß in allen Besprechungen mit dem Finanzministerium, die einer wirtschaftlichen Führung dieser Unternehmungen dienten, für uns der Grundsatz richtunggebend war: Wir haben nicht nur ein möglichst günstiges Finanzgesetz zu schaffen, an das wir uns dann im nächsten Jahre zu halten haben, sondern wir haben vor allem darauf zu sehen, daß Sozialgesetze bestehen und diese auch für die Beamten, Angestellten und Arbeiter dieser Betriebe gelten.

Der Herr Abg. Geisslinger hat besonders auf die Schwierigkeiten mit den Dienstwohnungen hingewiesen und die Härten gegen die Pensionisten hervorgekehrt. Ich möchte feststellen, daß wesentlich mehr Pensionisten als jemals in der Vergangenheit in den an sich zu wenig Dienstwohnungen der Bahn wohnen, ohne von dort entfernt zu werden. Im Gegenteil, wir rechnen damit, daß dieser Zustand mit dem steigenden Pensionistenstand wahrscheinlich noch verstärkt werden wird, und bemühen uns — gerade dieses Budget ist der Anfang dazu —, zahlreichere Dienstwohnungen vorzusehen, um hier einen Ausgleich zu schaffen, und die Schäden des Krieges zu beheben.

Der Herr Abg. Buchberger hat darauf hingewiesen, daß Pensionierungen bei der Bahn mit so jungen Jahren vorgenommen werden. Darauf darf ich nur sagen, daß die Pensionierungen mit jungen Jahren aus der Zeit stammen, in der die großen Abbaumaßnahmen getroffen wurden und man bestehende Ansprüche nicht übergehen konnte. Jetzt werden Pensionierungen vor dem 60. Lebensjahr von uns praktisch nicht mehr durchgeführt.

Der Herr Abg. Brunner hat ein Zigarettengeschäft eines verstaatlichten Betriebes mit der USIA angeschnitten. Ich habe dieses Geschäft auch tatsächlich festgestellt. Es war ein Geschäft, das die VÖEST in der Vergangenheit gemacht hat, das aber inzwischen von uns abgestellt worden ist.

Die Konkurrenz zwischen der Bahn und der Post wurde wiederholt angeschnitten, auch vom Herrn Abg. Brunner. Ich möchte dazu feststellen, daß wir uns gerade im Bereich Bahn und Post eine Verkehrsteilung geschaffen haben, nach der bahnparallele Linien von der

1692 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

Post nicht befahren werden, sondern die Post die Zubringelinien bedient. Leider können wir diese Lösung über die staatlichen Betriebe hinaus nicht finden.

Zum 2. Verstaatlichungsgesetz, zu dem Abg. Brunner angeführt hat, daß er die Durchführungsverordnung vermisst, möchte ich sagen, daß die Durchführungsbestimmungen im Gesetz selbst so weitgehend enthalten sind, daß seine Handhabung für die Landeshauptleute in erster Instanz möglich ist. Sie haben das Gesetz auch weitgehend gehandhabt. Es sind Einsprüche dagegen erhoben worden. Sie wurden sowohl vom Verfassungsgerichtshof wie auch vom Verwaltungsgerichtshof abgelehnt.

Und nun möchte ich, meine verehrten Damen und Herren, auf die entscheidende Frage eingehen, auf die Personalfrage. Von links bis rechts haben die Diskussionsredner ihre Unzufriedenheit mit der Personalwirtschaft zum Ausdruck gebracht; eine Unzufriedenheit, die sich nicht in konkreten Feststellungen sondern in allgemeinen Bemerkungen ergangen hat. Das Konkreteste, das ich feststellen konnte, war vor allem die Unzufriedenheit der Abg. Geisslinger und Buchberger über den Einfluß der Personalvertretung, besonders bei der Bahn. Ich kann Ihnen nur sagen: Natürlich müssen wir die Arbeit in diesen Unternehmungen im Einvernehmen mit diesen Personalvertretungen führen. Wie anders wären die großen Aufgaben, die uns gestellt sind, zu lösen? Und damit beantwortet sich auch die Frage des Herrn Abg. Elser. Er meint, daß eine Reihe von Vertrauensmännern nach der Streikbewegung der September- und Oktobertage ungerecht von den Direktionen einzelner Betriebe behandelt worden wären. Diese Direktionen konnten nicht anders vorgehen, als auf Ordnung in diesen Betrieben zu sehen. Wenn sie dabei ihre im Gesetz festgelegten Befugnisse überschritten haben, so sind dafür gesetzliche Einrichtungen genug vorhanden, vor allem in der Form der Einigungsämter. Erwarten Sie von mir nicht, daß ich in diese Auseinandersetzungen eingreife. (Abg. Koplenig: Sie haben schon eingegriffen!) Ich habe nicht eingegriffen; ich habe nur das nicht gemacht, was Sie von mir wollten. (Abg. Koplenig: Sie haben eingegriffen!) Ich sage Ihnen dasselbe, was ich den kommunistischen Betriebsräten in Donawitz gesagt habe, als ich mich in der Betriebsrätekonferenz mit ihnen auseinandersetzte: In diesen entscheidenden Tagen haben die Leute dort entgegen dem Willen der Mehrheit der österreichischen Arbeiterschaft die Betriebe stilllegen und sie zu Schaden bringen wollen. Und die Betriebe wie die Gewerkschaften haben diese Leute aus den Betrieben entfernt. (Abg. Koplenig: Gibt es ein Gesetz in Öster-

reich oder nicht?) Darüber werden die gesetzlichen Einrichtungen entscheiden, ob die Befugnisse dabei überschritten wurden oder nicht. (Abg. Koplenig: Gilt das Gesetz für den Minister oder nicht?) Ich selber werde als Minister in diese Auseinandersetzungen nicht eingreifen, weil ja diese gesetzlichen Einrichtungen bestehen. (Abg. Koplenig: Ein Minister, der Gesetze bricht, gehört davongejagt! — Gegenrufe bei der SPÖ. — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.) Ich kann nur sagen, wir geben damit meiner tiefen Überzeugung nach diesen Menschen einen gesetzlichen Schutz für eine Handlung, die in der schweren Zeit, in der Österreich steht, nicht zu verantworten ist, einen gesetzlichen Schutz, den andere in anderen Ländern selbst für Handlungen, die sie im Interesse der Arbeiterbewegung machen, niemals bekommen würden.

Sie haben die Vertrauensleute so herausgestrichen, daß sie für alle gesorgt haben: Ja, sie haben für alle gesorgt, sie haben zum Beispiel bei Schoeller-Bleckmann dafür gesorgt, daß Knüppelgarden und Terrorgarden hereinkommen (heftige Zwischenrufe beim Linksblock — Abg. Koplenig: Sie sind Organisator der Knüppelgarden! Der Minister für Knüppelgarden! — Abg. Ernst Fischer: Olahla! Olahla!) und den Betrieb stilllegen konnten. Und als man diese Leute dafür zur Verantwortung zog, kam der sowjetische Kommandant vom Semmering (Ruf bei der SPÖ: Der extra geholt wurde! — Abg. Dr. Pittermann: Auf Denunziation der Kommunisten!), dafür diesen Betrieb zuständig ist und der vom Direktor abwärts alle holen ließ und sie unter Druck setzte (Zwischenrufe), damit ja diese Terroristen geschützt werden. (Abg. Koplenig: Weil Ihr Denunzianten seid! — Anhaltende Zwischenrufe und Gegenrufe. — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen. — Abg. Koplenig: Wenn Ihr den Mut habt, klagt an!)

Präsident Dr. Gorbach (neuerlich das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, dem Herrn Minister die Möglichkeit zu geben, in seinen Ausführungen fortzufahren. (Neuerliche Zwischenrufe des Abg. Koplenig.) Herr Abg. Koplenig, ich bitte Sie, sich doch zu mäßigen!

Bundesminister Dipl.-Ing. Waldburner (fortsetzend): Wir sind, Hohes Haus, bemüht, in diesen Unternehmungen die Arbeit aufrechtzuerhalten, die Ordnung zu erhalten, damit wir die schwierigen Aufgaben, die vor uns stehen, lösen können. Wenn Sie von verschiedenen Seiten behaupten, daß da ungerecht, daß parteipolitisch vorgegangen wird, dann sind Sie nicht im Recht, Sie widersprechen sich selber, von links und rechts. Die eine Seite von links behauptet, in der Führung seien doch alle die Leute, die vor dem Kriege diese Be-

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1693

triebe geführt und die Arbeiterschaft terrorisiert haben; die andere Seite behauptet, es seien die Leute, die, mit dem Parteimitgliedsbuch der Sozialisten ausgerüstet, nunmehr Protektionswirtschaft und Parteiwirtschaft treiben. Ich stelle fest, daß in diesem Jahr, in dem die Verwaltung mir als Ressortchef anvertraut war, aus den führenden Positionen dieser Betriebe nicht ein Mann entfernt worden ist, sofern er sich nicht am Gut dieser Unternehmungen vergangen hat. Da können wir keinen Pardon üben. Wenn einer das Gut der Allgemeinheit nicht höher hält als seinen Eigennutz, dann hat er dort keinen Platz! (Abg. Geisslinger: *Und was hat Fuchs gestohlen? Das ist doch ein Witz!*) Wir sprechen von den verstaatlichten Betrieben.

Nun komme ich zu den Bundesbahnen, Herr Abg. Geisslinger, wo Sie von der Reform, die wir in der Verwaltung durchführen, behaupten, sie würde sich nicht auswirken. Bei dieser Reform sind allein in den Abteilungen Fahrplan, Sicherungsdienst und Fernmelddienst 75 Dienstposten eingespart worden, die durch die Hereinziehung in die Generaldirektion natürlich dort zu einem Teil einen Mehraufwand erfordern. Dieser beträgt bei der Generaldirektion 39 Dienstposten, so daß allein in den drei Gruppen 36 Dienstposten erspart werden. Es ist nicht einfach, das alles sofort wirksam zu machen, weil an den Dienstposten die Personen haften. Wir können das erst allmählich wegkriegen, zum Teil durch Pensionierung, zum Teil durch Überstellung auf andere freiwerdende Dienstposten. Gerade Sie, Herr Kollege Geisslinger, wissen um die Schwierigkeit einer solchen Durchführung. Und wenn der eine oder andere dann übrig bleibt und auf einen neuen Dienstposten kommen muß und kommen soll, dann dürfen Sie sich nicht in dieser Art und Weise aufregen, sonst werden wir nie zu einer Bereinigung dieser schwierigen Fragen kommen! (Abg. Geisslinger: *Aber die Ersparnis, Herr Minister, ist nur bei den Direktionen gemacht worden! Bei der Generaldirektion ist ein Plusstand von 7!*) Die Ersparnis ist bei den Direktionen und bei der Generaldirektion gemacht worden. Wir können ja nur die Gesamtheit sehen.

Abschließend möchte ich noch sagen: Wir sind in diesen Fragen der Personalwirtschaft im Dilemma eines angespannten Budgets, eines Personalstandes, der zum größten Teil noch aus der Zwangswirtschaft des Krieges und aus der Notzeit nach dem Krieg kommt. Wir stehen daher vor großen Schwierigkeiten bei der Post, bei der Bahn und bei den verstaatlichten Betrieben. Wir müssen darauf sehen, rationell zu arbeiten und diese Betriebe wirtschaftlich stark zu machen, daß sie einer kommenden Zeit

gewachsen sind. Das können wir nur im Einverständnis mit der Mehrheit der Arbeiter, der Angestellten und Beamten in diesen Betrieben. An diese Mehrheit in diesen wirtschaftlichen Vertretungen habe ich mich als Vertreter des Staates in erster Linie zu halten, wenn ich überhaupt imstande sein will, dieser Probleme Herr zu werden. Und darum sage ich Ihnen: Setzen Sie sich in den Gewerkschaften durch! Nicht ich, der Minister, habe deren Aufgaben zu lösen, sondern Sie. Wenn Sie politische Absichten und gewerkschaftliche Ziele haben, müssen Sie diese in den Kreisen ihrer Arbeitskollegen lösen. (Abg. Geisslinger: *Nur das gleiche Recht für alle, Herr Minister!*)

Denken Sie daran, was Sie in diesen schwierigen Tagen des September und Oktober gesehen haben! Ich spreche das mit der tiefsten Überzeugung hier aus: Uns in Österreich schützt keine militärische Besetzung, uns in Österreich hilft keine Drohung mit der Atombombe, wir hängen davon ab, wie sich die arbeitende Bevölkerung in diesem Lande hält. (Starker Beifall bei den Sozialisten) Mit ihr müssen wir arbeiten. (Abg. Geisslinger: *Nur mit den Sozialisten oder auch mit den anderen?*) Sie sollen sich untereinander einigen, und dann werde ich mit Ihnen reden. Sie werden bei mir immer ein williges Gehör finden. (Anhaltender Beifall bei den Sozialisten. — Abg. Geisslinger: *Und über den Fuchs sagen Sie nichts?*)

Präsident Dr. Gorbach: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Damit ist die Aussprache über Gruppe X beendet.

Wir kommen zur Beratung über die Gruppe XI: Kapitel 4: Staatsschuld, Kapitel 5: Finanzausgleich, Kapitel 6: Pensionen, Kapitel 16: Finanzverwaltung, Kapitel 17: Öffentliche Abgaben, Kapitel 18: Kassenverwaltung, Kapitel 25: Postsparkassenamt, Kapitel 26, Titel 1, 4, 4a und 6: Besatzungskosten, Kinderbeihilfen, Ernährungsbeihilfen, Erfüllung von Rückgabeansprüchen, Kapitel 27: Monopole, und Kapitel 28, Titel 7: Hauptmünzamt.

Spezialberichterstatter Dr. Rupert Roth: Hohes Haus! Die Gruppe XI des Bundesvoranschlages 1951 wurde in der Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses vom 28. November 1950 vorberaten. Ich darf mich daher möglichst kurz fassen. Zu den Teilen des Budgets, welche zu dieser Gruppe gehören, ist folgendes zu bemerken:

Kapitel 4: Staatsschuld. Bei Kapitel 4, Staatsschuld, sind im Voranschlag 1951

1694 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

Gesamtausgaben von 162,524.100 S, davon nur 216.000 S für Verwaltungsausgaben, das sind um 147,348.200 S weniger als für 1950, vorgesehen. Die Einnahmen betragen unverändert 1000 S.

Das Mindererfordernis gegenüber dem Vorschlag 1950 gründet sich hauptsächlich auf den Ausfall einer Tilgungszahlung im Jahre 1951 bei § 2: 10 Millionen-Dollarkredit der Vereinigten Staaten von Amerika.

Weiters kann die geldmäßige Vorsorge für die planmäßige Tilgungsquote 1951 für die zweiprozentigen Bundesschuldverschreibungen 1947 bei § 4 entfallen, da dieses Tilgungsnominal bereits aus der Abstattung von Vermögensabgabe und Vermögenszuwachsabgabe erfüllt und gemäß Altkontenverordnung auf die laufende Tilgungsquote anzurechnen ist.

Schließlich ergibt sich noch eine Verminde rung der Tilgung bei Titel 2 § 6: Bundesschatz scheine und sonstige kurzfristige Verpflichtungen.

Für eine eventuelle Wiederaufnahme des Dienstes aus Schulden und Anleihen vor 1938 wird wie im Vorjahr wieder eine Pauschal vorsorge für Verzinsung und Tilgung von 10 Millionen Schilling ausgeworfen. Für den Schuldendienst aus Anleihen und Krediten, die seit 1945 begeben, beziehungsweise aufgenommen wurden, werden 152.3 Millionen Schilling bereitgestellt.

Kapitel 5: Finanzausgleich. Beim Kapitel 5 sind für den Kopfquotenausgleich 35.5 Millionen Schilling und Grundsteuerbeihilfe 5.3 Millionen Schilling, also insgesamt 40.8 Millionen Schilling vorgesehen. Der Kopfquotenausgleich erfolgt auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes 1951, um Härten bei der Ertrags anteilüberweisung an die Länder und Gemeinden — ohne Wien — auszugleichen. Die Steigerung gegenüber 1950 um 18.5 Millionen Schilling ergibt sich aus dem gesteigerten Ertrag und aus Änderungen im länderweisen Aufkommen der gemeinschaftlichen Bundes abgaben.

Die sogenannte Grundsteuerbeihilfe wird gemäß § 29 Grundsteuergesetz an Stelle der Eigentümer an die Gemeinden entrichtet, wodurch die Zinse in Arbeiterwohnstätten verbilligt werden, ohne daß die Gemeinden einen Steuerausfall erleiden. Die geringfügige Erhöhung von 0.3 Millionen Schilling erfolgt wegen Erhöhung der Grundsteuerhebesätze in den einzelnen Gemeinden.

Der Einnahmenausfall von 150 Millionen Schilling gegenüber 1950 ist damit begründet, daß die Beiträge der Länder und Gemeinden nach dem Bundesgesetz BGBl. Nr. 17/1949 nur in den Jahren 1949 und 1950 zu entrichten waren.

Kapitel 6: Pensionen. Dieses Kapitel sieht für die Pensionisten der Hoheitsverwaltung ein Erfordernis von 686.387.000 S vor, dem an Einnahmen nur 41.900.000 S gegenüberstehen. Der Mehraufwand von 144.161.200 S gegenüber 1950 ist insbesondere auf die Auswirkungen der 1. und 2. Teuerungszuschlagsverordnung 1950 und die Erhöhung der Kinderbeihilfe zurückzuführen.

Die Mehreinnahmen ergeben sich durch die Erhöhung der Pensionsbeiträge auf 4 Prozent (bisher 2.5 Prozent) der Bruttobezüge der pragmatisierten Bediensteten — 21.8 Millionen Schilling — und der Beiträge der Rentenversicherungsträger — 0.1 Millionen Schilling —, die im Zusammenhang mit der Anrechnung von Vordienstzeiten für die Ruhegenübbemessung geleistet werden.

Von den 189.446 Pensionisten des Bundes, das sind um 4550 mehr als im Vorjahr, entfallen auf die Hoheitsverwaltung 72.539. Davon entfallen 15.060 Pensionisten — 160 mehr als als 1950 — auf die Volks-, Haupt-, Berufs- und Mittelschullehrer, 57.479 Pensionisten — 679 mehr als 1950 — auf die übrige Hoheitsverwaltung.

Kapitel 16: Finanzverwaltung. Kapitel 16 behandelt die Finanzverwaltung, und zwar Titel 1 das Bundesministerium für Finanzen, Titel 2 seine Unterbehörden und Organe, Titel 3 das Münzregal.

Das gesamte Kapitel 16 sieht Ausgaben von 275.876.700 S und Einnahmen von 24.430.800 S vor. Gegenüber 1950 erscheinen die Ausgaben um 43.046.700 S und die Einnahmen um 8.377.600 S höher.

Das Mehrerfordernis im Personal- und Sachaufwand ist in der Hauptsache auf die Auswirkungen der 1. und 2. Teuerungszuschlagsverordnung 1950 sowie auf die Erhöhung der Kinderbeihilfen, weiters auf die infolge Errichtung eines Zentralfinanzamtes in Wien für die Einhebung der Wohnhaus-Wiederaufbaubeiträge unvermeidliche Erhöhung des Personalbedarfes zurückzuführen. Ansonsten ist in der Finanzverwaltung im Personalaufwand der 5prozentige Ersparungsabstrich im wesentlichen verwirklicht worden.

Der Ansatz im Titel 3: Münzregal, von 6.820.000 S beinhaltet den Ersatz der Kosten der Ausmünzungen an das Hauptmünzamt, bei welchem ein gleich hoher Betrag als Einnahme aufscheint.

Kapitel 17: Öffentliche Abgaben. Als Ausgaben, das sind 3.100.000 S, sind im Kapitel 17 nur solche Beiträge berücksichtigt, die den Abgabenertrag unmittelbar schmälern (Stempelverschleißvergütung und Kosten des Einbringungs- und Strafverfahrens).

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1695

An öffentlichen Abgaben werden Einnahmen von 9.214.460.000 S, dassind um 2.159.860.000 S mehr erwartet als im Vorjahr. Die wichtigste Rechtfertigung für diese gewaltige Erhöhung gegenüber dem Voranschlag 1950 ist die Tatsache, daß die wirklichen Eingänge 1950, wie dies auch schon in den Vorjahren der Fall war, viel höher waren als die präliminierten Beträge. Die Voranschlagsbeträge veranschaulichen auch das ungeheure Übergewicht der direkten Steuern, die einschließlich der Umsatzsteuer samt Bundeszuschlag und der Zölle über 7.014.000.000 S betragen.

Von der für die Verbrauchssteuern veranschlagten Gesamtsumme von 1.511.460.000 S entfallen 1.050.000.000 S auf die Tabaksteuer samt Aufbauzuschlag und Monopolabgabe, die mit Rücksicht auf die bisher im Jahre 1950 erzielten Ergebnisse um 220.000.000 S höher präliminiert sind als im Vorjahr.

Für die Veranschlagung der Einkommensteuer mit 1.400.000.000 S ist der voraussichtlich wesentlich höhere Ertrag gegenüber dem Voranschlag 1950 maßgebend, wobei einerseits die 20 Prozent betragende Steuertarifsenkung zufolge des Steueränderungsgesetzes (BGBL. Nr. 101/50) als steuervermindernd, andererseits der Wegfall der Vortragsmöglichkeit der Verluste der Jahre 1945 und 1946 als steuererhöhend berücksichtigt wurden.

Der Veranschlagung der Lohnsteuer mit 1.300.000.000 S gegenüber 700.000.000 S im Vorjahrsvoranschlag wurden die letzten Monatserfolge des Jahres 1950 und die Auswirkungen verschiedener Nachziehverfahren und des 3. und 4. Lohn- und Preisabkommens zugrunde gelegt.

Hinsichtlich der veranschlagten Körperschaftsteuer, die um 100 Millionen mehr als im Vorjahr erbringen soll, wird eine ähnliche Entwicklung wie bei der Einkommensteuer erwartet; außerdem wird vorausgesetzt, daß die verstaatlichten Betriebe ihre Bilanzen verlautbaren und Steuererklärungen legen.

Der Ertrag der Gewerbesteuer, die zur Gänze an die Länder und Gemeinden überwiesen wird, ist unter Berücksichtigung des voraussichtlichen Ertrages dieser Steuer im Jahre 1950 mit 800 Millionen Schilling veranschlagt, das ist gegenüber 1946 das Elfache, und zeigt deutlich, daß sich die Wirtschaft noch immer aufwärts entwickelt.

An Besatzungskostensteuer werden 350 Millionen Schilling an Eingängen erwartet, denen im Kapitel 26, Titel 1, ein Ausgabenbedarf von 300 Millionen Schilling gegenübersteht. Die Aufwendungen aus diesem Titel seit 1945 nähern sich damit der Sechs-Milliarden-Grenze.

Die Eingänge aus der Umsatzsteuer samt Bundeszuschlag sind mit 2.340.000.000 S veranschlagt. Die hier erwarteten Mehreingänge von rund 600 Millionen Schilling finden ihre Begründung in der anhaltenden Steigerung der Produktion sowie in den Regelungen der Wechselkurse und in den aus den letzten Lohn- und Preisabkommen resultierenden Preissteigerungen.

Die ganzjährige Auswirkung der Zollvalorisierung und eine weitgehende Verminderung der mit 30. Juni 1951 befristeten Zollbefreiungen und Zollermäßigungen lassen hier einen Mehrertrag von 100 Millionen Schilling erwarten. Die Erträge aus den Zöllen erreichen somit 2-5 Prozent der Gesamteinnahmen.

Der zu erwartende Mehrertrag bei den Verbrauchssteuern von 343 Millionen Schilling gründet sich vor allem auf die im Jahre 1950 erzielten Mehreinnahmen aus der Tabaksteuer, des Aufbauzuschlages sowie der Monopolabgabe (220 Millionen Schilling), weiters auf die Voraussetzung, daß der Bierausstoß 1951 sich in der gleichen Höhe hält wie 1950, wie in der ganzjährigen Auswirkung des Zuschlages zur Mineralölsteuer. Bei der Mineralölsteuer wird auch noch vorausgesetzt, daß sich die Produktion und Einfuhr von Mineralölprodukten im Jahre 1951 ungefähr in gleicher Höhe wie im Jahre 1950 halten wird.

Die im Titel 5 angesetzten Gebühren und Verkehrssteuern sind mit 649.000.000 S gegenüber 552.700.000 S im Jahre 1950 präliminiert. Die höher veranschlagte Präliminierung ist auf die voraussichtlichen Einnahmen des Jahres 1950 zuzüglich der Mehreingänge an Rechnungsstempeln, die aus den Preissteigerungen — siehe Umsatzsteuern — zu erwarten sind, aufgebaut.

Die Gebühren aus dem Glücksspielmonopol, wie Sporttoto usw., dürften einen Mehrertrag von 10 Millionen Schilling abwerfen.

Von den 9.214.460.000 S an öffentlichen Abgaben verbleiben dem Bund 6.424.417.000 S, da 2.790.043.000 S an Überweisungen der Ertragsanteile an die Länder und Gemeinden (1.972.043.000 S, das ist bereits unter Berücksichtigung des Bundes-Präzipiums von 400 Millionen Schilling), an der durchlaufenden Post der Gewerbesteuer von 800 Millionen Schilling und der ebenfalls durchlaufenden Post der Feuerschutzsteuer von 18 Millionen Schilling abzuziehen sind.

In diesen Abgaben spiegelt sich auch zum größten Teil der Finanzausgleich mit seinen seit dem ersten Entwurf vollzogenen Abänderungen wider.

Kapitel 18: Kassenverwaltung. Im Kapitel 18 mit einem Erfordernis von

1696 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

103.657.700 S und einem Ertragnis von 11.560.300 S finden wir unter dem Sammeltitel Kassenverwaltung vor allem die Kapitalsbeteiligungen des Bundes, den Effekten- und Geldverkehr des Bundes, die Bundesdarlehensgebarung, die Bundesaufsicht und die Zahlungen aus Haftungsübernahmen des Bundes ausgewiesen.

Der im Titel 1, § 1, ausgewiesene Betrag von 63.001.000 S dient vor allem der Erhöhung des Gesellschaftskapitals von bereits bestehenden staatlichen Unternehmungen. Daneben sind im § 2 12 Millionen Schilling für den Erwerb von Anteilen, beziehungsweise Aktien von sonstigen nichtverstaatlichten Unternehmungen, an denen der Bund beteiligt ist, vorgesehen.

Das Mindererfordernis der Ausgaben im Titel 2 ergibt sich bei den Zinsen für die zur Kassastärkung begebenen Bundesschatzscheine. Die Mehreinnahmen sind auf den Verkauf der Stücke der fünfprozentigen Aufbauanleihe an der Staatsschuld und auf die Einlösung der in den Bundesbesitz gelangten Zinsscheine dieser Anleihe zurückzuführen.

Als Entschädigung für die Abwicklung des Scheckverkehrs für den Bund durch die Postsparkasse sind 5.900.000 S veranschlagt. An Zahlungen aus Haftungsübernahmen des Bundes sind 9.7 Millionen Schilling vorgesehen.

Auf der Einnahmeseite sind fast durchwegs nur Verrechnungsansätze präliminiert, ausgenommen die Erträge aus den Veräußerungen von Effekten von 7.141.000 S und den Eingängen aus Rückzahlungen und Zinsen an Bundesdarlehen in Höhe von 1.866.000 S.

Kapitel 25: Postsparkassenamt. Das Postsparkassenamt veranschlagt 62.131.100 S an Einnahmen und 62.052.700 S an Ausgaben. Dies ergibt einen Überschuß von 78.400 S.

Die Steigerung des Personalaufwandes für das Jahr 1951 um 4.4 Millionen Schilling ist trotz der weiteren Verringerung des Personalstandes um 82 Bedienstete im wesentlichen auf die Erhöhung der Bezüge durch die 1. und 2. Teuerungszuschlagsverordnung 1950, auf die Erhöhung der Kinderbeihilfe und auf das Erfordernis für Mehrdienstleistung im Sporttotobetrieb, das Mehrerfordernis beim Sachaufwand von 10.7 Millionen Schilling auf die Vergütung an die Postverwaltung und das höhere Erfordernis für Spareinlagenzinsen zurückzuführen.

Die Mehreinnahmen von 14.7 Millionen Schilling ergeben sich durch die zu erwartende Steigerung des Geschäftsumfanges (5.1 Millionen Schilling), durch die Vergütung für die Arbeiten des Sporttotobetriebes (3.9 Millionen

Schilling), durch die zu erwartende Erhöhung der Zinseneinnahmen (3.8 Millionen Schilling) und die Vergütung seitens der Postverwaltung (1.9 Millionen Schilling).

Kapitel 26: Übergangsmaßnahmen. Bei diesem Kapitel ist ein Erfordernis von 960.798.600 S bei einem Ertragnis von 438.606.400 S präliminiert.

Im Titel 1 sind 300 Millionen Schilling für die Zahlung von zivilen Besatzungskosten für das ganze Jahr präliminiert. Die Einnahmen scheinen unter Kapitel 17, Titel 1, § 7, auf.

Die Veranschlagung der Kinderbeihilfe im Titel 4 mit einem Erfordernis von 540.000.000 S gründet sich auf das Bundesgesetz vom 16. Dezember 1949, BGBl. Nr. 31/1950, das Bundesgesetz vom 21. Juni 1950, BGBl. Nr. 135, und die anlässlich des Lohn- und Preisabkommens vom 22. September 1950 in Aussicht genommene Erhöhung der Kinderbeihilfen von 37 S auf 60 S monatlich. Die Einnahmen betreffen Dienstgeberbeiträge zum Ausgleichsfonds für Kinderbeihilfe. Die Mehreinnahmen ergeben sich aus der in Aussicht genommenen Erhöhung der Dienstgeberbeiträge von 2 Prozent auf 3 Prozent. Der vorgesehene Bundeszuschuß beträgt daher rund 110 Millionen Schilling.

Die Ernährungsbeihilfen in Höhe von 6.500.000 S werden auf Grund des § 14 Abs. 1 des Kinderbeihilfengesetzes geleistet. Die höhere Veranschlagung nimmt auf die Erhöhung der Ernährungsbeihilfen von 37 S auf 60 S monatlich durch das 4. Lohn- und Preisabkommen Bedacht.

Die Titel 2 und 5 wurden bereits bei den Gruppen IV und II behandelt.

Kapitel 27: Monopole; Titel 1: Tabak. Die Abfuhr an Tabaksteuer, Aufbauzuschlag und Monopolabgabe durch die Austria Tabakwerke A. G. wird unter Kapitel 17, Titel 4, § 1, mit 1.050.000.000 S veranschlagt, das sind um 220.000.000 S mehr als im Vorjahr.

Von 1946 bis einschließlich 1949 wurden unter diesem Titel 3.600.000.000 S an den Bund abgeführt. Diese Einnahmen aus der Tabaksteuer für 1950 sind auf einen Absatz von 5.600.000.000 Zigaretten, 68.700.000 Zigarren, 1.680.000 kg Feinschnitt- und Pfeifentabak, 3.600.000 Stangen Kautabak, 175.000 Rollen Kübeltabak und 30.100 kg Schnupftabak aufgebaut. Der erwartete Absatz von durchschnittlich monatlich 460 Millionen Zigaretten wird dann zu halten sein, wenn es gelingt, zu verhindern, daß nicht wieder wie im Jahre 1949 der Schwarzhandel — diesmal insbesondere der Verkauf ausländischer Zigaretten durch die USIA-Konsumvereine — überhandnimmt.

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1697

Die im Jahre 1949 eingeführten Preise blieben unverändert, obwohl fast alle Ausgabenpositionen durch das 3. und 4. Lohn- und Preisabkommen wie durch die Änderung des Dollar-Kurses, der bei Einkäufen von Rohtabaken zirka 130 Millionen Schilling Mehrbelastung bringt, beachtliche Steigerungen erfahren haben. Es ist daher eine selbstverständliche Folge, daß Reinerträge nicht mehr erzielt werden können und für 1950 auch eine Gewinnabfuhr nicht vorgesehen ist.

Titel 2: Salz. Das Salzmonopol schließt bei Betriebseinnahmen von 128,128.600 S und bei Betriebsausgaben von 88,787.400 S mit einem kassamäßigen Monopolertrag von 39,341.200 S ab. Hieron sind weitere 6,101.200 S für Investitionen abzusetzen, so daß ein kassamäßiger Nettoertrag von 33,240.000 S veranschlagt ist. Dies ergibt gegenüber dem Jahr 1950 einen Minderertrag von 7,766.600 S. Dieser Minderertrag findet vor allem seine Begründung in den höheren Ansätzen für Betriebsstoffe, Erhaltungskosten und einmalige Ausgaben für Ersatzbeschaffungen, die um fast 16,000.000 S höher als im Vorjahr veranschlagt sind.

Die Erhöhung des Personalaufwandes gegenüber 1950 um 3,2 Millionen Schilling ist auf die Auswirkungen der 1. und 2. Teuerungszuschlagsverordnung zurückzuführen. Das Mehrerfordernis im Sachaufwand von 15,7 Millionen Schilling ergibt sich bei den Löhnen der Arbeiter aus den Teuerungszuschlägen und beim übrigen Sachaufwand durch die allgemeine Preissteigerung.

Die Mehreinnahmen von 9,6 Millionen Schilling werden hauptsächlich beim Produktenverschleiß erwartet.

Die Investitionen dienen der Fortsetzung des Neubaues einer Salzerzeugungsanlage in Hall in Tirol zur Umstellung des Betriebes auf elektrische Energie sowie der weiteren Verbesserung der Betriebseinrichtungen bei allen Salinen.

Titel 3: Staatslotterien. Die Dienststelle für Staatslotterien verwaltet zentral für das gesamte Bundesgebiet die für Rechnung des Bundes betriebenen Glücksspiele, und zwar das Zahlenlotto, die Klassenlotterie und das Sporttoto. An Betriebsausgaben sind 138,134.400 S, an Betriebseinnahmen 164,500.200 S veranschlagt, so daß ein kassamäßiger Monopolertrag von 26,365.800 S erwartet wird. Dies sind rund 11 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr.

Die Mehrausgaben im Jahre 1951 gegenüber 1950 von 65,7 Millionen Schilling ergeben sich aus der Erhöhung des Personalaufwandes um 0,4 Millionen Schilling infolge der Auswirkungen der 1. und 2. Teuerungszuschlags-

verordnung sowie hauptsächlich aus der Erhöhung des Sachaufwandes um 65,3 Millionen Schilling, welche auf die Änderung des Spielplanes der Klassenlotterie infolge Erhöhung der Treffer und Erhöhung des Papierpreises zurückzuführen ist.

Diesen Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen bei der Klassenlotterie und beim Sporttoto in der Höhe von rund 75 Millionen Schilling gegenüber.

Festzuhalten ist, daß der Finanzverwaltung aus den Gewinnen weiters 25 Prozent, die mit 22 Millionen Schilling im Kapitel 17, Titel 5, § 1 a, veranschlagt sind, zufließen.

Titel 4: Branntweinmonopol. Das Branntweinmonopol schließt bei 127,666.500 S Einnahmen und 50,745.100 S Ausgaben mit einem kassamäßigen Monopolertrag von 76,921.400 S ab. Das sind um 3,152.000 S weniger als im Jahre 1949. Die Minderausgaben 1951 gegenüber 1950 von 17,3 Millionen Schilling ergeben sich hauptsächlich im Sachaufwand bei den Branntweinübernahmekosten infolge geringerer Branntweinerzeugung (1951: 89.000 hl, 1950: 110.000 hl).

Der Personalaufwand weist gegenüber 1950 bei gleichbleibendem Personalstand eine Steigerung von 0,1 Millionen Schilling auf, die durch das Mehrerfordernis aus der 1. und 2. Teuerungszuschlagsverordnung verursacht wird.

Diesen Minderausgaben stehen Minder-einnahmen von 20,3 Millionen Schilling an Monopolabgaben und Verkaufserlösen gegenüber, die auf den zu erwartenden geringeren Anfall an Obstbranntweinen, beziehungsweise Rückgang an Spiritusabsatz, insbesondere bei den höherpreislichen Sorten zurückzuführen sind.

Kapitel 28, Titel 7: Hauptmünzamt. Das Hauptmünzamt sieht an Ausgaben 6,775.400 S vor, denen an Einnahmen 6,632.900 S gegenüberstehen, so daß sich ein kassamäßiger Betriebsabgang von 142.500 S ergibt.

Die persönlichen Mehrausgaben im Jahre 1951 gegenüber dem Vorjahr sind durch die 1. und 2. Teuerungszuschlagsverordnung 1950 bedingt.

Durch die Verminderung des Prägeprogramms und die geringer veranschlagten und niedriger gehaltenen anderweitigen Leistungen (Medaillen, Plaketten, Edelmetallscheidung usw.) sind sowohl die sachlichen Ausgaben als auch die Einnahmen niedriger präliminiert.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

1. Dem Kapitel 4: Staatsschuld, dem Kapitel 5: Finanzausgleich,

1698 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

dem Kapitel 6: Pensionen,
dem Kapitel 16: Finanzverwaltung,
dem Kapitel 17: Öffentliche Abgaben,
dem Kapitel 18: Kassenverwaltung,
dem Kapitel 25: Postsparkassenamt,
dem Kapitel 26, Titel 1, 4, 4 a und 6: Be-
satzungskosten, Kinderbeihilfen, Er-
nährungsbeihilfen, Erfüllung von Rück-
gabeansprüchen,

dem Kapitel 27: Monopole, samt den dazu-
gehörigen Geldvoranschlägen (An-
lagen II/2, II/3, II/4), und

dem Kapitel 28, Titel 7: Hauptmünzamt,
samt dem dazugehörigen Geldvoranschlag
(Anlage III/7),

des Bundesvoranschlages 1951 in der
Fassung der Regierungsvorlage (230 der Bei-
lagen) unter Berücksichtigung der vor-
liegenden Druckfehlerberichtigungen wird
die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

2. Die beigedruckten zwei Entschließungen
werden angenommen.

*Die beiden Entschließungen haben folgenden
Wortlaut:*

1. Die öffentlich Angestellten sind in
ihrem Einkommen gegenüber der allge-
meinen Entwicklung in einem Ausmaß
zurückgeblieben, das nicht nur die Lebens-
haltung dieser Bevölkerungskreise, die eine
Säule der öffentlichen Ordnung bilden,
schwer gefährdet, sondern auch die
Leistungsfähigkeit und Sauberkeit der staat-
lichen Verwaltung bedroht. Diese un-
bestrittenen Tatsachen haben zur Ein-
leitung eines Nachziehverfahrens geführt,
das jedoch mangels einer budgetmäßigen
Bedeckung erst in der ersten Rate zur
Durchführung gelangte. In voller Würdig-
ung der dem Staatshaushalt durch das
vierte Lohn- und Preisabkommen neu-
erwachsenen Belastungen kann doch aus den
unveränderten Gründen auf die vollständige
Durchführung der Nachziehung der Bezüge
der öffentlich Angestellten und die Pensions-
angleichung nicht verzichtet werden.

Der Bundesminister für Finanzen wird
daher ersucht, die fälligen Maßnahmen bald-
möglichst zu treffen und der Beschaffung der
hiezu erforderlichen Mittel seine besondere
Aufmerksamkeit zu schenken.

2. Das Bundesministerium für Finanzen
wird aufgefordert, anlässlich der 30jährigen
Zugehörigkeit des Burgenlandes zu Öster-
reich eine Bundeshilfe für das Burgenland
vorzubereiten.

*Inzwischen hat der Präsident den Vorsitz
übernommen.*

Abg. Honner: Sehr geehrte Damen und
Herren! Fünf Jahre nach der Wiederher-
stellung Österreichs regeln noch immer
deutsche Nazigesetze das österreichische
Finanz- und Steuerwesen. Nicht nur daß
diese Gesetze, die keineswegs den öster-
reichischen Verhältnissen entsprechen, weiter
existieren, werden sie immer noch ergänzt,
statt beseitigt zu werden. Immer noch beruft
man sich auf Entscheidungen des Reichs-
finanzhofes oder auf Entscheidungen des ehemaligen
Nazi-Reichsministers für Finanzen. Statt diese deutschen Gesetze immer wieder
zu novellieren, wäre es an der Zeit, eine ein-
fache, klare und den österreichischen Verhältnissen
entsprechende Steuergesetzgebung zu
schaffen, damit das derzeit bestehende Durch-
einander auf diesem Gebiete endlich aufhört.
Es ist kein Wunder, daß sich gegenwärtig fast
kein Steuerpflichtiger in unserer Steuergesetz-
gebung auskennt und daher ein Heer von
tausenden Steuerberatern notwendig ist. Es
gibt derzeit rund 2500 Steuerberater in Öster-
reich, und es gibt ferner nicht weniger als
79 verschiedene Steuerarten in unserem Lande.

Der jetzige Finanzminister Dr. Margarétha
hat seinerzeit als Mitglied des Finanz-
ausschusses des Nationalrates wiederholt auf
diese unmögliche Situation in unserer Steuergesetz-
gebung hingewiesen und verlangt, daß
eine Vereinfachung der österreichischen
Steuergesetzgebung nach den früheren öster-
reichischen Gesichtspunkten erfolge. Wir
wollen hoffen, daß er nun als Finanzminister
diese von allen Parteien gebilligte Verein-
fachung ehestens in die Tat umsetzt.

Wir sind so weit, daß uns die keineswegs
voll befriedigende Steuergesetzgebung vor dem
Jahre 1938 als Muster von Klarheit und Ein-
fachheit im Vergleich zur heutigen erscheinen
muß. Die Kompliziertheit und die große Zahl
der Steuergesetze, die häufigen Novellierungen
und die große Zahl der verschiedenartigen
Steuern und Gebühren haben es schon so weit
gebracht, daß es sogar Rechtsanwälte und
Notare gibt, die nicht mehr Bescheid wissen.
Dieser Zustand schädigt nicht nur die Steuer-
träger, sondern erleichtert auch die Steuer-
hinterziehungen, weshalb es im Interesse
beider, der Steuerträger und des Staates ge-
legen ist, ihn ehestens zu bereinigen.

Das Steuersystem und die Ausgabenpolitik
eines Staates hängt von dem Einfluß ab, den
die verschiedenen Bevölkerungsklassen auf
den Staat zu nehmen vermögen. Wenn man
von diesem von Robert Danneberg formu-
lierten Standpunkt aus das vorliegende Budget-
kapitel betrachtet, sieht man sofort, daß auch
im heutigen Österreich die Klasse der
Kapitalisten den Staat beherrscht. Wenn die

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1699

Wortführer der Sozialisten behaupten, daß ohne ihre Einwilligung im heutigen Österreich nichts geschehen kann, dann ergibt sich daraus die logische Schlußfolgerung, daß die Sozialisten mit der gegenwärtigen antisozialen Steuerpraxis nicht nur einverstanden sind, sondern sie auch decken und unterstützen.

Ich möchte jetzt einiges zur Steuerbelastung der Bevölkerung sagen. In der Zeitung „Internationale Wirtschaft“, einem Organ der Handelskammer, erschien am 28. Oktober d. J. ein von Dr. Robert Bechinie verfaßter Artikel, in dem es unter dem Titel „Die Steuerbelastung des Österreicher“ heißt (*liest*): „Man wird kaum fehlgehen, wenn man die tatsächliche Belastung der österreichischen Bevölkerung im Kalenderjahr 1950 durch Abgaben des Bundes und der Gebietskörperschaften sowie durch Pflichtabgaben an öffentlich-rechtliche Körperschaften unter Einschluß der gegenüber dem Budget erzielten Mehrerträge auf 9 bis 10 Milliarden Schilling schätzt“. Dies bedeutet bei einer Einwohnerzahl von rund 7 Millionen Menschen eine Steuerlast pro Kopf der Bevölkerung von ungefähr 1300 S jährlich. Würde man die Aufteilung unter Ausschluß von Kindern und Greisen und nichtberufstätigen Frauen nur nach der Kopfzahl der erwerbstätigen Bevölkerung vornehmen, so läßt sich unschwer eine durchschnittliche Steuerbelastung von etwa 3500 S jährlich errechnen. Diese Belastung ist, wenn man bedenkt, daß die Mehrheit der arbeitenden Menschen unseres Landes immer noch mit einem Bruttoeinkommen von 9000 S im Jahr für sich und ihre Familienangehörigen das Auslangen finden muß, erschreckend. Im kommenden Budgetjahr wird diese Belastung womöglich noch eine weitere Steigerung erfahren.

Meine Damen und Herren! Es ist auf die Dauer unhaltbar und für die arbeitende Bevölkerung unerträglich, daß sie ein Drittel ihres bescheidenen Einkommens in Form von Steuern, Gebühren, Abgaben und Pflichtbeiträgen hergeben muß, während gleichzeitig den Kapitalisten unter den verschiedensten Titeln fort und fort Steuergeschenke gemacht werden. Es ist an Hand der letzten Jahresbudgets nachzuweisen, daß bei ausgesprochen hohen Einkommen eine auffallende Milderung der Steuerprogression eingetreten ist. So war ein Einkommen von 200.000 S jährlich im Jahre 1945 mit fast 62 Prozent besteuert, während jetzt selbst ein Einkommen von 1 Million Schilling nur mit einer Einkommensteuer von 54,6 Prozent belastet ist. Trotz des in der Vorwoche beschlossenen Steueränderungsgesetzes, wonach die Steuerfrei-grenze hinaufgesetzt wurde, ist es noch weiter

so, daß Personen, die nicht einmal das zum Lebensunterhalt notwendige Einkommen haben, weiter steuerpflichtig sind. Die Steuerprogression trifft noch immer mit aller Schwere die kleinen und mittleren Einkommen, hingegen wurde im Verlauf weniger Jahre die Progression für hohe und höchste Einkommen fortlaufend gemildert.

Der österreichische Steuertarif mit seiner scharf ansteigenden Progression in den unteren und mittleren Einkommenstufen, mit dem sehr geringen Ansteigen der Belastung oberhalb der 50.000 S-Grenze und mit dem völligen Aufhören der Steuerprogression bei 1 Million Schilling ist im Vergleich zu anderen Ländern einzig dastehend. Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß Österreich kleine, besonders aber mittlere Einkommen viel härter, größere Einkommen dagegen viel sanfter anfaßt, als dies in anderen Ländern der Fall ist.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit einiges zur Steuerpraxis in den Ländern der Volksdemokratien sagen. (Abg. Dengler: *Warum gibt es dort überhaupt Steuern?*) Es ist in diesem Hause eine beliebte Methode geworden, bei jeder Gelegenheit — man braucht nur das Wort Volksdemokratie zu sagen, und schon wachen auch die Schläfer auf (*Heiterkeit*) — über die Volksdemokratie herfallen. Ich möchte daher einiges über die Steuerpraxis in diesen Ländern sagen. In den Volksdemokratien bilden die Hauptquelle der Finanzierung des Staatshaushaltes nicht die Steuern, die wie in Österreich aus den Volksmassen herausgepreßt werden (Abg. Dr. Pittermann: *Sondern die der Kapitalisten!*), sondern die Mittel, die aus den verstaatlichten Betrieben und Unternehmungen herausgewirtschaftet werden, Herr Abg. Dr. Pittermann. (Abg. Dr. Pittermann: *Zum Beispiel aus den Konsumvereinen!*)

In der rumänischen Volksrepublik zum Beispiel betragen die Einnahmen, die dem Staat aus seinen Betrieben und wirtschaftlichen Organisationen zufließen, vier Fünftel des gesamten Staatshaushaltes. (Abg. Geisslinger: *Das ist jetzt die Russische Stunde!* — *Heiterkeit*. — Abg. Ernst Fischer: *Wenigstens seid Ihr aufgewacht, das ist auch etwas wert!*) In der Tschechoslowakei (Ruf: *Fließt Milch und Honig!*) wird das Budget zu 60 Prozent aus den Mitteln der nationalen Unternehmungen und den vorhandenen privatkapitalistischen Betrieben gedeckt. (Abg. Dengler: *Dort sind ja keine mehr!*) Ebenso finanziert Polen seinen Staatshaushalt zu drei Viertel und Ungarn zu zwei Dritteln aus den Einkünften der verstaatlichten Betriebe und Unternehmungen. Je mehr sich diese Betriebe entwickeln, je mehr Waren produziert werden, desto größer

1700 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

sind dort im Vergleich zu uns die Steuersenkungen, hier jedoch die Steuererhöhungen und die Preissteigerungen. Während in Österreich die arbeitende Bevölkerung 80 Prozent der Steuerlasten tragen muß, machen in den Volksdemokratien die vom Volk zu entrichtenden Steuern nur bis zu 15 Prozent des Staatshaushaltes aus. Der Anteil der Arbeiter und der kleinen Leute, der Angestellten, der Kleinbauern und der Kleingewerbetreibenden ist noch geringer. (*Ruf bei der ÖVP: Warum kommen sie dann zu uns herüber?*) Die, die zu Ihnen herüber kommen, sind ganz andere Elemente. (*Ruf: Warum seid Ihr noch da, warum geht Ihr nicht selber? — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

In den volksdemokratischen Ländern ist die Macht des Kapitals gebrochen. (*Abg. Geisslinger: Aber die Errungenschaften der Arbeiter auch!*) Das Vermögen der Großkapitalisten und der Grundbesitzer ist in den Besitz des Volks überführt worden. Die riesigen Profite, die früher in die Taschen der Großgrundbesitzer, der Großkapitalisten und der Gebieter über Banken und Konzerne geflossen sind, werden heute für Zwecke der Allgemeinheit verwendet. (*Abg. Machunze: Die geraubten Häuser auch!*) Dadurch ist es möglich geworden, die Steuerlasten der arbeitenden Bevölkerung zu senken. (*Abg. Alois Gruber: Die Russische Stunde!*) Das fassen Sie auf, wie Sie wollen, ob es Ihnen angenehm ist oder nicht, Sie können ja auch hinausgehen! (*Heiterkeit. — Abg. Ernst Fischer: Nein, sie sollen etwas lernen! — Der Präsident gibt erneut das Glockenzeichen.*)

Einiges nun zum Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern. Im Finanz- und Budgetausschuß wurde viel über das Verhältnis der direkten zu den indirekten Steuern debattiert. Der Abgeordnete der Volkspartei Böck-Greissau ist für eine Verlagerung der direkten auf die indirekten Steuern eingetreten, um, wie er sagte, das Übergewicht der direkten Steuern zu beseitigen. Die Arbeiterkammer hat in einer Aussendung vom 29. November d. J. diesen Vorschlag des Abg. Böck-Greissau entschieden zurückgewiesen, offenbar aus dem Grunde, weil dieser Vorschlag eben den Versuch enthält, den kapitalistischen Elementen unseres Landes noch mehr Steuerermäßigungen auf Kosten einer noch stärkeren Belastung der arbeitenden Bevölkerung zuschanzen. Wir dagegen sind dafür, daß das Vermögen und der Luxus noch schärfer besteuert werden, beispielsweise so, wie es unter Breitner in Wien geschehen ist. Aber gerade gegen die Luxussteuer erheben sich so große Widerstände, daß es der Finanzminister nicht einmal wagen konnte, eine diesbezüg-

liche Regierungsvorlage im Ministerrat einzubringen, wie er selbst gesagt hat.

Obwohl sich die Zahl der großen Vermögen von Jahr zu Jahr vermehrt, ist im Budget die Vermögensteuer ebenso wie für das Jahr 1950 wiederum nur mit 60 Millionen Schilling Ertrag veranschlagt. Sie ist eine der wenigen Steuern, die nicht erhöht wurden. Als Begründung für dieses unverständliche Verhalten führt der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses an, daß sich die Vermögensbildung in Österreich noch immer in sehr bescheidenen Grenzen bewegt. Der aufreizende und sich ständig ausbreitende Luxus, den man überall sieht und dem man überall begegnet, ist jedoch ein Beweis, wie wenig diese Feststellung im Bericht des Finanz- und Budgetausschusses tatsächlich mit der Wahrheit zu tun hat.

Im Finanz- und Budgetausschuß wurde viel von der Notwendigkeit einer Revision der Steuergesetzgebung gesprochen. Ich frage: Revision zu wessen Gunsten? Gegenüber den immer wieder hervortretenden Wünschen des Großkapitals nach einer weiteren Revision der Steuergesetzgebung zu seinen Gunsten muß einmal klar und offen ausgesprochen werden: Wenn eine Revision vorgenommen werden soll, dann in erster Linie und vor allem bei der Lohnsteuer! Die Arbeiter und Angestellten als die pünktlichsten und genauesten und als die am stärksten belasteten Steuerzahler erheben schon längst diesen Anspruch, und dies mit vollem Recht.

Der Präsident der Arbeiterkammer, Mantler, hat nachgewiesen, daß ein Arbeiter bei einem Wochenlohn von 72 S im Jahre 1937 1 Prozent Einkommensteuer, das sind 72 Groschen Steuer entrichtete. Heute aber sieht die Sache so aus: Wenn ein Arbeiter das Vierfache des Wochenlohnes von 1937, also 288 S bezieht, so zahlt er als Lediger in der Steuergruppe I plus Besatzungskostenbeitrag eine Steuer im Ausmaß von 37.92 S, also mehr als das Fünfzigfache gegenüber seiner Steuer im Jahre 1937. Als Verheirateter zahlt er in der Steuergruppe II einen Betrag von 25.32 S, das ist das Siebenunddreißigfache, und in der Steuergruppe III, mit Frau und Kind, einen Betrag von 20.64 S, der immerhin noch das Achtundzwanzigfache seiner Steuer von damals ist. Im Jahre 1937 konnte sich jedoch dieser Arbeiter mit einem Wochenlohn von 72 S drei Paar Schuhe kaufen, heute langt sein Wochenverdienst gerade für ein Paar Schuhe von derselben Qualität wie damals. (*Abg. Gindler: Wie ist das in der Volksdemokratie?*)

Dieses Beispiel führte ich deswegen an, weil es in zweifacher Hinsicht interessant ist. Erstens zeigt es, wie tief seither die Kaufkraft

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1701

des Lohnes der Arbeiter gesunken ist, und zweitens, wie gewaltig die Steuerlast heute im Vergleich zu 1937 angeschwollen ist, die ein Arbeiter zu tragen hat. Dieser Zustand hat sich seit dem 3. und 4. Lohn- und Preisabkommen durch die überspitzte Steuerprogression noch weiter verschlechtert. Daher wäre es nur recht und billig, die Lohnsteuer ehestens einer Revision zu unterziehen. Aber davon wollen die Dirigenten unserer Finanz- und Steuerpolitik nichts wissen. Sie betrachten es als ihre vornehmste Aufgabe, die Reichen zu schützen und zu schonen, wo immer und bei welcher Gelegenheit es nur geht.

Ich möchte in diesem Zusammenhang, wieder als Charakteristikum, ein Beispiel anführen, und zwar den Geheimerlaß des Finanzministeriums für Steuergeschenke an die Industrie. Bekanntlich sind Unternehmungen, die in irgendeiner Weise durch Kriegseinwirkung gelitten haben, berechtigt, die Beträge, die für die Vornahme von Reparaturen — ich unterstreiche: Reparaturen — ausgegeben werden, vom Gewinn abzuschreiben. Sie brauchen solche Beträge nicht zu versteuern. In einer Mitteilung der Bundeshandelskammer an ihre Mitglieder werden diese unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit aufmerksam gemacht, daß das Finanzministerium die Steuerreferenten angewiesen hat, in Hinkunft bei der Verrechnung sogenannter Teilschäden beide Augen zuzudrücken. (Abg. Machunze: So zugeschrückt können sie nicht gewesen sein, wenn Sie es erfahren haben! — Abg. Dr. Pittermann: Das hat er ja erst aus unserer Anfrage erfahren!) Dies führt dazu, daß die Unternehmer zum Beispiel die Möglichkeit haben sollen, die Kosten des Wiederaufbaues ihres Unternehmens, von dem nur noch einige Überreste vorhanden waren, vom Gewinn abzuschreiben. Auf diese Weise können Millionenbeträge an Gewinnen der Besteuerung entzogen werden. Gegenüber den Arbeitern und gegenüber den kleinen Leuten, die durch Bombeneinwirkungen oft ihre Wohnungen und ihren ganzen Hausrat verloren haben, ist das Finanzministerium bei weitem nicht so rücksichtsvoll. Hier gibt es keinerlei Begünstigungen, außer vielleicht in einigen Ausnahmefällen, wo der Bewerber über die ausreichende Protektion verfügt.

Nun einiges zu den öffentlichen Abgaben. Im Finanz- und Budgetausschuß wurde zum Kapitel Öffentliche Abgaben festgestellt, daß die Einnahmen mit 9.214.000.000 S einen bisher noch nie dagewesenen Höchststand erreicht haben. Gegenüber 1946 beträgt diese Steigerung das Sechsfache, und gegenüber dem Präliminare von 1950 beträgt die Steigerung ebenfalls die horrende Summe

von 2.160.000.000 S. Zur Rechtfertigung dieser gewaltigen Steigerung der Einnahmen weist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses auf die Tatsache hin, daß die wirklichen Eingänge im Jahre 1950, wie es schon in den Vorjahren der Fall gewesen ist, viel höher gewesen sind, als im Budget präliminiert war. Wir vom Linksblock haben bei mehreren Budgetdebatten in den vergangenen Jahren wiederholt festgestellt, daß die eingesetzten Budgetziffern vielfach Hausnummern sind und daß das Finanzministerium absichtlich bei manchen Steuerarten niedrigere Beträge eingesetzt hat, um sich Reserven zu schaffen, mit denen es später manipulieren konnte. Diese unsere Behauptung, die damals belächelt wurde, wie auch heute manches belächelt wird, was wir sagen, hat nun durch die Erklärung des Finanz- und Budgetausschusses wie ja übrigens auch durch die Erklärungen des Finanzministers selbst ihre Bestätigung erhalten; durch den Finanzminister, als er bei der Einbringung des Budgets sagte, daß er auch heuer, wie im Vorjahr, wieder eine angemessene Reserve in Rechnung gestellt hätte. Wir zweifeln nicht im geringsten daran, daß er es auch heuer wieder versucht hat. (Zwischenruf des Bundesministers Dr. Margaretha.) Vielleicht werden wir bei Gelegenheit wieder erfahren, daß es so gewesen ist.

Als der Finanzminister im Nationalrat den Voranschlag für 1951 einbrachte, schilderte er die Schwierigkeiten, denen er sich bei der Erstellung des Budgets gegenüber sah, nämlich für die riesig angeschwollenen Ausgabenlasten eine entsprechende Bedeckung zu finden. Man kann dem Herrn Finanzminister gratulieren, denn er hat trotz aller Schwierigkeiten diese Leistung zustandegebracht. Er hat es zuwege gebracht, wenigstens auf dem Papier, auf dem das Finanzgesetz für das Jahr 1951 geschrieben steht, einer Ausgabenpost von 11.7 Milliarden Schilling eine Einnahme in gleicher Größe gegenüberzustellen, so daß die Geburung für 1951, abgesehen von den Investitionen, ausgeglichen ist.

Wie wurde das nun gemacht? Erstens durch namhafte Erhöhungen bei den direkten Steuern. Die veranlagte Einkommensteuer ist von 1.3 auf 1.4 Milliarden, also um rund 100 Millionen Schilling gegenüber 1950 erhöht worden. Der Ertrag der Lohnsteuer ist nahezu doppelt so hoch angesetzt, nämlich mit 1300 Millionen Schilling für 1951 gegenüber 700 Millionen Schilling im Jahre 1950. Die Steigerung der Lohnsteuer um den gewaltigen Betrag von 600 Millionen Schilling stützt sich, wie es wieder im Bericht des Finanz- und Budgetausschusses heißt, auf die letzten

1702 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

Monatserfolge des Jahres 1950, ferner auf die Auswirkungen der verschiedenen Nachziehverfahren und des 3. und 4. Lohn- und Preisabkommens. Damit wird ein weiteres Mal bestätigt, daß ein sehr wesentlicher Teil der Lohn- und Gehaltserhöhungen durch die Lohnsteuer wieder weggenommen wird. Die Lohnsteuer, die veranlagte Einkommensteuer und die Tabaksteuer sind, wie immer, die tragenden Säulen auch dieses Budgets. Das bedeutet gleichzeitig, daß die arbeitenden Menschen unseres Landes die weitaus größte Steuerlast zu tragen haben. (Abg. Eichinger: *Das ist doch klar!*) Ja, Sie rechnen nach der Zahl der Bevölkerung, wir aber rechnen nach der Verteilung des Einkommens. Die Körperschaftsteuer ist um 100 Millionen auf 450 Millionen Schilling erhöht worden; also auch die Kapitalisten müssen um 100 Millionen Schilling mehr aufbringen. Im Vergleich zu den Aufbringungen bei den anderen Gruppen ist dieser Betrag verhältnismäßig sehr gering. Die Gewerbesteuer — ihr Ertrag fließt allerdings zur Gänze den Gemeinden zu — ist um 270 Millionen auf 800 Millionen Schilling erhöht worden. Bei den direkten Steuern allein hat der Finanzminister für das Jahr 1951 eine Erhöhung um rund eine Milliarde, nämlich von 3,3 auf 4,3 Milliarden Schilling vorgenommen.

Zweitens: Die Umsatzsteuer samt Bundeszuschlag wurde von 1740 Millionen Schilling auf 2340 Millionen Schilling, das heißt um 600 Millionen Schilling gesteigert. Die Einnahmen bei den Zöllen erfahren budgetmäßig eine Erhöhung von 200 auf 300 Millionen Schilling. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß zumindest die Zollerhöhungen weiter preistreibend wirken werden.

Drittens: Die Verbrauchssteuern sind insgesamt von 1168 Millionen auf 1511 Millionen Schilling, das ist um 343 Millionen Schilling höher veranschlagt als im Vorjahr, wobei die größte Steigerung bei der Tabaksteuer, bei der Biersteuer und bei der Mineralölsteuer vorgenommen wurde. Die Tabaksteuer samt Aufbauzuschlag und Monopolabgabe soll im Jahre 1951 den Betrag von 1050 Millionen Schilling gegenüber 830 Millionen Schilling, das ist ein Mehrertrag von 220 Millionen Schilling, liefern. Dem Bericht des Finanz- und Budgetausschusses kann man entnehmen, daß die steuerliche Belastung bei Zigaretten, vom Konsumwert berechnet, 73 Prozent, bei Zigarren 61,5 Prozent und bei Tabaken zwischen 55 und 74 Prozent ausmacht. Also nahezu drei Viertel des Preises bei Tabakerzeugnissen entfallen auf die horrenden Steuern, die der Fiskus bei diesen Waren eintreibt. Ich frage: Wäre es nicht an der Zeit, die Preise für Tabakwaren zu senken?

(*Zwischenrufe.*) Dadurch würde ohne Zweifel der Umsatz gehoben und würden wahrscheinlich dieselben Einnahmenergebnisse erzielt werden können wie bei diesen hohen Steuersätzen, die den Tabakerzeugnissen jetzt aufgelegt sind. (Abg. Prinke: *Wenn nicht Zigaretten geschmuggelt werden!*) Es muß ja, meine Herren, letzten Endes einmal irgendwo damit begonnen werden, die nazistischen Kriegszuschläge, die heute in Aufbauzuschläge umbenannt sind, abzubauen. Auf die Dauer kann man ja nicht Steuer- und Finanzpolitik mit solchen Methoden treiben. (*Zwischenrufe.* — Abg. Machunze: *Auch nicht Zigaretten schmuggeln!*) Die Ermäßigung der Preise für die inländischen Erzeugnisse, was ohne weiteres möglich wäre, würde den Schleichhandel mit Zigaretten liquidieren. (Abg. Machunze: *Der wird ja von Euch gefördert!* — Abg. Ernst Fischer: *Die Schleichhändlerpartei soll schweigen!* — Abg. Machunze: *Der Zigaretten-schleich ist Euer Monopol!* — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Die Biersteuer wird von 110 Millionen Schilling im Jahre 1950 auf 150 Millionen Schilling, also um 40 Millionen Schilling gesteigert. Rechnet der Herr Finanzminister bei dieser Post mit einem ansteigenden Bierkonsum oder mit einer weiteren Erhöhung der Bierpreise? Ohne Zweifel werden die Bierproduzenten die Gelegenheit wahrnehmen, um das Krügel Bier des Arbeiters wieder zu verteuern.

Die Mineralölsteuer erhöht sich um 82 Millionen, nämlich von 105 auf 187 Millionen Schilling. Es ist nicht schwer, vorauszusagen, daß dies zu einer Verteuerung des Waren- und Personentransportes mit Kraftwagen führen wird und führen muß. (Abgeordneter Machunze: *Aber hier habt Ihr die Möglichkeit, für billige Betriebsmittel zu sorgen!*) Sie verteuern sie ja trotzdem wieder. (Ruf bei der ÖVP: *Ihr liefert lieber den Russen!*) Sie sind ja schon verbilligt worden, und dann hat man die Preise erhöht, um damit die Differenz in den amerikanischen Benzinpreisen decken zu können. (*Lebhafte Rufe und Gegenrufe.*)

Präsident (*das Glockenzeichen gebend*): Ich bitte, meine Herren!

Abg. Honner (*fortsetzend*): Die Gebühren und Verkehrssteuern werden von 552 Millionen auf 649 Millionen, also um 97 Millionen Schilling gegenüber 1950 erhöht.

Alles in allem hat es der Herr Finanzminister trotz den von ihm beklagten Schwierigkeiten und trotz der schon untragbaren Steuerlast der arbeitenden Bevölkerung zuwege gebracht, ihr für das Jahr 1951 eine zusätzliche Belastung von 2160 Millionen Schilling aufzubürden.

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1703

Insgesamt beträgt die Last der öffentlichen Abgaben im Jahre 1951, wie bereits gesagt, 9,2 Milliarden Schilling. Man kann dem Herrn Finanzminister nur wünschen, daß es ihm nicht ebenso wie jenem Chirurgen ergehen möge, der nach durchgeföhrter Operation feststellen mußte: Operation gelungen, Patient jedoch gestorben! (Heiterkeit.)

Ich frage nun: Ist der Optimismus des Herrn Finanzministers begründet? Woher nimmt Dr. Margarétha seinen Optimismus, von dem er offenbar bei der Erstellung des Budgets getragen war? (Ruf bei der ÖVP: *Daß die Russen auch Steuer zahlen!*) Der Herr Finanzminister hat sehr kategorisch herausgestellt, daß die Erfüllung des Budgets für 1951 davon abhängt, ob es gelingt, die Vollbeschäftigung zu sichern und eine größere Arbeitslosigkeit zu verhindern. Berechtigt die wirtschaftliche und finanzielle Lage unseres Landes, die bis zum äußersten ausgeschöpfte Steuerkraft unseres Volkes und die ständig schwindende Kaufkraft des größten Teils unserer Bevölkerung zu einem solchen Optimismus?

Zugegeben, gewisse Zweige unserer Wirtschaft, z. B. die Erzeugungsstätten strategischer Rohstoffe und die Schwerindustrie (Ruf bei der ÖVP: *Zistersdorf!*), sind im Zusammenhang mit den forcierten amerikanischen Kriegsrüstungen auch mit Aufträgen beteiligt worden. Gewisse Zweige der Leichtindustrie und der verarbeitenden Industrie haben Aufträge für eine mehr oder minder lange Frist, die dem Fremdenverkehr dienenden Wirtschaftszweige konnten sich in dem jetzt vor dem Ablauf stehenden Jahr etwas erholen.

Man setzt jetzt offenbar große Hoffnungen auf eine Belebung der Wohnbautätigkeit im Zusammenhang mit den Abmachungen der Regierungsparteien in den Fragen des Wohnbaues. Die dazu erforderlichen Gesetze sollen wir kommenden Freitag beschließen. Wir fürchten aber sehr, daß die Hausherren, oder zumindest ein sehr großer Teil der Hausherren, die finanziellen Mittel, die ihnen nun zufließen werden, weniger zum Bauen neuer Wohnungen oder deren Wiederherstellung, sondern vielmehr zur Wiederherstellung der Hausherrenrente verwenden werden! (Abgeordneter Dr. Bock: *Das zeugt von einer Unkenntnis der Gesetze!*) Ja, wir haben unsere Erfahrungen mit Eurer Wirtschafts- und Aufbaupolitik in den vergangenen Jahren machen können!

Wie schaut es nun auf den anderen Gebieten unserer Wirtschaft aus? In einigen Sektoren unserer Volkswirtschaft ist die Lage keineswegs rosig. Es gibt Schwierigkeiten in der Landwirtschaft, denn sonst wären ja die vielen Klagen nicht begründet, die immer wieder hier im Haus und anderswo vorge-

bracht werden. Es gibt Schwierigkeiten in der Textilindustrie, in einigen Zweigen des Exportes, wo man keineswegs von einer herrschenden Konjunktur sprechen kann.

Wir können, meine Damen und Herren, schließlich auch nicht an der Tatsache vorbeisehen, daß wir gegenwärtig einen Stand von 118.000 voll einsatzfähigen Arbeitslosen haben, beträchtlich mehr als zur selben Zeit des Vorjahres, wobei man noch berücksichtigen muß, daß die tatsächliche Arbeitslosenzahl wesentlich höher ist, als in den offiziellen Statistiken zugegeben wird. Man darf schließlich nicht übersehen, daß durch die fortlaufende Senkung des Realeinkommens der breiten Massen der Arbeiter und Angestellten im privaten wie vor allem im staatlichen Sektor die Kaufkraft dieser Massen äußerst gefährlich eingeengt wurde. Die Folge ist schon heute ein Absinken des Konsums, und eine Fortdauer dieses Zustandes müßte unweigerlich zu Erzeugungs- und Absatzstokkungen auf den verschiedensten Gebieten unserer Warenproduktion führen. (Abgeordneter Machunze: *Aber in Eurer „Volksstimme“ schreibt Ihr, daß der Händler so viel verdient!*) Wir meinen damit nur einzelne Händler und nicht den Handel insgesamt! Wir meinen da vor allem die Großhändler! Der unproduktive, schmarotzerische Zwischenhandel verdient reichlich, die kleinen Händler, Kaufleute und Geschäftsleute verdienen nichts. Ihre Existenz wird von Tag zu Tag mehr und schärfer bedroht. (Abg. Machunze: *Aber der Zwischenhandel kann doch auch nur verkaufen, wenn der kleine Händler verkauft!* — Abg. Dipl.-Ing. Raab: *Warum erzählen Sie denn solche Märchen?*) Schauen Sie, Herr Ing. Raab, ich bilde mir nicht ein, so weise zu sein wie Sie. (Heiterkeit.) Aber hören Sie doch endlich einmal auf zu glauben, daß Sie allein die Weisheit gepachtet haben! (Abg. Machunze: *Aber Sie auch nicht!*)

Das uns hier vorliegende Budget ist auf der Vollbeschäftigung aufgebaut. Es steht und fällt mit der Vollbeschäftigung, wie der Herr Finanzminister mit sehr starkem Nachdruck unterstrichen hat. Die bisherige Vollbeschäftigung ist aber zu einem nicht unwesentlichen Teil das Ergebnis einer Rüstungskonjunktur, an der wir mitpartizipieren. Was geschieht aber — so frage ich Sie —, wenn diese Konjunktur, auf die wir selbst keinerlei Einfluß haben, eines Tages aus sein wird? Offenbar rechnet die Regierung nicht mit einer solchen Möglichkeit, sondern eher mit einem Ansteigen der Rüstungskonjunktur im Zusammenhang mit der Verschärfung des Kriegsrüstens. Wenn dies nicht der Fall wäre, müßte sie, beziehungsweise der Herr Finanzminister, bedeutend weniger optimistisch sein.

1704 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

Eine weitere Frage: Hat der Herr Finanzminister bei seinen Kalkulationen bei der Aufstellung des Budgets auch die Frage erwogen, welche Auswirkung auf unsere Wirtschaft und auf unseren Beschäftigtenstand zum Beispiel neue Veränderungen im Weltmarktpreisniveau nach aufwärts oder währungspolitische Maßnahmen jener Länder, mit denen unsere Wirtschaft und unser Handel, mehr als uns gut tut, verbunden und verflochten ist, haben könnten? (Abg. Dr. Pittermann: Zum Beispiel in Polen!)

Wir sind der Meinung, daß angesichts der sehr labilen Weltlage und der jetzt schon bis zum äußersten ausgeschöpften Steueraufkraft unseres Volkes der Erfolg des Budgets, mit dem wir uns jetzt abschließend befassen, problematisch ist, wenn sich die Spekulationen nicht bewahrheiten und erfüllen, auf denen es zu einem nicht unwesentlichen Teil aufgebaut ist.

Ich möchte noch zu einigen anderen Fragen Stellung nehmen. Zuerst zu einer Frage, deren Behandlung und Erledigung uns vom Linksblock besonders dringlich erscheint, das ist die Frage des zweiten Nachziehverfahrens für die Bundesangestellten. Der Herr Finanzminister hat die Durchführung dieses zweiten Nachziehverfahrens für die öffentlich Angestellten und Pensionisten ebenso wie die Durchführung der nächsten Etappe der Pensionsangleichung mit der Begründung abgelehnt, daß erstens die Erfüllung der mit dem 4. Lohn- und Preisabkommen verbundenen Verpflichtungen dem Staat sowieso eine Menge Geld gekostet habe und zweitens der für das Jahr 1950 budgetmäßig vorgesehene Beamtenabbau nicht zu fünf Prozent, sondern nur zu etwa zwei Prozent durchgeführt worden sei.

Dies ist ein sehr bequemer Standpunkt, und auf diese Weise könnte sich der Herr Finanzminister um jede Verpflichtung drücken. Die öffentlich Angestellten, die im Vergleich zu den Angestellten in der Privatwirtschaft ohnedies sehr schlecht gestellt sind, haben ein Anrecht darauf, daß ihre Hungergehälter ehestens nachgezogen werden! Die öffentlich Angestellten haben nichts davon, wenn man ihnen von Zeit zu Zeit das Lied vom braven Mann singt. Davon können sie nicht leben, sie brauchen höhere Gehälter. Ebenso verhält es sich mit der Forderung der Pensionisten auf Nachziehung und Angleichung ihrer Pensionen, die durch die Lohn- und Preispolitik der Regierung besonders entwertet worden sind.

Es ist lächerlich, zu sagen, daß hiefür das erforderliche Geld nicht vorhanden sei. Das Nachziehverfahren kostet dem Finanz-

minister für die aktiven Bundesbeamten 300 Millionen Schilling und für die Pensionisten 60 Millionen Schilling. Mit den Kosten für die Durchführung der zweiten Etappe in der Pensionsangleichung ergibt sich möglicherweise ein Betrag von etwas über 400 Millionen Schilling, der für diesen Zweck aufzubringen wäre.

In der Debatte im Finanz- und Budgetausschuß wurde festgestellt, daß die bisherigen Steuerrückstände, die Steuerschulden, allein einen Betrag von 1200 Millionen Schilling ausmachen. Hier handelt es sich vorwiegend um Steuerschulden von Besitzenden, und zwar nicht der kleinen Besitzenden. (Abg. Frisch: Gerade von den Kleinen! — Abg. Dr. Bock: Außer bei der USIA!) Ich habe erwartet, daß dieser Zwischenruf kommt, aber die USIA-Schulden sind hier nicht enthalten. Hier handelt es sich um die Steuerschulden von österreichischen Kapitalisten! Hier handelt es sich, wie ich sagte, um Steuerschulden österreichischer vermögender Kreise, von Großkapitalisten. Die Arbeiter und die Angestellten können in dieser Zahl nicht enthalten sein, denn sie bezahlen ihre Steuern pünktlich auf den Groschen. (Lebhafte Zwischenrufe.) Nicht bei der USIA, Herr Finanzminister! Sie sind genügend informiert und wissen, daß es sich hiebei um österreichische Unternehmen handelt. Die Summe der ausständigen Steuerschulden beträgt 1200 Millionen Schilling, die Summe der Steuergeschenke, die der Staat jährlich an gewisse großkapitalistische Kreise macht, wird allerdings nie bekannt werden, sie macht aber ohne Zweifel Jahr für Jahr ebenfalls mehrere hundert Millionen Schilling aus. (Abg. Frisch: Das weiß der Honner!)

Es ist nicht bekannt — es ist zumindest uns nicht bekannt, vielleicht den beiden Koalitionsparteien —, ob und wieviel die verstaatlichten Betriebe dem Staat Steuern zahlen. (Abg. Dr. Pittermann: Gar keine! — Heiterkeit.) Gar keine, sagt der Herr Dr. Pittermann, eine ordentliche Gebarung aber würde erfordern, daß sie auch zahlen, weil man ihnen anderwärts ja wieder helfen muß, Investitionen und dergleichen durchzuführen.

Die Korruption, die sich bei uns überall breit macht, verschlingt Dutzende von Millionen Schilling. Der Finanzminister müßte nur etwas rigoroser die Steuerschulden einstreben, mit den Steuergeschenken etwas sparsamer umgehen und der herrschenden Korruption energisch an den Leib rücken, und er würde ohne Schwierigkeiten die finanziellen Mittel aufbringen, die zur Erfüllung der berechtigten Forderungen der

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1705

Angestellten des öffentlichen Dienstes notwendig sind.

Einige Bemerkungen zur Frage des Finanzausgleichs. Wir werden ja zu diesem Gesetz am Freitag noch Stellung nehmen. So wie in den Jahren 1949 und 1950 werden auch für das Jahr 1951 den Ländern und Gemeinden wieder Beiträge zur Sanierung der Bundesfinanzen vorgeschrieben, beziehungsweise von vornherein zurückbehalten. Für das kommende Budgetjahr sind es 400 Millionen Schilling. Als Begründung für diese Maßnahme wird angegeben, daß die zwischen Ländern und Gemeinden einerseits und dem Bund anderseits geteilten Abgaben im Ertrag mehr als die nicht geteilten Abgaben gestiegen sind. Das mag wohl richtig sein, aber das Finanzministerium läßt hiebei außer Betracht, daß auch die Ausgaben der Länder und Gemeinden sehr wesentlich gestiegen sind. Dazu kommt noch, daß das Finanzministerium die Absicht hat, die Kosten für die Mehreinstellung von Lehrern in den Volks- und Hauptschulen schon im kommenden Jahr zum Teil den Ländern anzulasten, die ihrerseits wieder versuchen werden, die Gemeinden mit den für die Lehrer erwachsenden Mehrausgaben zu belasten.

Im Verlauf von drei Jahren werden den Ländern und Gemeinden von ihren Ertragsanteilen an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben 900 Millionen Schilling weggenommen. Wir sind entschieden gegen dieses fortwährende Schröpfen der Länder und Gemeinden, die, wie bekannt, selbst mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und wegen des Mangels an finanziellen Mitteln oft nicht in der Lage sind, die wichtigsten Fürsorgeaufgaben zu erfüllen. Es ist eine verfehlte Politik, die eigenen Schwierigkeiten auf Kosten der Vermehrung der Schwierigkeiten in den Haushalten der Länder und Gemeinden lösen zu wollen.

Abschließend möchte ich noch zu einer sehr wichtigen Frage Stellung nehmen. Es betrifft die vielen Gerüchte über eine bevorstehende Schillingabwertung. (Abgeordneter Machunze: *Die Ihr erzeugt!* — Zustimmung.) Ich werde Ihnen gleich zeigen, wer diese Gerüchte erzeugt. Mit dieser Methode: „Haltet den Dieb!“ ist es zu Ende, meine Herren!

Seit Anfang November dieses Jahres sind Gerüchte über eine abermalige Abwertung des Schillings im Umlauf (*Ruf: In der „Volksstimme“!*), die ihren Niederschlag auch in der Presse gefunden haben (Abg. Ernst Fischer: *Im Sender Rot-Weiß-Rot, Radio Hamburg!*) und die trotz allen Dementis nicht verstummen wollen. (Abg. Machunze: *Weil Ihr sie immer wieder aufwärmst!*) Ausgegangen sind diese

Gerüchte (Abg. Machunze: *Von Euch!*), so wie seinerzeit, wieder vom Radio Hamburg, das bekanntlich, Herr Abg. Machunze, nicht in der sowjetischen sondern in der englischen Besatzungszone Deutschlands liegt. (Zwischenrufe. — Abg. Machunze: *Aber von Euren Agenten informiert wird!*) Es wurde weiterkolportiert vom Sender Rot-Weiß-Rot, der bekanntlich wieder nicht in der sowjetischen Besatzungszone sondern in der amerikanischen Besatzungszone Österreichs liegt und von den amerikanischen Behörden dirigiert wird, und es wurde durch den schweizerischen Rundfunk weiterverbreitet, durch Eure Agenten! (Ständige Zwischenrufe.) Zeitungen Ihrer Partei, der ÖVP, sind es gewesen, in Tirol und in den westlichen Bundesländern, die sogar zu berichten wußten, daß unter Umständen auch die Einführung einer ganz neuen Währung in Frage komme! (Andauernde Zwischenrufe.) Andere Zeitungen, wieder Ihre Zeitungen, Herr Machunze, die Zeitungen Ihrer Partei, berichten von einer Wiedergeburt des sogenannten Alpendollars, und wieder andere Zeitungen, durchwegs solche, die mit dem Linksblock nicht das geringste zu tun haben, sondern ausnahmslos entweder der Regierungskoalition angehören oder einer der beiden Parteien nahestehen, wissen von bevorstehenden Maßnahmen zur Änderung des Wechselkurses des Schillings zu berichten.

Die Gerüchtemacherei ist heute schon so weit, daß sich Geschäftsleute bereits weigern, Waren auf Kredit zu geben, und diese Weigerung damit begründen, daß in Kürze abermals mit einer Änderung des Schillingkurses zu rechnen sei. Woher haben diese Leute diese Informationen, wenn nicht durch Sie, durch Ihre Partei, aus Ihren internen Versammlungen? (Zwischenrufe. — Abgeordneter Machunze: *Aus der „Volksstimme“!*)

Die vom Finanzminister und vom Bundeskanzler abgegebenen Erklärungen, daß weder eine neue Währungsreform noch eine Abwertung des Schillings erfolgen werde, wurden vom Sender Rot-Weiß-Rot mit einem Zitat aus dem „Land des Lächelns“ abgetan. Sie haben sich in Ihrer eigenen Presse mit Recht über diese infame Methode des Senders Rot-Weiß-Rot sehr beklagt. Wollen Sie jetzt behaupten, daß der Linksblock auf die Programmgestaltung dieses Senders auch nur irgendwie Einfluß nehmen kann? (Abg. Machunze: *Es genügt auch die Ravag!* — Abg. Ernst Fischer: *Die hat nichts dergleichen gesagt!*)

Tatsache ist, meine Damen und Herren, daß die Erklärungen der Bundesregierung in dieser Sache, beziehungsweise die des Bundeskanzlers und des Finanzministers, zu keiner Beruhigung in der Bevölkerung geführt haben (Zwischenrufe), offenbar deswegen nicht, weil

1706 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

die Bevölkerung auf Grund ihrer vielen Erfahrungen, die sie mit der Politik der gegenwärtigen Regierung bereits sammeln konnte, den Erklärungen der Regierung selbst keinen Glauben mehr schenken kann. (Abg. Dipl.-Ing. Raab: Nehmen Sie den Wert der tschechischen Krone!)

Wie heult die Regierungskoalition jedesmal auf, wenn wir vom Linksblock die hinter den Kulissen und mit Ausschaltung des Parlaments ausgepackelten volksfeindlichen Maßnahmen rechtzeitig aufdecken! Man hat aber nichts davon gehört, daß die Regierung gegen die Schillinggerüthemacher außer den abgegebenen Erklärungen etwas unternommen hätte.

Der Linksblock hält es angesichts dieser Lage für notwendig, daß der Nationalrat selbst in entschiedener Weise diesem verbrecherischen Treiben der Gerüthemacher gegen unseren Schilling entgegentrete. Ich erlaube mir daher namens des Linksblockes folgenden Entschließungsantrag zu unterbreiten (*liest*):

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bevölkerung ist wegen der immer wieder auftauchenden Gerüchte über eine neue Abwertung des Schillings oder andere bevorstehende Währungsmanipulationen beunruhigt. Der Nationalrat erklärt daher: Der Nationalrat wird weder einer neuen Abwertung des Schillings noch anderen Währungsmanipulationen seine Zustimmung geben.“

Ich bitte den Herrn Präsidenten, zu diesem meinem Antrag die Unterstützungsfrage zu stellen. (Zwischenrufe.) Meine Damen und Herren, ich halte eine solche Äußerung des Nationalrates angesichts der ganzen Lage, und um zu verhindern, daß unsere Wirtschaft und unserem Lande durch diese schäbigen Intrigen gegen unsere Währung schwerster Schaden zugefügt wird, für notwendig, damit der Nationalrat durch einen solchen Beschlüsse das Vertrauen unserer Bevölkerung zu der Währung wieder herstellt. (Erneute Zwischenrufe.) Ich bitte daher um die Zustimmung aller Abgeordneten zu diesem meinem Antrag.

Abschließend erkläre ich namens des Linksblockes zu dem vorliegenden Budgetkapitel, daß wir mit der Finanz- und Steuerpolitik unserer Regierung nicht einverstanden sind und daher auch diesem Kapitel unsere Zustimmung verweigern werden. (Anhaltende Unruhe.)

Der Entschließungsantrag wird nicht genügend unterstützt und steht daher nicht in Verhandlung. (Abg. Ernst Fischer: Wer macht also Gerüchte gegen die Währung? Erst schreien, und dann stimmt Ihr nicht dafür! — Lebhafte Gegenrufe aus den Bänken der Regierungsparteien.)

Abg. Kapsreiter: Sehr verehrte Damen und Herren! Die Budgetdebatte neigt sich dem Ende zu, und es ist wohl unsere Pflicht, uns in seriöser Weise mit dem Vergangenen und dem Zukünftigen zu beschäftigen, und zwar nicht nur mit dem Jahre 1951, denn es hat sich sicher schon herumgesprochen, daß die Wirtschaft jetzt in größeren Zeiträumen rechnen muß. Es ist daher auch geboten, sich weniger auf die Gebiete der Spekulation und der Demagogie zu begeben, auf denen wir ja den Herrn Abg. Honner nie bemeistern werden können. Eines aber möchte ich zum Beginn meiner Ausführungen bemerken: Wenn sich ein so gescheiter Kopf, wie der Herr Abg. Honner, so gescheit zu sprechen erlaubt wie hier, so ist ihm doch das Geständnis entschlüpft, daß in den Volksdemokratien nur 15 Prozent des Staatsbudgets durch direkte Steuern gedeckt werden. Er hat erklärt, 85 Prozent kommen aus den Erträgnissen der Betriebe. Ich kenne das genauer, ich habe nämlich die verschiedenen Steuersysteme studiert. Die 85 Prozent bestehen in einer geradezu unfaßbaren Ausbeutung des Volkes durch eine Umsatzsteuer, die sogenannte „allgemeine Steuer“. Ich erinnere hier nur an die Begründung zur Einführung dieser Steuer in der Tschechoslowakei im Vorjahr. Während bei unserer Umsatzsteuer sozusagen mit Handschuhen bei jedem halben Prozent Erhöhung sorgfältig erwogen wird, den Konsumenten zu schonen, ist es vielleicht nicht bekannt, daß in den Volksdemokratien tatsächlich 85 Prozent der notwendigen Budgetmittel durch eine Umsatzsteuer von 30, 50, 70 und 80 Prozent und sogar bei den primitivsten Lebensmitteln, Getreide und Brot, von 12 und 14 Prozent hereingebracht werden. Es ist also alles andere als das, was wir unter sozialer Aufbringung der Steuern verstehen. Die Einkommen, die dort zum Teil ein sehr hohes Vielfaches, eine hohe Steigerung vom primitiven Arbeiter zu den Höhergestellten aufweisen, zeigen ein viel höheres Vielfaches, als es sich bei uns ergibt, und bleiben von einer Einkommensteuerbelastung fast vollkommen verschont. Dies aber nur nebenbei.

Um nun zum Budget zurückzukommen: Der Herr Finanzminister hat unter dem Titel der Vollbeschäftigung eine Devise gestartet, die jeder von uns von Herzen unterschreiben sollte. Wir sind uns auch bei einigem Nachdenken gewiß, daß wir Professor Röpke recht geben, daß das kein Ziel für uns darstellen kann, sondern nur eine Folge einer entsprechend gesunden Wirtschaft. Man könnte die Vollbeschäftigung beispielsweise ja auch durch den Bau von Pyramiden erreichen. Richtig ist, daß gerade der Staat in der Durchführung der freien Marktwirt-

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1707

schaft — oder wenn Sie wollen, man kann auch den Terminus „soziale Marktwirtschaft“ unterschreiben — ein entscheidendes Instrument besitzt, um die Produktion so zu gestalten, daß eine Vollbeschäftigung gesichert werden kann.

Das wichtigste und einschneidendste Instrument stellen die Steuern dar. Hiemit sind wir beim Budget angelangt. Das Budget als solches ist gewiß mit größter Sorgfalt, Vorsicht und Erfahrung erstellt und könnte sich uns unter den gegebenen Umständen kaum in einer anderen Form präsentieren. Trotzdem möchte ich sagen: Wir hoffen, daß dies das letzte Budget ist, das nach jenem Schema zusammengestellt ist, das sich 1945 notgedrungen ergeben hat. Die Einnahmen und Ausgaben sind ja — natürlicherweise, möchte ich fast sagen, unser Staat ist ja sehr jung — auf Gesetzen und Voraussetzungen aus dem alten Österreich, aus der Zeit der deutschen Herrschaft und aus den vielen Aufpropfungen seit 1945 aufgebaut. Dadurch ist jene Kompliziertheit, ja vielfach sogar eine Sinuosität entstanden, die zum Himmel schreit. Aber der Rücken des Staatsbürgers und Steuerzahlers ist geduldig geworden. Nach all den Prüfungen und Lasten, die uns die widernatürliche Steuerpolitik während des Krieges und der Besatzung auferlegt hat und die wir über uns ergehen lassen mußten, sind wir abgehärtet. Es erscheint uns vieles als ein kleineres Übel, was uns vor 1938 völlig untragbar erschienen wäre.

Wir hoffen, daß das nächste Jahr endlich zur Inangriffnahme der Steuerreform führen wird. Ich weiß, sie ist ein Lieblingsgedanke des Herrn Finanzministers, und es sind bisher schon Versuche gemacht worden. So weit ich aus früheren Jahren weiß, hat man sich bemüht, im geruhsamen Dahinplätschern eine Reihe von Maßnahmen, Prozeduren und Vorschriften zu überprüfen und zu revidieren. Ich hoffe, daß diese Arbeiten im nächsten Jahr zu einer neuen, anderen Art des Steuersystems führen werden. Es soll jetzt einmal der Weg gefunden werden, wie zum Beispiel die wesentlichen Steuern nur einmal und an einer Stelle erfaßt werden können. Derzeit wird das Einkommen an fünf, sechs, sieben und mehr Stellen erfaßt, zum Beispiel durch die Einkommensteuer, die Lohnsteuer, die Gewerbesteuer, die Besitzungssteuer, die Vermögensteuer usw.

Wenn der Herr Abg. Honner von Prozentsätzen spricht, so ist das nur wieder Demagogie, denn der Satz in der Vermögensteuer- und Einkommensteuertabelle ist nur ein kleiner Bruchteil dessen, was der österreichische

Steuerträger zahlen muß. Eine Zusammenrechnung ergibt immer wieder, daß wir in Österreich an der Spitze der Steuerträger der Welt stehen. Der Herr Abg. Honner hat auch noch einen anderen Schlüssel gebraucht. Wenn er aber als Vergleich den Schuhchlüssel nimmt und von der Einkaufsmöglichkeit von Schuhen spricht, so möchte ich ihn sehr warnen, diesen Schlüssel auf die Löhne in den Volksdemokratien anzuwenden.

Ein ähnliches Wirrsal finden wir auch beim Autoverkehr durch die Beförderungssteuer, Treibstoffsteuer usw. Wie der gute Wille des Herrn Finanzministers im Nahkampf der Politik zuschanden wird, zeigt das Schicksal der Weinsteuer, die aus einer einfachen Steuer zu einer mannigfachen Verflechtung und zu einer Verdopplung der Aufbringung geführt hat.

Es geht auch nicht an, daß Bund, Gemeinden und Länder ganz ohne Zusammenhang gesonderte Steuern festsetzen können. Es könnte dadurch erfahrungsgemäß zur Bildung von Steueroasen kommen, wo Betriebe begünstigt werden, oder zur Sonderbelastung von Betrieben. Ich weiß, daß die einzige Frage, über die sich in Westdeutschland die Gewerkschaften und die Arbeitgeber einigten, die war, daß das Steuerwesen unbedingt zentral gesteuert werden muß. Im Sinn der Vollbeschäftigung ist es wichtig, vor allem die Produktivität zu heben, um unsere Wirtschaft im In- und Ausland konkurrenzfähig zu machen. Aber in unserer Steuergesetzgebung finden Sie — nicht nur aus unserem Regime — ein aufgestapeltes Sammelsurium von Steuern, die direkt Sünden gegen den Heiligen Geist darstellen. Es gibt Steuern, die die Produktivität bestrafen und die Erzeugung von Unkosten belohnen. Ich glaube, daß wir hier bei gutem Willen unschwer einen Weg finden können, der abseits jeder Parteipolitik eine kluge und einfache Lösung bringt.

Wenn wir die Ausgabenseite betrachten, fällt uns sinnfällig in die Augen, wie gut der Vorschlag des Ministers Migsch war, den er in Ischl auf einer wirtschaftswissenschaftlichen Tagung gebracht hat. Er empfahl, das Budget in zwei voneinander getrennten Teilen aufzustellen, einen Teil für die reine Verwaltungstätigkeit und einen für die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates, für alle Unternehmungen. Bei einer solchen Konstellation würde nur ein Bruchteil auf die reine Verwaltung entfallen. Es würden die gesamten Soziallasten, die gesamten Sozialinstitute in einen einzigen großen Konzern zusammengefaßt, so daß durch einen internen Rechnungsausgleich vielleicht auf Staatszuschüsse weitgehend ver-

1708 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

zichtet werden könnte. Es wird auch, wenigstens für den zweiten Budgetabschnitt, auf diesem, nur auf diesem Weg möglich sein, die kameralistische Buchhaltung auszumerzen, die ein völlig schiefes Bild von der tatsächlichen Lage der Bundesfinanzen ergibt. Es ist geradezu absurd, in unserem Budget die Bilanz des größten Staatsunternehmens, der Bundesbahnen, zu überprüfen. Wie würde der Voranschlag aussehen, wenn er nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengestellt wäre?

Nach den Einnahmen und Ausgaben sind die Auslagen für unsere Großbahnhöfe reine Ausgaben, ein reines Defizit, während sie in Wirklichkeit aktiviert gehören, weil sie eine Wertvermehrung darstellen. In Wirklichkeit ist manches Defizit überhaupt nicht vorhanden. Der Herr Finanzminister wird sich scheuen, sich bei unseren Steuerbekenntnissen die Erträge der Betriebe nach dem gleichen Schema vorlegen zu lassen. In das Wirtschaftsbudget gehören alle verstaatlichten Betriebe, vor allem alle Riesenwerke, die jetzt ein ganz gespenstisches Dasein jenseits der Staatsrechnung führen. Es mutet einen wie ein Schildbürgerstück an, wenn darauf hingewiesen wird, daß von allen staatlichen Betrieben die Staatsapothen allein ein positives Ergebnis aufweisen. Unsere Mammutwerke, unsere eisenschaffende Industrie, die Stickstoffwerke, die Aluminiumwerke, die riesigen Elektrizitätswerke, sie arbeiten ja alle heute in einer Konjunkturzeit, wie es noch nie der Fall war. Wenn wir die Preise, Umsätze und Gestehungskosten mit den Zahlen vergleichen, wie wir sie aus anderen Ländern haben, können wir uns an den fünf Fingern abzählen, daß jährlich unschwer Hunderte von Millionen dem Staatssäckel zugeführt werden könnten und die Steuerlast vermindert werden könnte.

Es ist daher eine absolut unabdingliche Forderung, daß das im Jahre 1945 beschlossene Gesetz über die verstaatlichten Betriebe abgeändert werden muß, das bestimmt, daß alle Erträge ausschließlich für Investitionen in demselben Betrieb und nicht zum Ausgleich aller Betriebe Verwendung finden dürfen. Es war das eine Zeit, wo man vom Marshallplan noch nichts wußte.

Es war noch nicht da, daß nach einem verlorenen Krieg ein Unternehmer oder ein Privater alle Verluste aus der eigenen Tasche, aus den eigenen Einnahmen abzahlen konnte, ohne genötigt zu sein, Darlehen aufzunehmen. Jeder Private mußte eine Hypothek, mußte Betriebskapital aufnehmen. Es wäre auch keinerlei Inflationsgefahr damit verbunden, wenn der Staat durch Kreditoperationen den verstaatlichten Betrieben langfristige Investi-

tionen gewähren würde und dafür ihre Erträge wenigstens zu einem Großteil erhielte, wie dies bei Tabak, Salz und ähnlichen Monopolen der Fall ist.

Übrigens sei bemerkt, daß durch die kameralistische Buchhaltung ein Großteil der Vermögensrechnung des Staates verhüllt wird. Wir haben nämlich keinerlei Überblick darüber, wieviel Steuerrückstände und sonstige Aktiven der Staat besitzt. Dadurch würde sich trotz der bedrängten Budgetlage ein ganz anderes, nämlich ein durchaus erfreuliches Bild ergeben. Es ist vielleicht nicht einmal ein Ruhmesblatt irgendeiner Finanzverwaltung, wenn in diesen Zeiten, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch eine Steuerlast, wie sie wirklich von keinem Finanzminister und in keinem Land der Welt gefordert wird, fast erdrückt werden, erhebliche Budgetüberschüsse erzielt werden.

Es ist in diesem Hause schon wiederholt erwähnt worden, daß die ehernen Gesetze der Wirtschaft unverbrüchlich zum Durchbruch kommen. Das wird sich auch auf dem Gebiete der Überbesteuerung zeigen. Die Überbesteuerung ist eine Hauptursache der zu geringen Produktivität, die wir immer wieder konstatieren müssen. Die Überbesteuerung liegt beim Arbeitnehmer wie beim Arbeitgeber und beim Beamten genau so wie beim Unternehmer vor. Es ergibt sich, daß Steuererleichterungen logischerweise nicht einmal zur Minderung von Steuereinnahmen führen, wenn sie die Förderung der Produktivität zur Folge haben. Vor kurzem hat auch ein deutscher Nationalökonom, ich glaube, er steht sogar im sozialistischen Fahrwasser, Adolf Weber, in Heidelberg einen Aufruf an die deutsche Wirtschaft erlassen, nicht zu vergessen, in den Unternehmungen eine Kapitalbildung zu fördern. Betriebskapital — nicht das Kapital zum Verbrauch — ist ein ebenso wichtiger Rohstoff wie Maschinen, wie Rohmaterial, wie Arbeitshände. Das jetzige Steuersystem aber eskaliert geradezu die Bildung dieses so absolut notwendigen Produktionsfaktors. Es muß also unterschieden werden zwischen dem Kapital, das im Betrieb arbeitet, und zwischen dem, das dem Verbrauch dient und das wir auch weiterhin dem Herrn Finanzminister ohne weiteres zur Verfügung halten.

Daß das Wohnungswesen im Budget größere Berücksichtigung finden muß, als ursprünglich gedacht war, ist selbstverständlich. Dieser Fehler ist schon weitgehendst verbessert worden; allerdings auch wieder größtenteils auf Kosten der direkten Steuern, obwohl es möglich wäre, solche Investitionen, die ja bei einer Abzahlungsquote von 100 Jahren sehr langfristig sind, auch durch Kreditoperationen zu stützen.

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1709

Man kann den Wohnungsbau nicht durch Subventionen fördern, sondern nur durch langfristige und billige Darlehen. Diese Darlehen wären auch zum Großteil im Kreditweg zu mobilisieren. Man müßte solche Obligationen geschickt ausstatten und auch Belehnungsmöglichkeiten für den Fall der vorübergehenden Mobilisierung vorsehen, wovon sicher nur in den seltensten Fällen und vorübergehend Gebrauch gemacht werden wird. Auch für die kleinen Sparer sind sehr positive Vorschläge bekannt: Verbindung mit Wertsicherungsklausel, Stundenlohnklausel und dergleichen.

Es gibt also eine Menge Möglichkeiten. Ich will mich heute wegen der vorgesetztenen Zeit nicht weiter damit befassen. Aber wir haben aus diesen paar Anschlägen auf den Tasten gemerkt, welche reiche Klaviatur unserer Finanzverwaltung für eine schöpferische Initiative zur Verfügung steht. Wir knüpfen daran die Forderung und die Bitte, die Verwaltungsreform bei der Budgetreform zu beginnen. Das ist der einzige Weg, überhaupt zu einer Verwaltungsreform zu gelangen, denn das Budget ist der wichtigste Teil der Verwaltungstätigkeit des Staates, ist das Alpha und Omega der Staatswirtschaft. Von den Auswirkungen des Budgets wird nicht nur der größte Unternehmer, sondern auch die ärmste Privatperson einschneidend und in ihrer ganzen Lebenshaltung entscheidend getroffen. (*Lebhafte Beifallbeider Österreichischen Volkspartei.*)

Abg. Dr. Stüber: Hohes Haus! Über die Steuern kann man in Österreich kaum mehr reden, sondern nur mehr seufzen! Das ist ein Zitat — ich will mich nicht mit fremden Federn schmücken — des Herrn Präsidenten Raab aus der „Wiener Tageszeitung“, und es wäre beliebig zu vermehren durch so und so viele Zitate aus so und so vielen anderen Zeitungen, durchaus nicht nur aus der „Neuen Front“, dem „Alpenruf“, dem „Unabhängigen“ oder anderen oppositionellen Blättern, sondern auch aus Blättern der Österreichischen Volkspartei selbst. (Abg. Hinterndorfer: *Du brauchtest aber die Federn notwendig, weil Du keine Haare mehr hast! — Lebhafte Heiterkeit.*) Die Haare habe ich, zu Ihrer Beruhigung, schon vor dem Jahre 1938 nicht mehr gehabt, sie können also auf keinen Fall in irgendeinem politischen Zusammenhang verlorengegangen sein. (*Erneute Heiterkeit.*)

Über die Steuern zu reden, ist für einen oppositionellen Abgeordneten jetzt schon darum undankbar, weil mein Herr Vorredner, ein Herr von der ÖVP, selbst so scharfe Kritik an den zu hohen Steuern geübt hat, so daß ich diese Kritik kaum mehr übertreffen kann.

Die Progression — ich will hier nicht offene Türen einrennen und das wiederholen, was seit Jahr und Tag in den Budgetdebatten immer wieder beklagt, aber leider nicht abgestellt wird — hat die Wirkung, daß sie den Leistungswettbewerb tatsächlich abwürgt und erschlägt. Es handelt sich in Wirklichkeit bei der Einkommensteuer nicht mehr um eine progressive, sondern um eine prohibitive Steuer, die es verhindert, daß jener Leistungswettbewerb eintritt, auf den gerechnet werden muß, wenn die Forderung erfüllt werden soll, unter deren Zeichen das ganze Budget erstellt worden ist, von dem der Herr Finanzminister selbst mit Recht behauptet hat, daß das Budget nur dann erfüllt werden kann, wenn die Vollbeschäftigung eintritt. Die viel zu hohen Steuern machen es praktisch unmöglich, daß die Wirtschaft jene Reserven bildet, aus denen sie die Investitionen speisen kann. Die Steuern verhindern die Kapitalbildung im Inland, aber auch den Anreiz für das ausländische Kapital, und ich glaube, daß wir das so schwierige Problem des Wohnbaues nicht befriedigend und voll werden meistern können, wenn es uns nicht gelingt, ausländisches Kapital für diesen Zweck zu interessieren. Das wird uns aber dann nicht gelingen und so lange nicht gelingen, als eben die Steuern vermöge ihrer hohen Progression keinen Anreiz für ausländische Kapitalgeber bieten können.

Nun im einzelnen das, was schon so oft hier gesagt worden ist, zu wiederholen, halte ich nicht für meine Aufgabe. Es scheint mir ja überhaupt eines der bedenklichsten Merkmale unseres Parlaments zu sein, daß so viele richtige Dinge richtig diagnostiziert werden, aber daß sich niemand findet und daß sich die Koalition nicht dazu bereit findet, aus der Diagnose die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Meine Damen und Herren! Es gibt Minister und Minister. Und im Gegensatz zum Beispiel zu Herrn Minister Tschadek, der Anfragen, auch wenn sie noch so berechtigt sind, wie zum Beispiel die von uns Unabhängigen an ihn gerichtete und hier persönlich vertretene Anfrage im Falle des Staatsanwaltes Butschek, nicht beantwortet, muß nicht nur anerkannt werden, daß sich der Herr Finanzminister bemüht, die an ihn gerichteten Anfragen, auch wenn sie von uns Unabhängigen kommen, sachlich befriedigend zu beantworten und den Fragesteller aufzuklären, sondern daß er überhaupt beim Budget das Kunststück zuwege gebracht hat, von dem eine Wiener Zeitung geschrieben hat, daß es schon die Geschicklichkeit eines Artisten verlangt hat. Wir erkennen dies an. Aber

1710 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

freilich ist diese Geschicklichkeit bei der Budgeterstellung — wie soll ich sagen — eine rein mathematische, und wenn diese Kunst, die viele Vorkenntnisse erfordert und von deren Schwierigkeiten auch wir Unabhängigen uns schon ein Bild machen können, auch nicht zu verachten ist, so ist doch die materielle Erfüllung dessen, was wir uns von einem derartigen Budget erwarten, keineswegs — ich gebe allerdings gerne zu, ohne Schuld des Herrn Finanzministers — erreicht worden.

Es kommt mir so vor, als wenn hier bei den österreichischen Haushaltsplänen zuerst alle die Forderungen, die da angemeldet werden, und die Bedürfnisse, die befriedigt werden müssen, bei den einzelnen Bevölkerungsgruppen, Ressorts usw., addiert werden, und dann muß man eben sehen, wie man es jetzt bedecken und wie man dazu die Einnahmen wird herauszaubern können.

Aber, meine Damen und Herren, das ist nicht der Vorgang, der eigentlich der gesunden Wirtschaftlichkeit, wie sie vom kleinsten Haushalt angefangen bis in den größten privaten Betrieb gehandhabt wird, entspricht, sondern dort ist es so, daß man sich zuerst nach dem richtet, was man besitzt und was man hat oder einnimmt, und darnach heißt es dann, sich nach der Decke zu strecken. Bei uns aber wird der umgekehrte Weg gegangen, und daher bleibt es immer von einem Budget zum anderen mehr als problematisch, ob sich die unter größtem Optimismus erstellten Einnahmenerwartungen auch wirklich erfüllen werden. Sie können sich erfüllen, und ich gebe zu, daß sie sich in dem eben ablaufenden Geburungsjahr 1950 gegen unsere, der Unabhängigen, Befürchtungen tatsächlich erfüllt haben. Die öffentlichen Abgaben sind sogar noch in höherem Ausmaße eingegangen — zum Teil wenigstens —, als sie präliminiert wurden. Aber man muß mit Thibaut in Schillers „Jungfrau von Orleans“ sprechen und sagen, das ist ein Segen, der nicht glücklich machen kann. Denn diese Einnahmen — und betrachten wir zuerst einmal von den direkten Abgaben die so wesentliche Einkommensteuer — kamen zum Teil dadurch zustande, daß sie auf Vorschreibungen beruhen, die auf Jahre zurückgehen, und dadurch, daß diese Ansätze nur auf Grund der Voreinzahlungen dieser jahrelang zurückliegenden Vorschreibungen präliminiert wurden und das Präliminare dieser Ansätze auch erfüllt wurde. Dieses Nachhinken der Bemessung oft um Jahre gegenüber den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen ist an sich ein ungesunder Zustand unserer ganzen Steuergesetzgebung. Ich weiß, daß es im Steuergesetz Abhilfen dagegen gibt, daß es nur eines Antrages

bedarf, um eine Herabsetzung der Voreinzahlungen zu erreichen, aber ich weiß auch, daß die Finanzbehörden vielfach davon keinen Gebrauch machen, sondern daß die Steuerpflichtigen oft Monate auf die Bescheide warten müssen und trotzdem diese hohen Voreinzahlungen leisten müssen, auch wenn sie dazu oft kaum mehr imstande sind.

Es wäre aber verfehlt, nur mit diesen Einzelheiten der Progression und der Ver-spätung der Veranlagung und ähnlichen Dingen allein das Thema der Steuerreform — und da beziehe ich mich auf meinen Herrn Vorredner — schon als gelöst und als erschöpft zu betrachten. Sich darüber den Kopf zu zerbrechen, wie diese Steuerreform auszusehen hat, ist nicht Sache der Opposition sondern der Regierung. Ich möchte mir aber doch erlauben, einiges dazu als Leitfaden zu sagen. Es muß, wie immer sie im einzelnen technisch aussehen wird, eine organische Steuerreform sein, eine Steuerreform, die auch der Wirtschaftslage Rechnung trägt. Und selbst dann, wenn diese Steuerreform auf Kosten von einzelnen individuellen Überspitzungen der Rechte des Steuerträgers gehen wird, wird sie den Gewinn der Verwaltungsvereinfachung in sich tragen, und diesen Gewinn werden die Steuerpflichtigen im Einzelfall vielleicht sogar dann ganz gern bezahlen, wenn sie an Grenzen der Besteuerung dafür eine etwas höhere Steuer zu zahlen hätten.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf ein Beispiel, ohne daß ich einen Rückschritt in frühere Formen der Steuergesetzgebung an und für sich empfehle. Ich glaube, hier macht der Herr Abg. Honner einen grundsätzlichen Fehler, wenn er meint, daß die Steuergesetze einfach wieder sklavisch auf den Stand von 1938 gebracht werden können. Ohne selbst in den gleichen Fehler verfallen zu wollen, möchte ich aber doch an bisher wertvolle und von den Steuerträgern sehr wohlzuend empfundene Einrichtungen, nämlich die Turnus- und Richtlinienbesteuerungen erinnern. Sie haben den Vorteil gehabt — immer das Einverständnis des betreffenden Steuerpflichtigen vorausgesetzt; denn wenn er nicht wollte, konnte er ja ein Bekenntnis legen —, daß sich der Steuerpflichtige die sehr komplizierten Aufschreibungen und das Führen von Büchern ersparen konnte, was besonders für die kleinen Gewerbetreibenden sehr praktisch gewesen ist. Es ist bekannt, daß ihnen die Aufschreibungspflicht, wenn sie keine Hilfskräfte haben und keine Zeit dazu aufbringen, oft sehr schwer fällt und ihnen die Buchführung ohnedies manchmal nichts nützt; denn, meine Damen und Herren — ich glaube, ich habe Ihnen schon einmal erzählt, daß ich

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1711

selbst Steuerbeamter war —, soweit sind sich die Finanzbehörden aller Zeiten immer gleich geblieben: wenn der Fiskus wirklich will, gibt es nahezu keine Aufschreibung eines Steuerträgers, die Hieb und Stich hält, weil man dabei immer etwas finden kann, mit dem man ein Bekenntnis umschmeißen kann.

Darf ich im Zusammenhang mit der Turnus- und der sogenannten Richtsatzbesteuerung noch einen Lieblingsgedanken von mir äußern, den des alten Kontingentsteuersystems, wie wir es zum Ausgang des verflossenen Jahrhunderts in der ehemaligen Monarchie bei der Erwerbssteuer hatten, des Systems nämlich, daß die Steuerträger selbst in Gruppen viel mehr zur Festsetzung ihrer Leistung auf Grund des im Bezirk oder sonst regionsweise mitgeteilten Bedarfes vom Staat herangezogen wurden.

Ich weiß aber, daß es nicht möglich ist, eine derartig weitgehende Steuerreform, von der ich glaube, daß sie eines der wesentlichsten Kapitel der Verwaltungsreform überhaupt sein wird, von heute auf morgen zu schaffen.

Umgekehrt gebe ich gerne zu, daß auf dem Gebiet der Einbringung — und das gehört ja auch hiezu — schon ein gewisser erster Schritt getan worden ist. Ich erinnere hier an die neue Abgabeneinhebungsgesetznovelle, die wir vor kurzem im Ausschuß erledigt haben und die in den nächsten Tagen in das Haus kommen wird und die hier, ich wiederhole es, wenigstens schon einen gewissen Ansatz zur Konzentration und Vereinheitlichung der Einhebung bieten wird.

Lassen Sie mich nun das hiemit abschließen und noch eine spezielle Sache vortragen, die ich mit dem besonderen Wunsch an den Herrn Finanzminister verbinde, dieser Angelegenheit sein besonderes Augenmerk zu widmen. Die Blinden, von denen wir heute schon einmal durch meinen Klubkameraden Dr. Buchberger hinsichtlich ihrer Fahrpreisermäßigung auf den Bundesbahnen gehört haben, betreiben gewisse Institute, die ausgesprochenen Blindenwohlfahrtszwecken dienen. Von diesen Instituten wird nun auch von dem scheinbaren Gewinn, der von ihnen erzielt wird, der ja aber nur den Blinden zugute kommt, die Steuer verlangt; und eine diesbezügliche Berufung der Blinden ist erst vor kurzer Zeit abgewiesen worden.

Es mag richtig sein, daß nach den Steuergesetzen das Finanzamt in diesem Falle richtig vorgegangen ist und daß es das Recht zur Vorschreibung der betreffenden Steuern hatte. Aber in Wirklichkeit ist die Sache doch so, daß das, was hier der Staat von diesen Erträgnissen, die zur Gänze den Blinden

zugute kommen, auf der einen Seite als Steuer wegnimmt, auf der anderen den Blinden wieder als Fürsorge geben muß. Ich glaube, es wäre überhaupt das Richtige — da heute auch das Wort von der Steuergerechtigkeit, und ich möchte es erweitern auf die Steuermoral, sowohl was den Fiskus als auch was den Steuerträger anbelangt, gefallen ist —, in kleinen Dingen und in Dingen offensichtlicher humanitärer Zweckbestimmungen eine milde Hand zu zeigen, dafür aber dort, wo sich wirklich die großen Steuerfälle befinden, mit aller Rücksichtslosigkeit und mit aller Härte durchzugehen. Denn, meine Damen und Herren, verstehen Sie mich sehr wohl: es soll hier, wenn wieder die hohe Progression, die wirtschaftabwürgende Progression und andere Dinge beklagt worden sind, absolut kein Wort für die Steuerhinterzieher gesprochen werden. Wir glauben aber, daß, wenn auf Grund solcher Verbesserungs- und Reformvorschläge für die Steuergesetze, zum Beispiel der Turnus- und Richtliniensteuer, von der ich zuvor gesprochen habe, bei kleineren Fällen eine Entlastung der Finanzbeamten eintreten wird, wenn sie sich nicht vom Ablauf der Bekenntnisfrist bis zum November mit diesen Fällen herumschlagen müssen, daß ihnen dann um so mehr Zeit bleibt, sich mit den großen Fällen zu beschäftigen, bei denen wirklich Entscheidendes zu holen ist.

Nun, meine Damen und Herren, einige Worte noch zum Kapitel Pensionen. Ich halte mich hier sehr kurz. Ich beziehe mich auf das, was hier in dieser Sache schon wiederholt auch in diesem Hause gesprochen worden ist, insbesondere von meinem Klubkameraden Dr. Pfeifer. Ich möchte auch hier dem Finanzminister etwas ans Herz legen. Mag sein, daß die zweite Etappe des Nachziehverfahrens für die Beamten infolge mangelnder Bedeckung im Augenblick nicht möglich ist, mag es denn auch, so bitter dies für die Betroffenen ist, nicht möglich sein, die totale Angleichung der Pensionisten jetzt schon durchzuführen. Aber der Herr Finanzminister hat jenen Betrag, der notwendig wäre, um wenigstens die Angleichung bei den Altpensionisten von 85 auf 90 Prozent durchzuführen, im Finanz- und Budgetausschuß, ich glaube, mit 32 Millionen Schilling beziffert. (Bundesminister Dr. Margaretha: Nur für die 60jährigen!) Für die 60jährigen — ich danke, Herr Minister, für die Aufklärung. Meine Bitte geht also dahin, wenigstens dieser so schwer betroffenen Gruppe von Armen und Alten, die ja nichts dafür können, daß sie so alt sind, die ja ihre Pensionsbeiträge genau so eingezahlt haben wie die anderen — Pensionsbeiträge, die, ich gebe es zu, durch die wirtschaftliche Entwicklung nicht mehr

1712 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

vorhanden sind, die aber von ihnen geleistet wurden —, ehestens die Angleichung von 85 auf 90 Prozent zu gewähren.

Und nun noch zu einem Weiteren. Es ist selbstverständlich, daß bei einer Befprechung dieser Gruppe und dieses Kapitels, wo wir das Finanzministerium einer Kritik zu unterziehen haben, auch von Krauland gesprochen werden muß. Ich persönlich werde dies einem meiner Klubfreunde insoweit überlassen, als er zu der ganzen Kraulandsache heute noch bei unserer Beratung einiges Wichtiges und Grundsätzliche vorbringen wird. Sagen Sie nicht, daß über Krauland schon genug geredet worden ist! Geredet vielleicht, aber das Reden hat bis jetzt noch zu keinem Erfolg geführt, und die Bevölkerung ist absolut nicht damit zufrieden, wenn nur geredet wird, sondern sie will den Erfolg sehen. Daß die Kraulandaffäre endgültig einmal bereinigt wird, ist notwendig. Und hier darf ich mich auch auf die Worte des Herrn Finanzministers beziehen, der ja selbst hiezu, muß ich schon sagen, von seinem Standpunkt aus empfohlen hat, daß unser Antrag auf Bildung einer parlamentarischen Untersuchungskommission endlich einmal wenigstens in Behandlung genommen wird. Diese Dinge, meine Herrschaften, haben nämlich auch eine Bedeutung für die Hebung der Steuermoral, die wir ja alle wollen. Wenn man von dem kleinen Mann die Steuer verlangt, dann ist es notwendig, daß man jenen Großen, gegen den noch immer in der Öffentlichkeit unwidersprochen der Vorwurf besteht, daß er Millionen und Abermillionen an Vermögen vergeudet hat, zur Rechenschaft zieht. Aber ich sagte Ihnen schon, daß Ihnen Einzelheiten dazu noch einer meiner Klubkollegen heute sagen wird.

Was ich zu bemerken habe, das betrifft die Krauland-Hypothek, die noch immer auf dem Bundesministerium für Finanzen lastet, auf der Sektion für Vermögenssicherung. Es ist mir gesagt worden — und hier gebe ich nicht leichtfertig irgendein bloßes Gerücht wieder, sondern ich weiß sehr gut, daß das, was ich hier sage, stimmt —, daß Verhandlungen oder zumindest Vorverhandlungen gepflogen werden, um diesen ganzen Komplex der treuhändig verwalteten Güter in der Sektion Vermögenssicherung generell zu verpachten, und daß es hier eine Gesellschaft gibt, die sogenannte Vermögensschutzgesellschaft, die sich um diese Generalverpachtung bewirbt. An sich wäre gegen diese Sache vielleicht noch nichts einzuwenden, und es ist dem Herrn Finanzminister durchaus nachzufühlen, daß er es als eine gewisse Erleichterung empfinden würde, wenn auf diese Weise einer Generalverpachtung die ganze traurige Krauland-

Hypothek liquidiert werden würde. Aber ich wage hier den Herrn Finanzminister zu fragen, ob er glaubt, daß es der richtige Vorgang ist, wenn man den Bewerber für diese Generalpacht, nämlich die Vermögensschutzgesellschaft, mit dem Rechte ausstattet, durch einen Bevollmächtigten seit Monaten in alle in Betracht kommenden Akten Einsicht zu nehmen und sich so ein Bild über den Pachtschilling zu machen, der geleistet werden soll. So wird dieser Gesellschaft — das fürchte ich — doch zwangsläufig eine Reihe von einzelnen Details zur Kenntnis gebracht, die vielleicht besser geheimzuhalten wären. Tatsächlich ist mir bekannt, daß das Auftreten dieser Vermögensschutzgesellschaft durch ihren Bevollmächtigten in der Sektion für Vermögenssicherung bei den dortigen Beamten äußerst böses Blut macht, und zwar gerade bei jenen Beamten, denen an einer sauberen Liquidierung der trüben Krauland-Hypothek gelegen ist — vielleicht bei jenen nicht, die auch heute noch glauben, sich daraus ein Profitchen sichern zu können.

Und nun, Hohes Haus, habe ich Ihnen zum Schluß noch folgendes zu sagen: Vor wenigen Tagen ist anläßlich eines Vorfalles, der Ihnen sicher noch allen in Erinnerung ist, von dem Herrn Bundeskanzler an meinen Klubkameraden Klautzer eine Frage gerichtet worden. Diese Frage bezog sich auf eine Darstellung Klautzers hinsichtlich eines Gespräches des Herrn Bundeskanzlers mit ehemaligen höheren Funktionären der NSDAP. Und die Frage lautete: Wenn Sie mir nicht sagen, wann, wo und mit wem dieses Gespräch stattgefunden hat — und Sie können es nicht sagen, fügte der Herr Bundeskanzler hinzu —, dann nenne ich Sie einen Lügner und Verleumder. Ich bin nun in der Lage — und wie ich Ihnen sagte, beauftragt und bevollmächtigt durch meinen Klubkameraden Klautzer (*Ruf bei der ÖVP: Selber reden kann er nicht!*) —, diese Fragen zu beantworten. Die erste Frage lautete: Wo? Am Samstag, den 3. Juni 1950, in Graz im Hotel Steirerhof. Das ist gleichzeitig auch die Antwort auf die Frage: Wann? Und wer war anwesend? Anwesend war der Herr Bundeskanzler Dr. Figl, der ehemalige Kreisleiter Eberhard, der ehemalige Intendant der Ravag Huber, der ehemalige Landesbauernführer Sepp Heinzel und, soweit uns berichtet wurde, der ehemalige Gauleiter Ing. Helfferich. (*Hört! Hört! — Ruf beim KdU.*) Nun, meine Damen und Herren, mein Klubkamerad Klautzer hat absolut nichts zu beanstanden gehabt an der bloßen Tatsache, daß der Herr Bundeskanzler mit diesen Personen ein Gespräch geführt hat, denn ich betone ausdrücklich, daß für uns die Belasteten genau so Menschen sind, wie alle anderen auch, und

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1713

wir wissen nicht, warum man mit ihnen nicht ein Gespräch führen sollte und warum der Herr Bundeskanzler kein solches Gespräch führen sollte. (Abg. Dipl.-Ing. Raab: *Was heißt: Gespräche geführt?* — Abg. Rosa Jochmann: *Es gibt einen Unterschied!*) Aber der Herr Bundeskanzler hat in Abrede gestellt, daß er dieses Gespräch geführt hat, und er hat insbesondere in Abrede gestellt, daß die von meinem Klubkameraden Klautzer gemachten Äußerungen dort von ihm gefallen sind, und mein Kamerad erbietet sich durch die genannten vier Personen zum Beweis dafür, daß das Gespräch so stattfand, wie er sagte. Der Herr Bundeskanzler hat meinen Kameraden Klautzer einen Verleumder und einen Lügner genannt. Ich verzichte hier auf jede politische Replik und überlasse das weitere Urteil über diesen ganzen Vorfall nach den von mir namens Klautzers gebrachten Zeugnissen dem Haus.

Nur eines möchte ich Ihnen noch sagen: Wenn der Herr Bundeskanzler weiters gesagt hat, daß der Herr Klautzer dem NSR angehört hat, also dem nationalsozialistischen Soldatenring, so ist auch dies unwahr, und ich habe hier vor mir die Beweise dafür liegen, daß die Einspruchskommission der steiermärkischen Landesregierung dem Einspruch des Kameraden Klautzer stattgegeben und in Stattgebung dieses Einspruches erkannt hat, daß er nicht dem NSR angehört hat, womit bewiesen ist, was zu beweisen war. (Beifall bei den Parteigenossen. — Heftige Zwischenrufe. — Abg. Dipl.-Ing. Raab: *Sie können nur im Dreck herumwühlen! Ein Verleumder sind Sie! Nehmen Sie das zur Kenntnis!* — Rufe bei der ÖVP: *Das ist eine Verdrehung der Sache!* — Dabei stehen ist etwas anderes als gesprochen! — Verleumderbande! — Feiglinge! — Ein Offizier wollen Sie sein! — Abg. Dr. Reimann: *Das ist Euch unangenehm! Der Bundeskanzler hat nicht die Wahrheit gesprochen!*)

Abg. Dr. Pittermann: Hohes Haus! Die Tatsache, daß wir beim Kapitel Finanzen sind, soll nicht dazu verleiten, parteipolitische Abrechnungen an diese Stelle zu verlegen. (Andauernde Rufe und Gegenrufe zwischen ÖVP und KDU. — Große Unruhe im Saal.)

Präsident: Ich bitte, doch endlich Ruhe zu halten!

Abg. Dr. Pittermann (fortsetzend): Es ist bereits festgestellt worden, daß seitens aller bisherigen Redner gegen einzelne Ansätze des Budgets Einwendungen erhoben wurden. Ich will mich da nicht ausschließen, und es scheint mir, abgesehen von der grundsätzlichen Ablehnung einer Oppositionspartei, die Tatsache, daß von verschiedenen Seiten an dem Budget

Kritik geübt wird, weil Wünsche unbefriedigt blieben, ein Beweis dafür zu sein, daß zumindest der Versuch unternommen wurde, das Budget halbwegs gerecht zu erstellen.

Bevor ich auf die Einzelheiten des Budgets eingehe, möchte ich mich ein wenig mit den Einzelheiten des heutigen Honner-Schwalles beschäftigen. Der Herr Abg. Honner hat uns das Loblied der Steuerpolitik in der Volksdemokratie gesungen. Er hat nur nicht die Frage beantwortet, auf wessen Schultern die Lasten gelegt werden, die in den nationalisierten Betrieben der Volksdemokratie als Gewinne aufscheinen. (Auf das in diesem Moment im Saal zum Teil verlöschende Licht anspielend.) In der Demokratie nützt auch eine gelegentliche Verdunkelung nichts. Es ist der Gegenpartei immer sehr rasch möglich, in das Dunkel hineinzuleuchten. (Heiterkeit. — Abg. Koplenig: *Ein böses Omen!*) Dem Herrn Abg. Koplenig wäre das Dunkel der subjektiven Wahrheit der Volksdemokratie lieber, aber in einer Demokratie wird es wieder Licht!

Wir haben Beispiele der Budgets der volksdemokratischen Staaten gesehen. Wenn beispielsweise Ausgabensteigerungen im Budget der Sowjetunion im Jahre 1949 damit begründet wurden, daß die Eisenbahntarife und die Großhandelspreise gestiegen sind, so fragen wir: Wer zahlt denn dort die höheren Großhandelspreise, auf wessen Schultern sind diese Lasten gelegt, wenn wir da hören, daß durch die Großhandelspreise die Lasten vermehrt werden, oder wenn überhaupt dort der Staat das macht, was in Österreich der private Großhandel macht? Aber um dem Hohen Hause Aufschluß darüber zu geben, was an weiteren Methoden der Steuereinhebung in den volksdemokratischen Staaten üblich ist, habe ich heute etwas mitgebracht, was man sozusagen als Erfurter Programm des Henneckeismus bezeichnen könnte. Es handelt sich um eine Arbeitsliste in einem Erfurter Werk, die man bei Gewerkschaftstagungen in der Deutschen Demokratischen Republik, also in Ostdeutschland, den Teilnehmern vorgelegt hat. Es handelt sich dabei um einen Fragebogen, den jeder Arbeiter in dieser Reparaturwerkstätte in Erfurt täglich ausfüllen muß und der außerordentlich interessant ist. Er führt nämlich lauter Arten von Verlustzeiten an und unterscheidet zwischen der Summe der abzugeltenden Zeiten, der Summe der von Fall zu Fall abzugeltenden Zeiten und der nicht abzugeltenden Zeiten.

Was abzugelten oder was nicht abzugelten ist, bestimmt dann jeweils der Werkmeister oder der Vorarbeiter. Auf diesem Fragebogen sind nicht weniger als 34 solche Zeitverlust-

1714 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

einzelheiten angeführt. Es beginnt mit: Warten auf Arbeitsauftrag, Warten auf Werkzeuge, Warten auf Werkstücke, Warten auf Fördermittel oder Hilfsarbeiter, Werkzeug herauslegen, Werkzeug verschließen, verbrauchtes Werkzeug umtauschen, Werkzeug schleifen, Eintragungen für die Lohnabrechnung, Lohn empfangen, Unterbrechung durch Vorgesetzte, Unterbrechung durch andere Arbeiter, gegenseitige Verständigung beim Schichtwechsel, persönliche Bedürfnisse, Beschaffen von Speisen und Getränken, Schmier- und Putzmittel holen, Maschine abschmieren, Maschine von Spänen säubern, Maschine reinigen, kleine Störungen an der Maschine, kleine Störungen am Riemen, kleine Störungen im Betrieb, Zuspätkommen, Schicht zu früh beendet, Pausen eigenmächtig verlängert, Pausen eigenmächtig eingeschaltet, persönliche Unterhaltung mit anderen Arbeitern, Gesamtverlustzeit, tatsächlich geleistete, reine Arbeitszeit, gesamte Soll-Arbeitszeit. Wenn alles das, was einem Refa-Spezialisten alle Ehre macht, vom Arbeitslohn abgerechnet wird, bekommt man ein Bild davon, wie der Gewinn in den nationalisierten Betrieben der Volksdemokratien zustande kommt.

Der Abg. Honner hat ferner heute sehr wuchtige Worte gegen einen Geheimerlaß des Herrn Finanzministers gefunden, beziehungsweise gegen die Wiedergabe einer solchen Mitteilung durch die Handelskammer und den Industriellenverband. Er hat offenbar Nachricht davon aus der „Volksstimme“ vom 7. Dezember erhalten, in der das auf Seite 2 ganz schön aufgemacht unter dem Titel „Geheime Steuergeschenke für die Unternehmer“ angeführt ist. Es beginnt mit den Worten: „Aus einer parlamentarischen Anfrage geht hervor ...“. Weder die „Volksstimme“ noch der Herr Abg. Honner haben es heute für notwendig erachtet, mitzuteilen, wessen parlamentarische Anfrage das ist. Ich bemerke überhaupt in der kommunistischen Presse, daß man politische Leistungen der Gegner offenkundig als eine Art geistiges Deutsches Eigentum behandelt, das man ebenso behandelt, wie das reale Deutsche Eigentum vom großen Vorbild behandelt wird. (Heiterkeit.)

Der Herr Abg. Honner hat auch davon gesprochen, daß die Wirtschaftslage so kritisch geworden ist — über die Frage der Währungsgerüchte werde ich im späteren Verlaufe noch reden —, daß es überhaupt nicht möglich ist, Teilzahlungen zu erhalten, sondern daß heute üblicherweise Vorauszahlungen verlangt werden. Da muß ich aber den Abg. Honner — ich bin mir bewußt, daß ich nicht der Berufene bin — tadeln, daß er ein sehr unaufmerksamer Leser der „Volksstimme“ ist, denn es werden

in den Inseraten der „Volksstimme“ am letzten Sonntag Teilzahlungen für Möbel, Radioapparate und dergleichen angeboten. Ich glaube, daß eine aufmerksamere Lektüre seines Parteiorgans den Abg. Honner vor ähnlichen falschen Behauptungen bewahren wird. (Abg. Honner: Diese Demagogie wirkt nicht, Pittermann! — Heiterkeit.)

Nun komme ich aber zu der Frage, die uns betrifft. Das ist die Frage der Lohnsteuer. (Abg. Weikhart: Wer die „Volksstimme“ liest, weiß alles besser! — Abg. Honner: Ihr sollt Eure geistige Armut nicht jeden Tag x-mal zur Schau stellen!) Der Abg. Honner verspricht offenbar einen geistigen Hilfszug Moskaus, um unsere Armut zu beheben. (Heiterkeit.)

Ich komme nun zur Frage der Lohnsteuer und möchte abweichend von den sonstigen Diskussionsrednern, die sich lediglich damit begnügt haben, die Höhe und den Druck der Lohnsteuer darzulegen, dem Herrn Finanzminister ein paar Hinweise geben. Ich habe das zum Teil schon im Budgetausschuß getan. Aber ich weiß, die Himmelpfortgasse trägt ihren Namen nicht davon, daß durch diese Pforte Steuerreformwünsche leicht eindringen können.

In der heutigen Form der Lohnsteuer ist die Pauschalierung der Werbungskosten ungenügend berücksichtigt, und es ist dem Herrn Finanzminister und seinen Referenten bekannt, daß der Lohnsteuerpflichtige genau so wie jeder andere Abgabepflichtige das Recht hat, die tatsächlich entstandenen Werbungskosten aufzurechnen. Da die große Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger nicht Buch führt und das Werbungskostenpauschale bisher im allgemeinen ausgereicht hat, ist es zu solchen Abrechnungen zwischen Lohnsteuerpflichtigen und Finanzämtern bisher nicht gekommen. Aber es kann dem Herrn Finanzminister gegenüber nicht verschwiegen werden, daß der Zustand, daß bei den Höchstbemessungsgrundlagen der Sozialversicherungsbeiträge für die gesamten pauschalierten Werbungskosten eines Arbeiters oder Angestellten noch 10 S im Monat übrig bleiben, nicht hingenommen wird, sondern damit beantwortet werden wird, daß Zehntausende solcher Abrechnungsgesuche den Finanzämtern zugestellt werden. Was für die Einkommensteuerpflichtigen recht ist, ist für den Lohnsteuerpflichtigen billig, und ich frage, ob der dann notwendigerweise erhöhte Aufwand bei den Finanzämtern dafürsteht, eine solche Prozedur ins Werk zu setzen, und ob man nicht lieber das ordnungsgemäß zugesteht, von dem man innerlich überzeugt ist, daß es in irgendeiner Form ohnedies recht und billig ist.

Ich halte es für richtiger, besser vorher nachzugeben, ehe ein großer Verwaltungs-

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1715

apparat in Bewegung gesetzt wird und letzten Endes doch das gleiche Resultat, nur mit einem wesentlich erhöhten Kostenaufwand, erzielt wird.

Dies ist gewiß keine Angelegenheit, die man von heute auf morgen lösen kann. Ich weiß, daß der Herr Finanzminister genügend Zeit braucht, um die Probleme zu studieren, aber ich kann ihm nicht verhehlen, daß eine Lösung in dieser Frage wird gesucht und gefunden werden müssen.

Wenn hier darauf hingewiesen wird, daß dafür auf der anderen Seite Steuern eingehoben werden müßten, da ein allfälliger Steuerentgang hereingebracht werden muß, dann möchte ich folgendes sagen: Dieser Steuerentgang ist nur fiktiver Art, denn die Menschen haben das Recht, ihre Unkosten einzurechnen; und können sie von ihrem Recht Gebrauch machen, dann tritt die Steuerverminderung, die befürchtet wird, eben ein; auf alle Fälle aber, das sei hier auch bemerkt, kostet dies dann einen überflüssigen und unnötigen Verwaltungsaufwand. Sollte der Staatshaushalt dadurch aber aus dem Gleichgewicht gebracht werden, dann muß man sowieso bei anderen Steuern für den nötigen Ausgleich sorgen, und ich glaube, daß sich insbesondere bei einer Überprüfung hinsichtlich der in den Investitionsbegünstigungsgesetzen genannten Sachgüter schon ein entsprechender Ausgleich finden ließe.

Wahrscheinlich wird ein erheblicher Teil der Abgeordneten des Hohen Hauses zustimmen, wenn ich sage, daß wir aus der bisherigen Handhabung des Investitionsbegünstigungsgesetzes nicht den Eindruck gewonnen haben, daß Investitionsbegünstigungen für Personenkraftwagen in Österreich notwendig sind. Man könnte bei den Kraftfahrzeugen und mit der Mineralölsteuer durch eine entsprechende Dosierung der Steuer vielleicht doch auch jenen Luxusaufwand treffen, der auf weite Kreise der österreichischen Bevölkerung heute aufreizend wirkt. Es ist dem Herrn Finanzminister ja auch hier schon oft nahegelegt worden, doch auch in Österreich eine Luxuswarenabgabe einzuführen. Wesentlich reichere Länder aus unserer Nachbarschaft, wie zum Beispiel die Schweiz, haben noch immer eine solche Luxuswarenabgabe, und es ist nicht einzusehen, warum man der schmalen Oberschicht in Österreich, die sich einen übermäßigen, teilweise Ärgernis erregenden Luxusaufwand leisten kann, nicht eine entsprechende steuerliche Belastung auf diesen Konsum auferlegt.

Ich möchte den Herrn Finanzminister ferner darauf aufmerksam machen, daß ich durch einen Bericht über ein Rundschreiben davon

in Kenntnis gesetzt wurde, daß die Sektion Vermögenssicherung Gelder aus den Erträgen und den Verkaufserlösen der verwalteten Vermögen hat, die zum normalen Einlagenzinsfuß von $\frac{3}{4}$ Prozent für nicht gesperrte und zu $1\frac{1}{2}$ Prozent für gesperrte Einlagen eingezahlt sind, und daß da und dort sogar entsprechend höher verzinsliche Anlagen gesucht werden. Ich glaube, man könnte diese Suche sehr rasch abkürzen und gleichzeitig den Wünschen der überwiegenden Mehrheit der Abgeordneten des Hohen Hauses entsprechen, wenn man diesen Betrag, auch mit einer etwas höheren Verzinsung, dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau und dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds im Sozialministerium für den Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und die Hausratshilfe zur Verfügung stellt.

Es ist hier noch die Bemerkung gemacht worden — ich glaube, der Herr Abg. Stüber war es —, man möge ausländisches Kapital für den Wohnungsbau in Österreich heranziehen. Ich will der Wohnungsbau- und Wohnungsgesetz-Debatte, die ja übermorgen sowieso folgt, nicht vorgreifen und von unserer Seite her nichts vorwegnehmen, aber ich glaube, die ganze gewerbliche Wirtschaft in Österreich wäre froh, wenn sie für wesentlich andere Zwecke, bei denen eine ungleich höhere Verzinsung möglich wäre, unter den heutigen Verhältnissen ausländisches Kapital zur Verfügung gestellt erhielte. Das mag einmal in einer anderen Zeit möglich sein. Ich glaube nicht, Herr Abg. Stüber, daß Sie sehr viel ausländische Kapitalisten finden werden, die ihr Geld in Ringstraßenhäusern in Wien investieren würden. Wir müssen diese Finanzierung, es mag uns schwer fallen und hart treffen, überwiegend aus eigenen Mitteln bestreiten.

Ich möchte mich nun auch mit einem Kapitel befassen, mit dem sich der Herr Abg. Honner beschäftigt hat, mit der Frage der Gerüchtemacherei in Währungsangelegenheiten.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Darf ich den Herrn Redner bitten, vielleicht für einen Augenblick zu unterbrechen.

Die Verdunklung war auf eine Störung im städtischen Netz zurückzuführen und ist durch die Einschaltung unserer eigenen elektrischen Anlage überbrückt worden. Nun ist die Störung im städtischen Stromnetz behoben, es wird also wieder auf dieses umgeschaltet. Dadurch entsteht für einen Augenblick neuerlich eine Verdunklung. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen.

Abg. Dr. Pittermann (fortsetzend): Wir schalten also eine Gedenkminute für den

1716 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

Erfinder der Verbundnetzzusammenbrüche, den Exminister Dr. Altmann, ein. (Schallende Heiterkeit. — Nach der Verdunkelung.)

Ich komme also zu dem Kapitel Gerüchte-macherei über die Währung. Wenn ich auch nicht so sehr davon überzeugt bin, daß das Gewissen des Herrn Abg. Honner und seiner engeren Parteifreunde wirklich so lauter und rein ist, wie er es heute hier dargestellt hat, so muß immerhin objektiv festgestellt werden, daß sich auch andere Kreise in Österreich dabei in einer Art benehmen, die die Regierung und die Gerichte endlich zum Handeln herausfordern müssen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die bestehenden Strafbestimmungen nicht ausreichen, dann würde ich an das Haus mit der Bitte herantreten, der Justizentsprechende, neue Handhaben zu geben, denn das, was hier von einem Teil der österreichischen Presse, aber auch in mündlichen Gesprächen, also im berüchtigten „Mundfunk“, getrieben wird, das grenzt mindestens an den Begriff des wirtschaftlichen Hochverrates in Österreich. (Starker Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Wenn man sich so auf die deutschen Sender beruft, dann hat ein Vorfall im Sender München aus jüngster Zeit wohl jedem Denkenden gezeigt, was er von der Objektivität dieser deutschen Rundfunksender in Einzelfällen zu halten hat.

Im Hotel Regina in München hat ein Wiener spiritistischer Schwindler, dem hier niemand mehr zugelaufen ist, eine sogenannte Séance gehalten und hat dort als Schauspiel auch vorgetragen, daß er, während er im Trance-Zustand ist, dem Ansager des Münchener Rundfunks suggerieren werde, mitten in der politischen Nachrichtensendung eine Karte anzusagen, die vorher ein Medium aus einem Kartenspiel gezogen hatte. Die Karte wurde herumgereicht, ich glaube, es war die Karo-Dame oder so etwas, und der übliche Trick wurde also aufgezogen. Der Rundfunk wurde eingeschaltet und mitten in der politischen Verlautbarung ertönte auf einmal die Stimme des Ansagers: Regina, Karo-Dame. Die darnach angestellte nüchterne Untersuchung hat ergeben, daß es nicht die transzendentalen Kräfte dieses Magiers, sondern 300 D-Mark gewesen waren, die die Ursache für diese Ansage waren. Man kann sich ausrechnen, daß es im In- und Ausland Kreise gibt, die es sich auch bei anderen Sendungen etwas kosten lassen, solche Inspirationen und Suggestionen loszulassen, und man kann von verantwortungsbewußten Menschen in Österreich, sie mögen zur Regierung, zum Parlament und zum Staat stehen, wie immer sie wollen, wenn sie sich als Österreicher fühlen, verlangen, daß sie das Unseriöse solcher Gerüchte und Sendungen von

Haus aus erkennen und ihnen in den Spalten ihrer Presse nicht den geringsten Raum geben. (Starker Beifall bei den Regierungsparteien.)

An Manipulationen mit dem österreichischen Schilling hat bestenfalls eine schmale Schicht inländischer Großverdiener, die nicht auf ehrliche Weise zu ihrem Lebensstandard gekommen sind, ein Interesse, die große Masse der österreichischen Lohn- und Gehaltsempfänger aber nicht! Möglicherweise aber gibt es ausländische Wirtschaftsinteressenten, die jetzt eine Kontermine gegen den Schilling planen, wie der Ausdruck in der privatkapitalistischen Börsensprache lautet.

Und wenn uns heute hier ein Antrag von der kommunistischen Fraktion des Hauses vorgelesen wurde, die wußte, daß er von den übrigen Parteien abgelehnt werden würde, dann ist dies auch eines solcher Manöver. Ich erwähne den Abgeordneten von der Kommunistischen Partei, das Hohe Haus oder mindestens die Abgeordneten der beiden Mehrheitsparteien haben volles Vertrauen zu der Regierung dahin, daß sie nicht nur alles unterlassen wird, was den Wert des Schillings weiterhin vermindern würde, sondern daß sie auch eine Politik betreiben wird, die den Wert des Schillings und des Reallohnes sobald als möglich zu steigern sich bemüht. Wer zu den Bestrebungen dieser Regierung Vertrauen hat, der hat auch Vertrauen zur österreichischen Währung und stützt und unterstützt die österreichische Währung. (Starker Beifall bei den Regierungsparteien.)

Aber ich will daran etwas anknüpfen: Die österreichische Regierung und vor allem der Herr Finanzminister müssen hier einen zusätzlichen Beweis liefern, daß gewisse Maßnahmen, die ebenfalls im Zusammenhang mit dem seinerzeitigen Währungsschutzgesetz standen, ernst gemeint waren und daß man gewillt ist, Mißbräuchen, wie sie jetzt aufscheinen, entsprechend entgegenzutreten. Ich meine einen Umstand, den der Herr Finanzminister im Budgetausschuß offen beklagt und bedauert hat, den Umstand nämlich, daß durch den tiefen Kurs der Bundesschuldverschreibungen die Abgabepflichtigen tatsächlich viel weniger Vermögensabgabe und Vermögenszuwachsabgabe zahlen, als dem Willen des Gesetzgebers entsprochen hat. Hier hat sich offenbar ein Spekulationskartell gebildet, das ängstlich bemüht ist, den Kurs der Bundesschuldverschreibungen immer tiefer hinunterzudrücken, der ja heute bei ungefähr 37 S steht, nachdem er mit über 60 S begonnen hat, und das bei diesen schäbigen Manipulationen darauf spekuliert, daß gerade die ärmsten Inhaber der Bundesschuldverschreibungen gezwungen sind, um leben zu können, ihre Papiere um jeden Preis zu ver-

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1717

äußern. Es ist nur zu bedauern, daß man damals nicht auf die wohlgemeinte Warnung gehört hat, eine gewisse Dosierung des Marktes mit Bundesschuldverschreibungen durchzuführen und zuerst nur die Bundesschuldverschreibungen jener Leute auf den Markt gelangen zu lassen, die tatsächlich ihren Lebensunterhalt aus dem Verkaufserlös bestreiten müssen. Wenn man aber zur Erkenntnis kommt — ich kann hinzufügen, daß die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei bei den Verhandlungen im Finanz- und Budgetausschuß die gleiche Meinung vertreten haben, und ich bin überzeugt, in dieser Angelegenheit werden wir auch mit den Vertretern der Oppositionsparteien auf eine Linie kommen können —, daß diese schäbigen Spekulationen, diese Manöver der kapitalkräftigen Aufkäufer der Bundesschuldverschreibungen, die offenbar einen bestimmten Kurs untereinander abgesprochen haben und zu keinem anderen als eben zu dem bestimmten Kurs kaufen, anhalten, dann kann es darauf nur eine einzige Antwort geben, daß nämlich die Vermögensabgabe und die Vermögenszuwachsabgabe in Hinkunft nicht mehr mit Bundesschuldverschreibungen sondern mit Bargeld zu bezahlen sind. Aus dem Erlös wird der Herr Finanzminister zweifellos in der Lage sein, den Opfern des niedrigeren Kurses der Bundesschuldverschreibungen eine entsprechende soziale Hilfe zuteil werden zu lassen.

Man kann schließlich, wie immer man sonst zu politischen und zu wirtschaftlichen Fragen steht, als für die Gestaltung der österreichischen Verhältnisse Verantwortungsbewußter hier nicht zusehen, wie das Vertrauen weiter Schichten der Bevölkerung in die von Regierung und Parlament gemachten Zusagen durch das schäbige Treiben solcher Börsenspekulationen untergraben wird.

Ich habe aber noch ein Kapitel zu erörtern, das im Budget leider nur nebenbei aufscheint, das ist die Frage der Nationalbank und ihrer Devisenpolitik. Ich habe es immer bedauert, daß man seinerzeit in der Provisorischen Staatsregierung die Handhabung des Devisengesetzes aus den Händen des staatlichen Verwaltungsapparates weg in die Büros der Nationalbank verlagert hat. Ich weiß, daß der Herr Finanzminister seinerzeit, als er noch Abgeordneter war, einer anderen Ansicht war und wahrscheinlich auch heute noch dieser Ansicht ist, aber die Handhabung eines für die österreichische Wirtschaft so entscheidenden Instrumentes wie des Devisengesetzes müßte meines Erachtens stärker an die politische Verwaltung gebunden werden, als es gegenwärtig der Fall ist.

Der letzte Bericht des Institutes für Konjunkturforschung — ich vermochte in der

Zwischenzeit nicht zu überprüfen, ob zu Recht oder zu Unrecht; im allgemeinen sind diese Berichte objektiv — hat behauptet, die engherzige Devisen- und Devisenzuteilungspolitik der Nationalbank habe dazu geführt, daß Einkäufe wichtiger Rohstoffe, die heute in vieler Hinsicht Mangelwaren sind und es im zunehmenden Maße werden, nicht möglich wären, vor allem nicht zu billigen Preisen möglich wären, weil die Nationalbank eine engherzige Devisenzuteilungspolitik betreibt und lieber darauf bedacht ist, ihre Konten bei der OEEC, bei der Europäischen Ausgleichsbank, auszugleichen.

Herr Finanzminister, diese Nachricht hat in mir — und ich glaube in dieser Frage auch jenseits der Partiegrenzen — trübe Erinnerungen an eine unheilvolle Wirtschaftspolitik in Österreich hervorgerufen, an die Wirtschaftspolitik, die sich an den Namen Kienböck geknüpft hat, eine Wirtschaftspolitik, die in den Kellern und Tresors der Nationalbank wertvolle Gold- und Devisenschatze gesammelt und draußen vor den Schaltern der Arbeitslosenämter hunderttausende Arbeitslose verursacht hat. Eine solche Politik, gerade eine solche Devisenpolitik, müßte für die Politik der Vollbeschäftigung, auf die unser Budget gegründet ist, verhängnisvoll werden, und es scheint wirklich an der Zeit, daß nunmehr die Handhabung des Devisengesetzes und die Devisenpolitik in Österreich ausschließlich nach den Richtlinien geführt wird, die die österreichische Regierung für zweckmäßig hält, und nicht ein Konsortium von Bankdirektoren oder Bankpräsidenten der Nationalbank.

Sie haben, Herr Bundesminister, schließlich im Finanzausschuß erklärt, daß Ihre erste Sorge der Bereitstellung von Budgetmitteln für den Wohnbau in Österreich gelten wird, und Sie haben Ihr Versprechen mittlerweile eingelöst. Als Nummer 2 in Ihrer Rangordnung figurierte damals die Sorge um die Mittel, die notwendig sind, das gewünschte Nachziehverfahren für die öffentlich Angestellten und die Pensionsüberleitung zu finanzieren. Wenn wir das als Regierungspartei verlangen, so sind wir uns dessen bewußt, daß wir Sie auch in dem Bestreben unterstützen müssen, die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen. Wir sind dazu bereit, wir haben uns nie gescheut, den Menschen, die unser Vertrauen haben, zu sagen, daß die Aufrechterhaltung eines künftigen Investitions- und Sozialprogramms von den österreichischen Steuerzahlern Kosten erfordert. Was wir verlangen, ist, daß die Kosten entsprechend der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verteilt werden und daß auch alle Wirtschaftszweige in Österreich

1718 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

möglichst gleichmäßig zu den Lasten des Staates und nicht nur bei seinen Subventionen herangezogen werden. Wenn der Herr Finanzminister nach diesen Gesichtspunkten sieht und forscht, wo er noch Mittel aufbringen kann, damit die wirtschaftliche Entwicklung in Österreich durch eine zielbewußte Politik der Gesamtregierung gefördert wird, wenn die Vollbeschäftigung, unser oberstes wirtschaftspolitisches Ziel, im kommenden Jahr früher und besser erreicht wird als im vergangenen Jahr, dann werden sich meiner Meinung nach auch für den Herrn Finanzminister die Wege öffnen, auf denen er den öffentlich Angestellten und den Pensionisten des Staates entgegengehen und ihnen die Hand reichen kann, die sie gereicht zu bekommen wahrlich verdienen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Abg. Dr. Reimann: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Obwohl mein Klubkollege Herr Dr. Stüber schon das Kapitel des ehemaligen Vermögenssicherungsministeriums gestreift hat, dessen Agenden heute zum größten Teil indas Finanzministerium übergegangen sind, glaube ich doch, daß man zu diesem Kapitel noch Wesentliches sagen muß, um so mehr, als der Herr Finanzminister die ganzen Anschuldigungen, die gegen den ehemaligen Minister Dr. Krauland erhoben wurden, als Aufbauschungen der Sensationspresse bezeichnete. Ich kann verstehen, daß der Herr Finanzminister wenig Interesse an der ganzen Angelegenheit hat und sich scheut, das auszulöffeln, was ihm ein anderer eingebrockt hat. Aber trotzdem glaube ich, daß es damit nicht abgetan ist, wenn der Herr Finanzminister erklärt, er hätte zu wenig Zeit.

Es ist klar, daß das gegenwärtig uns vorliegende Mammutbudget seine ganze Kraft in Anspruch nimmt, aber ich glaube, daß nicht ganz zuletzt dieses Mammutbudget auch eine Folge des Systems Krauland ist. Da nun der Herr Finanzminister keine Zeit für alle diese Fragen des ehemaligen Vermögenssicherungsministeriums hat, so kann die rechte Hand des ehemaligen Vermögenssicherungsministers, Doktor Hintze, vor den sich der Herr Finanzminister schützend gestellt hat, schalten und walten. Nun glaube ich, daß dem Herrn Finanzminister nicht ganz unbekannt sein wird, welchen Druck beispielsweise Herr Doktor Hintze persönlich ausgeübt hat, so daß der öffentliche Verwalter der Holzfaserfabrik in Wörgl das Unternehmen an bestimmte Leute verpachten mußte.

Das Problem der Vermögensschutzgesellschaft ist schon angeschnitten worden. Es wurde aber nicht gesagt, daß Herr Dr. Hintze Vorstandsmitglied dieser Vermögensschutzgesellschaft ist, ebenso wie er Vorstands-

mitglied der Firma Andritz ist, also einer Firma, die in den Bereich des Deutschen Eigentums fällt. Es fragt sich, ob Herr Dr. Hintze als Beamter die Erlaubnis hat, in einem Unternehmen Vorstandsmitglied zu sein, das in den Rahmen seines Amtsbereiches fällt. Bei Dr. Hintze, dem angeblich Unentbehrlichen, lagen auch monatelang die Akten der Fahnenfabrik Fleck und wurden nicht bearbeitet, obwohl es mit den Gesetzen doch nicht im Einklang steht, wenn der Inhaber der Tiller-A. G. als öffentlicher Verwalter die Fleck-Fabrik an seine Sekretärin verpachtet und Dr. Schloßnig, also den Beamten des Vermögenssicherungsministeriums, der den Akt genehmigte, als Aufsichtsrat in diese Tiller-A. G. hineinnahm. Die Machination mit der Elektro-Heizungs-A. G. ist aus den verschiedensten Zeitungsartikeln schon allgemein bekannt. Es ist vielleicht nur eine Kleinigkeit, aber bezeichnend, daß der ehemalige Minister Dr. Krauland lange Zeit das Gehalt von Frau Dr. Ottlinger abhob, 3000 und später 4000 S, und erst später, als die Sache publik wurde, diese Summe der Mutter der Ottlinger überwies. Es fragt sich, mit welcher Berechtigung Dr. Krauland diese Summe überhaupt abheben konnte. (Ruf: *Das sind Artikel für die „Berichte und Informationen“!*) Es sind gute Informationen; daß sie gut sind, dafür haben Sie heute schon einmal den Beweis erhalten. Ich glaube, es ist besser, unseren Informationen zu glauben und mit Ihren Informationen nicht so groß zu tun. Ich bin überzeugt, daß Sie sich damit blamieren. Ganz nebenbei erwähnt soll werden, daß die Möbel, die für Frau Ottlinger auf Staatskosten angefertigt wurden, sich heute in der ÖVP-Bundesleitung befinden. Der Herr Finanzminister ist auch hinweggegangen über die Beanstandung des Rechnungshofes, daß vom Ministerium Krauland Gelder für Gutachten ausgezahlt wurden, die nie abgegeben wurden.

Wir haben schon in der „Neuen Front“ vor einiger Zeit angekündigt, daß zwei Beamte, nämlich Dr. Förster und Dr. Lantosch, versetzt wurden. Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß nicht zwei, sondern sieben Referenten aus dem ehemaligen Krauland-Ministerium in das Sozialministerium abgeschoben wurden. Wir haben nun auf diese seinerzeitigen Veröffentlichungen zahlreiche Zuschriften bekommen. Denn, meine Damen und Herren, im Gegensatz zu Ihnen ist die Bevölkerung sehr interessiert am Falle Krauland und hat nun die Dinge untersucht. Es ist folgendes: Die beiden Referenten haben uns aus begreiflichen Gründen nicht Aufschluß darüber gegeben, warum sie versetzt wurden. Aber immerhin konnten wir da einiges Licht hineinbringen. Bei Dr. Förster zum Beispiel

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1719

handelt es sich um einen Mann, der bekanntlich einer der tüchtigsten war und immer dann eingesetzt wurde, wenn Rückstände aufgearbeitet werden mußten. Dieser Dr. Förster ist übrigens Cevauer und steht aus diesen Gründen kaum dem VdU nahe. Dr. Lantosch hingegen, der seit Gründung des Kraulandministeriums tätig war, hat bekanntlich den größten Ein- und Auslauf gehabt. Beide Beamten hatten aber anscheinend einen großen Fehler; sie traten unbeirrbar für Recht und Gesetz ein. Ob sie dies taten, weil sie einen politischen Rückhalt hatten oder weil sie finanziell unabhängig sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Aber auf jeden Fall bedeutet ihre Versetzung einen Faustschlag für aufrechte Beamte; denn darüber ist kein Zweifel, kein Beamter wird es künftig hinwagen, gegen etwas Einspruch zu erheben, wenn er weiß, daß ihm die Strafversetzung droht, wenn er sich für Recht einsetzt.

Etwas seltsam berührt uns auch die Delegierungsverordnung des Herrn Finanzministers, wonach die Akten des ehemaligen Krauland-Ministeriums auf die Unterbehörden aufgeteilt werden sollen. Vielleicht wäre an sich nichts dagegen zu sagen, denn ich begreife, daß der Herr Finanzminister die ganze Angelegenheit aus seinem Ministerium weghaben will. Aber im Augenblick heißt dies, daß die Akten von eingeschulten auf nichteingeschulte Beamte übergehen, daß die Akten in alle Winde zerstreut werden, um eine Untersuchung zu erschweren oder ganz unmöglich zu machen. (Abg. Dengler: *Pater Eberhard!*) Hören Sie auf mit dem Pater Eberhard, das ist ein sehr billiger Witz! Gehen Sie Ihre eigene Vergangenheit zurück, die ist weit schwärzer als die meine! (Heiterkeit.) Ich halte dies auch für eine besondere Form der Verwaltungsreform, da ja für alle diese Akten noch viel mehr Beamte eingestellt werden müssen, weil sie gar nicht mit der Materie vertraut sind. Aber das ist so typisch österreichisch: Seinerzeit, als es noch ganz gut gewesen wäre, solche Delegierungen in mancher Beziehung durchzuführen, besonders dort, wo es sich um kleinere Liegenschaften gehandelt hat, hat man es nicht getan, weil der Herr Krauland ein Mammutministerium errichten wollte; heute aber, wo sich eine Behörde gewissermaßen organisch entwickelt hat und bloß reformbedürftig ist, macht man es so, daß man diese Akten gerne weghaben möchte, nur um Herrn Krauland letzten Endes Schützenhilfe zu leisten.

Wenn nun eine Neuauftteilung des Krauland-Ministeriums vorgenommen wird und man den Plan einer Prüfungsabteilung verwirklichen will, möchte ich die Herren, die dieser Abteilung angehören werden, schon heute aufmerksam

machen, daß sie genau nachsehen, was mit ihren Prüfungsberichten geschieht, damit sie nicht weiter so liegen bleiben, wie sie heute liegen bleiben.

Meine Damen und Herren! Ein Krönungs-gedanke der Österreichischen Volkspartei, den sie den sozialistischen Verstaatlichungstendenzen entgegengesetzt, ist bekanntlich die Idee der Genossenschaft. Nun ist der Trommler dieser Idee eben auch der Herr Dr. Krauland gewesen, und deswegen scheint sie uns schon verdächtig zu sein. Ich will Ihnen gleich ein Beispiel dafür geben, wie diese Idee der Genossenschaft in Wirklichkeit aussieht. Sie kennen vielleicht die Mariahilfer Eierwaren- und Teigfabrik Romig. Diese ist im Jahre 1945 unter öffentliche Verwaltung gekommen. Der öffentliche Verwalter war ein gewisser Herr Paradeiser — ein komischer Name übrigens. Gegen ihn hat der Eigentümer der Firma eine Strafanzeige wegen Eigentumsdelikten erstattet, und obwohl Herr Paradeiser erklärt hatte, er könne als ehemaliger Sturmschärler nicht abberufen werden, mußte er trotzdem abberufen werden. An seine Stelle trat als öffentlicher Verwalter der ÖVP-Landtagsabgeordnete Dr. Hohl und ein Betriebsingenieur Swaschina. Dr. Hohl vertauschte nun den Posten des öffentlichen Verwalters mit dem eines Steuerberaters der Firma, und auch Ing. Swaschina gab seinen Posten auf.

Was taten nun die beiden? Unter der Schutzherrschaft des Herrn Paradeiser gründeten sie eine Betriebsgenossenschaft. Als öffentliche Verwalterin wurde die bekannte österreichische Gesellschaft Dr. Robetschek eingesetzt. Ich brauche Ihnen den Sinn der Gründung dieser Betriebsgenossenschaft nicht näher auseinanderzusetzen. Der frühere Besitzer lehnte sich übrigens heftigst dagegen auf. (Abg. Dr. Bock: *Fragen Sie auch die Arbeiter, was die dazu sagen!*) Der Referent im Krauland-Ministerium schob den Akt zum Gericht ab, und dort liegt er wie alle Akten des Krauland-Ministeriums. Sie können sich, wenn Sie es nicht glauben, dort in jeden Fall Einsicht verschaffen. Ich hoffe, obwohl ich diese Beispiele genügend vermehren könnte, Ihnen damit immerhin ein Beispiel dieses Systems gegeben zu haben. (Abg. Dr. Bock: *Was wollen Sie mit dem Beispiel sagen?*) Meine Damen und Herren! Darüber kommen Sie nicht hinweg: der Fall Krauland muß geklärt werden!

Herr Dr. Bock, Sie haben unlängst erklärt, der VDU müßte anders werden, wenn Sie mit ihm zusammenarbeiten sollten. Nun, vielleicht müßten wir alle Dr. Krauland werden, damit wir mit Ihnen zusammenarbeiten könnten. Aber auf eine solche Salonfähigkeit verzichten wir. (Zwischenrufe.)

1720 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

Außerdem möchte ich ein für allemal erklären, Herr Dr. Bock: Von Ihnen lassen wir uns keine Belehrungen über Demokratie geben, dazu sind Ihre Schriften und Reden aus der Zeit von 1934 bis 1938, in der Sie für das Führerprinzip und den autoritären Staat eingetreten sind, nicht geeignet. (Abg. Dengler: 1938 waren wir längst eingesperrt! Damals waren Sie noch ein Nazi!) Wir lassen uns überhaupt von niemand eine Belehrung und Unterricht in der Demokratie geben, denn, meine Herren, in der zweiten Republik haben wir nicht ein Zehntel soviel gegen die Demokratie gesündigt wie Sie. Und, meine Damen und Herren, wenn Sie uns immer sagen: Ja, Ihr seid für die Vergangenheit schuld! so möchte ich Ihnen auch dazu sagen: Wir waren weder Regierungsmitglieder noch Reichstagsabgeordnete, sondern der größte Teil von uns hat das getan, was Sie alle getan haben, nämlich 1938 ja gesagt. Und das haben nicht nur wir und Sie, sondern 99 Prozent der österreichischen Bevölkerung, und diese 99 Prozent vertreten Ihr heute. (Abg. Rosa Jochmann: Aber Sie freudig!) Und Ihr habt nicht den Wahlschlager geführt: Hängt die Nazi! sondern Ihr habt gesagt: Strich unter die Vergangenheit!

Aber lassen wir das, meine Damen und Herren. Wir sind jedenfalls genau so Volksvertreter wie Ihr, mit genau denselben Rechten und Pflichten, und zu unseren Pflichten gehört auch der Schutz der Demokratie. (Lebhafter Beifall beim KdU.) Und wir werden die Demokratie auch vor Euch schützen; denn so lange Ihr Krauland schützt, seid Ihr keine Demokraten. (Erneuter lebhafter Beifall bei den Unabhängigen. — Zwischenrufe.)

Abg. Dr. Gorbach: Hohes Haus! Es ist für mich eine große Genugtuung, feststellen zu dürfen, daß sich in den fünf Jahren seit Beendigung des fürchterlichen Krieges bei beiden großen Parteien Menschen gefunden haben, die den Gedanken der Befriedung in diesem Lande in die Mitte ihres politischen Wirkens gestellt haben, aufrichtig und ehrlich und von dem Gedanken beseelt, daß in allen diesen Fragen vor uns der Mensch und sein Schicksal stehen solle und nicht irgendein politischer Effekt. Ich habe es daher immer wieder bedauert, wenn von dieser oder jener politischen Seite groß aufgemacht herausgestellt worden ist, daß man einen Verrat an der Demokratie begangen hätte, weil man mit diesen oder jenen Menschen, die in der Vergangenheit irregegangen sind, ein Gespräch geführt hat. Ich glaubte, daß die Zeit hier manche Auffassung über diese Frage zum Besseren gewendet hat, daß die Herzen der meisten von uns befreit sind von begreiflichen Ressen-

timents einer schweren Zeit, die wir erlebt haben, die durch sehr viele und harte Opfer begründet gewesen sind.

Der Herr Abg. Klautzer hat in einer der letzten Sitzungen den Herrn Bundeskanzler angegriffen und ihm zwei Vorhalte gemacht. Den einen, daß er vorsätzlich die Alliierten dazu bewogen habe, sozusagen gegen ihren Willen ein Blatt des VdU einzustellen. Der Herr Kanzler hat an Hand der entsprechenden Belege nachgewiesen, daß Ihre Auffassung, Herr Klautzer, unrichtig ist und daß sie von Ihnen nicht mehr aufrecht erhalten werden kann.

Der Herr Abg. Klautzer hat aber darüber hinaus unter anderem erklärt, daß einige Prominente der ehemaligen NSDAP mit dem Herrn Bundeskanzler eine Unterredung hatten, weil der Herr Bundeskanzler diese Prominenten aufgesucht hätte. Der Herr Kanzler hat hier von Ihnen die Angabe von Ort, Zeit und Personen verlangt und diese Ihre Behauptung im Hohen Hause als eine Lüge und eine Verleumdung hingestellt. Nunmehr hat sich heute der Herr Abg. Stüber zum Wort gemeldet und seiner Meinung nach den Beweis dafür geliefert, daß der Abg. Klautzer, weil der Herr Kanzler gewisse Herren in Graz aufgesucht habe, die er namentlich nennt, recht hätte und der Herr Kanzler zu Unrecht diese Bezeichnung gebraucht habe. (Zwischenrufe.)

Nehmen Sie nunmehr zur Kenntnis, meine Herren: Es ist eine Lüge und eine Verleumdung — ich wiederhole das —, daß der Herr Kanzler prominente ehemalige Nazi in Graz aufgesucht hat. Der Herr Kanzler war an diesem Tag anlässlich des Parteitages in Graz, und dort wurde er während des Mittagessens, das ich damals gegeben habe, von einer Reihe ehemaliger Nazi, die zum Teil Mitglieder der ÖVP und zum Teil Mitglieder des Gleichberechtigungsausschusses sind, ersucht, Bitten und Beschwerden entgegenzunehmen. Diesem Ersuchen hat der Herr Kanzler Rechnung getragen. Ja, meine Herren, was soll da, frage ich, Achtungminderndes dabei sein? Sind wir nicht alle der Meinung, daß wir als Volksvertreter, vor allem die Herren Minister und der Chef der Regierung, solchen Wünschen zu entsprechen haben?

Ich bedauere außerordentlich, daß dieser Vorfall stattgefunden hat, daß Sie damit die Situation wieder verschärft haben und daß Sie durch diese Ihre Argumentation, durch diese Angriffe gegen den Herrn Kanzler der Sache der Befriedung in diesem Lande keinen guten Dienst erwiesen haben. (Zustimmung bei der ÖVP.)

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1721

Ich glaube annehmen zu dürfen, daß es sich in diesem Falle hoffentlich nur um eine Entgleisung handelt, denn wenn Sie, wie Sie behaupten, was ich nicht bestreite, ehrlichen Willens sein wollen, hier an der Demokratie, an der neuen Ordnung in Österreich mitzuarbeiten, dann unterlassen Sie lieber diese Dinge, und versuchen wir gemeinsam, in der Mitte des Weges zusammenzukommen, um diesem Lande, das uns nicht nur heiliges Vaterland, sondern auch geliebte Heimat ist, mit Erfolg zu dienen! (Lebhafter anhaltender Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abg. Hartleb. (Abg. Dr. Pittermann: Heute ist steirischer Großkampftag!)

Abg. Hartleb: Hohes Haus! Wenn der Herr Abg. Pittermann jetzt in einer Bemerkung gemeint hat, daß die letzten Ausführungen des Herrn Abg. Dr. Gorbach der alleinige Grund seien, warum ich da heraufgekommen bin, dann hat er sich geirrt. Ich bin natürlich gezwungen, auch zu den Ausführungen des Herrn Dr. Gorbach etwas zu sagen. Ich will mich im Interesse der Befriedung, die ich genau so wünsche wie er, möglichst sachlich und kurz halten.

Ich stelle fest, daß mein Klubkollege Klautzer lediglich erklärt hat, daß der Herr Bundeskanzler mit ehemaligen Funktionären der NSDAP gesprochen hat. (Lebhafter Widerspruch bei der ÖVP.) Diese Erklärung hat er in einem Zusammenhang abgegeben, der eben auch zu dieser Äußerung geführt hat. Wenn Sie nun das Bestreben haben, aus dem ganzen Zusammenhang diese Worte herauszureißen, so kann ich Sie daran nicht hindern. Ich kann nur sagen, es ist von Ihnen auch in diesem einen Fall wieder einmal der Beweis erbracht worden, daß man aus einer Mücke (Abg. Dipl.-Ing. Raab: Das ist doch keine Mücke!) einen Elefanten und aus einer harmlosen Bemerkung wer weiß was machen kann, wenn man es so halten will. (Abg. Dipl.-Ing. Raab: Sie bewegen sich ständig in der Kloake!) Damit will ich diese Sache abschließen.

Der Grund, warum ich mich heute noch einmal zum Wort gemeldet habe liegt aber nicht so sehr, Herr Präsident Raab, bei der ÖVP als bei der SPÖ. Ich habe in meiner gewohnten Zurückhaltung (Heiterkeit) in den letzten Wochen einige Male verabsäumt, auf Angriffe, die von verschiedenen Rednern der SPÖ gegen uns vom VdU gerichtet worden sind, einzugehen. Ich wußte, daß die Zeit drängt und daß Sie alle bestrebt sind, diese Budgetberatungen abzukürzen. Ich war weiter der Überzeugung, daß es nicht bei einzelnen Angriffen bleiben wird und daß es

am besten sein wird, wenn man gegen Ende der Budgetberatungen pauschaliter auf diese Dinge zu sprechen kommt. (Abg. Dipl.-Ing. Raab: Reden wir von etwas anderem!) Erlauben Sie mir, daß ich nun in wohlmeinender Art und Weise und ohne Feindseligkeit den Versuch unternehme, Sie dazu zu bringen, Ihre Fehler einzusehen und sich in Zukunft zu bessern. (Abg. Dr. Pittermann: Abraham a Sancta Hartleb! — Heiterkeit. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)

Ich möchte vor allem feststellen: Es handelt sich bei der SPÖ, wie wir alle wissen, um eine ältere Partei, eine Partei, die den Sechziger überschritten hat und in das Alter gekommen ist, wo man manchmal eine Stunde der Besinnung widmen soll. (Heiterkeit. — Abg. Dr. Pittermann: Das wissen Sie gut!) Die katholische Kirche kennt eine Einrichtung, die man Generalbeichte nennt. Diese Generalbeichte hat den Sinn, einmal Rückblick über das ganze Leben zu halten, das Gewissen zu erforschen, Reue zu erwecken, schließlich und endlich bessere Vorsätze zu fassen und Buße zu tun.

Ich möchte, um Ihnen diese Sache zu erleichtern, mir erlauben, an Ihrer Stelle Gewissensforschung zu üben und etwas in die Vergangenheit der SPÖ zurückzublicken, um daraus dann gemeinsam mit Ihnen — ich hoffe, daß es mir gelingen wird, Ihr Einverständnis zu erringen — die Schlußfolgerungen zu ziehen, die gezogen werden müssen.

Gestatten Sie mir, daß ich jetzt wieder eine kurze Erzählung einschalte, die vor vielen anderen Dingen, die hier erzählt werden, den Vorteil hat, wahr zu sein. Ich weiß es nicht genau, war es im Jahre 1900 oder 1901, da haben in Österreich Neuwahlen stattgefunden. Ich war damals ein Lehrjunge. In einer benachbarten Bahnstation hat es einen jungen Eisenbahnbeamten gegeben, ich möchte seinen Namen verewigen, er hieß Dr. Weirer. Dieser hat den Ehrgeiz gehabt, aus den Lehrjungen der Umgebung eine Ortsgruppe der damals schon bestehenden Deutschen Arbeiterpartei zu gründen. (Abg. Dengler: Da waren Sie auch schon dabei? — Heiterkeit.) Auf diese Weise bin ich damals Mitglied dieser Ortsgruppe geworden. (Abg. Dengler: Das war ja die NSDAP! — Abg. Dr. Bock: Das haben Sie bei der Registrierung ja gar nicht angegeben! — Erneute Heiterkeit.) Bald darauf hat es geheißen, es gibt ein politisches Ereignis. Dieses politische Ereignis hat darin bestanden, daß in meinem Heimatort die erste Versammlung der Sozialdemokratischen Partei stattgefunden hat. Ich habe mich in die erste Bankreihe gesetzt und habe aufmerksam zugehört, was die beiden

1722 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

Redner zu sagen hatten. Der eine Redner war ein entlassener Unterlehrer aus Wien, namens Karl Seitz, der zweite hat Täubler geheißen und stammte aus der Bukowina. Diese beiden Redner haben nun gesprochen, und ich muß sagen, obwohl ich seit kurzem einer anderen Partei angehört (Abg. Dengler: Welcher?) und ein Anfänger war, war ich von den Ausführungen des jungen Karl Seitz, der damals ein blasser Mann war und dem man von weitem angesehen hat, daß es ihm nicht gut geht, beeindruckt. Er hat als Ausgangspunkt seiner Rede das Plakat genommen, mit welchem die Sozialdemokratische Partei damals ihre Versammlungen angekündigt hat. Auf diesem Plakat — ich kann es mir heute noch genau vorstellen — waren drei Grazien, wie man damals gern gesagt hat, abgebildet, und darunter stand: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Diese drei Worte hat Karl Seitz als Motto gewählt und hat mit einer solchen Begeisterung über diese drei Themen gesprochen, daß ich wirklich beeindruckt war. Er hat auch erzählt, wieso er als junger Lehrer stellenlos geworden ist; es sei deshalb gewesen, weil er einer politischen Überzeugung gehuldigt hat, die nicht mit der Machthaber in Wien übereingestimmt hat.

Damals waren also drei Dinge die Sterne, denen diese Partei gefolgt ist: die Freiheit, die Gleichheit und die Brüderlichkeit. Ich habe auch später immer wieder ein gewisses Interesse an der Politik gehabt und daher auch das Werden und die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei in Österreich verfolgt. Und da habe ich erleben müssen, daß sich diesen dreien im Laufe der Zeit eine vierte zugesellt hat. Diese vierte war weniger gütig und weniger menschlich eingestellt als die Brüderlichkeit, sie war weniger ideal veranlagt als die Freiheit und sie hat weniger den Standpunkt vertreten, daß allen die gleichen Rechte zustehen sollen, als die Gleichheit. Es war die Machtgier! Die ist also später dazugekommen. Bei kleinen Auseinandersetzungen, wo es sich um die Erringung von Mandaten in Betrieben gehandelt hat, kam es vor, daß einmal ganz unvorhergesehen die Machtgier die Brüderlichkeit zu Tode getrampelt hat. Und dann waren es wieder nur drei, und diese Drei haben dann lange Zeit die Partei bei ihrem Wirken, bei ihrem Tun und Lassen begleitet.

Wenn man nun diese Jahrzehnte überblickt, dann muß man sagen, es hat auch bei der Sozialdemokratischen Partei Zeiten gegeben, in denen man den Eindruck haben mußte, daß sie ihren alten Grundsätzen, für die Freiheit, für die Menschenrechte zu kämpfen, doch wenigstens zeitweilig treu geblieben ist. Es

war die Zeit, in der diese Partei in Opposition war. Wenn ich mich daran erinnere, mit welcher Begeisterung damals hier in diesem Hause von den Rednern der Sozialdemokratischen Partei die Freiheit und das Recht der Opposition hervorgehoben und gelobt worden sind, dann habe ich angedeutet, welche Zeiten ich damit meine.

Es ist dann aber auch eine Zeit gekommen, in der man es für richtig gehalten hat, das Wort Demokratie aus dem Namen der Partei zu streichen und es bei dem Namen Sozialisten bewenden zu lassen. Ich weiß nicht, ob damit eine bestimmte Absicht, ob damit eine Abkehr von dem Gedanken der Demokratie verbunden war oder ob es unabsichtlich und unversehens geschehen ist. Tatsache ist — und hier kommen wir schön langsam in die Gegenwart —, daß dann eine Zeit gekommen ist, in der aus dieser Partei an Stelle einer Oppositionspartei eine Regierungspartei geworden ist. (Abg. Dr. Pittermann: Umgekehrt wäre es Ihnen noch sympathischer!)

Sie irren aber, wenn Sie glauben, daß ich mich in meinen Ausführungen mit den Sozialisten als Regierungspartei auseinandersetzen will. Das ist nicht meine Absicht. Ich bleibe heute bei dem Thema Sozialistische Partei überhaupt, ohne Rücksicht darauf, ob sie in der Regierung sitzt oder nicht. In dieser Zeit haben wir nun an einzelnen Rednern, besonders in den letzten Wochen — ich brauche nur ein paar Beispiele zu nennen, beispielsweise Weikhart, Eibegger, Strasser, einmal war es sogar der Herr Dr. Pittermann selber — wieder einmal erleben müssen, daß sie vergessen haben, daß die Freiheit einst zu den Idealen ihrer Partei gezählt worden ist. Sie haben sich zu sehr gehen lassen und haben ihre Meinung zum Ausdruck gebracht, daß diejenigen, die nicht der SPÖ angehören und auch nicht in der Regierung sitzen, eigentlich überhaupt kein Recht hätten, hier in diesem Saale ihre Meinung zu sagen. (Abg. Weikhart: Da haben Sie schlecht gehört!) Das, meine Herren, ist eine starke Abkehr vom Begriff der Freiheit und vom Begriff der Demokratie. Und wenn ich mit meiner Rede erreiche, daß Sie darüber nachdenken, daß so etwas nicht demokratisch und nicht richtig ist, dann habe ich einen Teil meiner Absichten schon erreicht. (Abg. Dr. Pittermann: Welche Budgetpost ist das, zu der Sie sprechen?)

Ich möchte aber weitergehen und möchte sagen: Ich habe mir die Abgeordneten dieser Partei während der letzten Budgetdebatte so angehört, und Sie werden bemerkt haben, daß ich einer der ausdauerndsten Zuhörer gewesen bin. Daher werden Sie mir zugeben

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1723

müssen, daß ich recht habe, wenn ich sage: Die Redner der SPÖ sind manchmal genießbar, sie sind erträglich, ja, man kann sogar sagen, sie waren gut; aber meist nur dann, wenn es sich darum handelt, irgendein Teilgebiet zu besprechen, irgendeinen Ausschnitt aus unserem Wirtschaftsleben, mag es die Sozialpolitik, die Kommunalpolitik oder irgend etwas anderes sein, das sie kennengelernt haben. Da imponieren sie manchmal. Aber — und jetzt verzeihen Sie mir meine Offenheit —, wenn es sich darum handelt, einmal auch die Zusammenhänge zwischen den einzelnen Teilen zu sehen, dann muten die Redner dieser großen Regierungspartei manchmal an wie ein verirrtes Schihaserl in der Wüste Sahara! (*Lebhafte Heiterkeit.*) Man tut sich schwer, wenn man darüber urteilen soll, ob diese Verirrung mit Absicht zustande gekommen ist, weil man die Zusammenhänge nicht sehen will, oder ob es doch darauf zurückzuführen ist, daß man sich allzusehr spezialisiert hat. (*Abg. Uhlir: Ihr versteht nicht einmal im Detail etwas!*) Das ist sicher eine der größten Sünden, die man zu verzeichnen hat, wenn man Gewissenserforschung namens der SPÖ betreibt.

Ich möchte bemerken, daß ich gar nicht die Absicht habe, dabei so gründlich vorzugehen, daß ich auch die läßlichen Sünden, die kleinen Lügen und Verdrehungen besonders erwähne, die Sie sich im Laufe der Zeit zur Gewohnheit gemacht haben. (*Abg. Dr. Pittermann: Das wäre ganz interessant, es gehört auch zur Gewissenserforschung!* — *Abg. Dengler: Herr, ich danke Dir, daß ich nicht so bin wie die anderen!* — *Heiterkeit.*) Ich will wirklich nur die Todsünden herausgreifen, wenn ich Ihnen helfe, das Gewissen zu erforschen.

Im Hinblick auf die Zeit und die Müdigkeitserscheinungen, die ich gerade am heutigen Tage bei einem großen Teil meiner Kollegen und Kolleginnen beobachten konnte, will ich es mir versagen, auch ein Urteil darüber abzugeben, wie Sie sich als Ehepartner bewährt haben. (*Heiterkeit.*) Ich war nicht dabei, als die Verlobung stattgefunden hat, ich kenne die Versprechungen nicht, die Sie einander gemacht haben. Es ist deshalb für mich besonders schwer, darüber zu urteilen, ob Sie sich besonders brav aufgeführt, ob Sie zänkisch, unverträglich usw. waren, oder ob Sie es mit der ehelichen Treue immer ganz streng genommen haben. (*Abg. Dipl.-Ing. Raab: Was schnüffeln Sie im Ehebett herum?*) Ich muß es dem anderen Teil dieser Koalitionsehe überlassen, in dieser Hinsicht ein Urteil zu fällen. (*Abg. Dr. Pittermann: Als Hausfreund hat er nicht den richtigen politischen Sex Appeal!* — *Schallende Heiterkeit!*)

Ich möchte aber weiterkommen und noch ein paar Feststellungen machen. Im Laufe der Zeit hat sich die SPÖ bemüht gesehen, sich einen Präfekten zuzulegen, der die Aufgabe hat, den Nachwuchs zu erziehen und in eine gewisse Richtung zu lenken. Ich glaube, ich gehe nicht irre, wenn ich annehme, daß Sie alle wissen, wen ich damit meine: Es ist das der Herr Nationalrat Czernetz. Er ist es, der dafür zu sorgen hat, daß eine gewisse Grundlinie eingehalten wird, und der, glaube ich, mit keinem besseren Ausdruck umschrieben werden kann, als daß er den Präfekten spielt. Bedauerlich ist es nur, wenn er dabei manchmal vergißt, daß er nur von der SPÖ zum Präfekten bestellt worden ist, nicht aber vom Parlament und schon gar nicht von den Oppositionsparteien. Die Erziehung, wie sie der Herr Präfekt Czernetz vornimmt, ist meiner Ansicht nach so, daß die Entgleisungen, die gegen den Geist der Brüderlichkeit sind, gegen den Geist der Freiheitsideale verstößen, sein Werk zu sein scheinen. Ich weiß nicht, ob das seine Erfindung ist oder ob er fortsetzt, was andere vor ihm begonnen haben. (*Abg. Dr. Gorbach: Sozialistische Kirchenlehre!*) Jedenfalls kann ich Ihnen, meine Herren von der SPÖ, nur folgendes sagen: Wenn man diese Gewissenserforschung in dem abgekürzten Verfahren, wie ich es getan habe, vorgenommen und festgestellt hat, daß von den einstmal verherrlichten Idealen abgewendet die Partei einen Weg geht, der nicht mehr so ideal ist, der oft so materialistisch wird, daß für Ideale gar kein Platz mehr da ist, dann ist es notwendig, Einsicht zu üben, Reue und Leid zu erwecken und Buße zu tun. (*Abg. Horn: Das haben Sie sehr notwendig! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Und wenn nun Sie, Herr Dr. Pittermann, an mich die Frage richten, was ich Ihnen raten würde, was Sie in einer solchen Situation tun sollen, dann wäre ich auch bereit, Ihnen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Misch.*) Ich habe übersehen, Sie, Herr Minister Misch, zu erwähnen. (*Heiterkeit.*) Als ich vom Schihaserl in der Wüste gesprochen habe, haben meine Gedanken zuweilen Ihnen gegolten. Aber ich habe gestern beinahe einen Schreck bekommen, als ich, von Ihnen ganz ungewohnt, hier die Feststellung gehört habe, es habe in der ÖVP die Vernunft gesiegt. (*Abg. Dr. Gorbach: Der ist ehrlich!*) Ich habe geglaubt, es ist ein Wunder geschehen. Aber der Schreck hat nicht lange angedauert, ich war schon wenige Sätze später überzeugt, daß Sie sich entweder versprochen haben oder daß die Vernunft nur einen Teilsieg erzielt hat oder aber, daß Sie mit dem Sieg der Vernunft etwas anderes umschreiben wollten, das Sie nicht so heraussagen wollten

1724 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

Jedenfalls habe ich den Eindruck gehabt, daß ich mit dieser Meinung nicht allein geblieben bin. Denn als Sie dann wenige Sätze weitergesprochen haben, habe ich das Zähneknirschen des Präsidenten Raab bis zu mir herüber gehört. (*Heiterkeit.*) Es klang wie ein Rache-schwur. Und ich an Ihrer Stelle würde mich darauf gefaßt machen, daß Sie demnächst einen schweren Zusammenstoß mit dem Herrn Präsidenten Raab zu gewärtigen haben.

Nun zur Frage: Was tun? Wenn den Herren noch etwas daran gelegen ist, eine Partei der Freiheit, eine Partei des Fortschrittes und eine Partei zu sein, der Brüderlichkeit noch etwas gilt, dann rate ich Ihnen: Schicken Sie Ihrem Präfekten den blauen Bogen, schicken Sie die Leute, die er schon verdorben hat und die ich zum Teil aufgezählt habe, zur Umerziehung in ein Lager, in dem ihnen gelehrt und gepredigt wird, was wirklich Demokratie ist! (Abg. Dr. Pittermann: Aber schicken Sie uns nicht als Revanche den Pfeifer!) Können Sie sich dazu aber nicht entschließen, dann rate ich Ihnen, schauen Sie sich rechtzeitig nach einem Heraldiker und nach einem Schmied um. Herr Abg. Horn, Sie sind in diesem Fall nicht der geeignete Schmied. Dem Heraldiker übertragen Sie die Aufgabe, die drei Pfeile umzustilisieren zu einem Maulkorb, und dem Schmied, ich meine einen Reimeschmied, übertragen Sie die Aufgabe, ein neues Motto zu finden. Wenn Sie ein diesbezügliches Preisausschreiben veranstalten, bin ich nicht in der Lage, mich an dem ersten Teil zu beteiligen, denn in der darstellenden Kunst sind meine Fähigkeiten noch hinter jenen des Art-Clubs zurückgeblieben. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Was aber den zweiten Teil anlangt, wäre ich unter Umständen bereit, wenigstens mit einer Idee mitzuhelpen. Wenn Sie sich neue Plakate für die Versammlungen oder wenn Sie sich neues Briefpapier drucken lassen, so drucken Sie darauf den Dr. Pittermann in Siegerpose, in der rechten Hand den Maulkorb als neues Symbol, das Sie an Stelle der Freiheit gewählt haben, und den linken Fuß mit einem kräftigen Fußtritt in den Allerwertesten der Freiheit und darüber das Motto: „Freiheit pfütat di‘, mir san an der Macht“ (*Lebhafte Beifall beim KdU.* — Abg. Dr. Bock: *Das waren Hartlebs Feststellungen zum Budget!* — Weitere Zwischenrufe.)

Bundesminister für Finanzen Doktor Margarétha: Hohes Haus! Mein unmittelbarer Vorredner hat schon darauf hingewiesen, daß er Ermüdungserscheinungen bemerkte. Sie werden es mir daher nicht verübeln, wenn ich in so vorgerückter Stunde auf die im Verlaufe der Spezialdebatte überhaupt und insbesondere heute hier erfolgten Anfragen und Wünsche nicht im Detail eingehe. Ich werde mir aber

den Fleißzettel, den ich vom VdU bekommen habe, zu Herzen nehmen und bei nächster Gelegenheit, allenfalls durch besondere Zuschriften, die Anfragen beantworten.

Aber einiges muß ich heute doch sagen. Da ist zunächst einmal die Angelegenheit des Schillingkurses. Ich habe dazu eigentlich nicht viel hinzuzufügen. Ich habe vor etwa zwei oder drei Wochen im eigenen Namen und im Namen der gesamten Regierung eine feierliche Erklärung abgegeben. Als ich diese Erklärung abgegeben hatte, stellte sich sogleich am selben Tag heraus, daß das Gerücht, der Hamburger Sender hätte als erster diese Nachricht gebracht, erlogen war. Der Hamburger Sender wurde von jenen, die daraus eine Flüsterpropaganda gemacht haben, nur vorgeschrägt. Als ich dann in den westlichen Bundesländern, wo man gerade von dieser Flüsterpropaganda sehr viel gesprochen und wo sie auch einen gewissen Einfluß ausgeübt hat, in der breiten Öffentlichkeit gesprochen habe, hatte ich die Empfindung, daß die Leute nicht nur der Meinung waren, daß jetzt eine offizielle Regierungserklärung abgegeben worden sei, sondern daß sie sicherlich auch froh waren, daß dieser niederträchtigen Flüsterpropaganda entgegentreten worden ist.

An den Äußerungen, die ich damals im eigenen Namen und im Namen der Regierung gemacht habe, ändert sich nichts, wenn ein lausbübisches Verhalten des Ansagers eines Senders diese Sache ins Lächerliche ziehen will. Es ist bedauerlich, daß ein Sender seine Aufgabe darin sieht, sich über so wichtige Dinge mit einem blöden Witz hinwegzusetzen. (*Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien.*) Das kann ich ruhig auch von einem Sender sagen, der glaubt, von sich behaupten zu können, daß er wirklich ein österreichischer Sender ist. Das ist eigentlich kein österreichischer Sender, auch wenn er Sender „Rot-Weiß-Rot“ heißt und angeblich wirklich immer österreichische Interessen vertritt.

Meine Damen und Herren! Ich habe recht gut verstanden, daß Sie den Antrag der Kommunistischen Partei nicht unterstützt haben; denn eine Partei, die gerade bei der Beratung des Budgets alles getan und lauter Anträge gestellt hat, die nur den Zweck hatten, dieses Budget zu erschüttern und unmöglich zu machen, und die seit Wochen und Monaten darauf hinarbeitet, die Existenz des Staates und die Sicherheit der Währung zu erschüttern, darf nicht der Träger einer solchen Forderung sein, die wir ja alle erstreben, die aber zu einer Farce wird, wenn wir sie als Antrag der Kommunistischen Partei hier beschließen. Ich glaube, meine Damen und Herren, es ist nicht notwendig, zu betonen, daß der Ernst nicht

41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950. 1725

bloß meiner Person, sondern der gesamten Regierung und darüber hinaus der gesamten ernst denkenden Bevölkerung dahintersteht, daß wir diese Währung halten und sie nicht preisgeben wollen, um einen Gewinn für irgendwelche dunkle Hintermänner zu schaffen oder um damit den Umsturz in unserem Lande vorzubereiten.

Meine Damen und Herren! Verzeihen Sie, wenn ich mich mit der Angelegenheit Krauland hier nicht weiter beschäftige. Das, was der Herr Abg. Dr. Reimann hier als sogenannte Neuigkeit vorgebracht hat, zeigt nur, wie schlecht er informiert ist. Ich werde mir erlauben, Sie unmittelbar zu informieren, und werde daher das Haus nicht mit Dingen ermüden, von denen man, wenn man von Mann zu Mann spricht, erwarten kann, daß Sie sich, wenn von Ihnen nicht die gleichen Absichten verfolgt werden, wie sie eben von gewissen Zeitungsorganen verfolgt werden, davon überzeugen werden, daß Sie eben irregeführt worden sind. (Beifall.) Das gilt sowohl bezüglich der Anschuldigungen gegen den Ministerialrat Hintze als insbesondere auch für die Idee, die Sie hier vorgebracht haben, daß in dieser Vermögensschutzgesellschaft Ministerialrat Hintze drinnen sei und daß an sie alles verpachtet wurde. Das ist ein Aufbauschen von Dingen, die gar nicht bestehen, das nur dadurch zu erklären ist, daß Sie von ein paar Hintermännern im Ministerium falsch informiert werden.

Ebenso ist es mit der Sache der Versetzung der Beamten. Das Sozialministerium hat dringend sieben Leute gebraucht; eigentlich waren es 14, wir konnten ihnen aber nur sieben geben, die dort Arbeiten zu erledigen haben, die zurückgeblieben waren. Wir haben sieben Leute hergegeben, darunter natürlich nicht lauter Nullen, denn wir waren bestrebt, auch tüchtige Leute herzugeben. Vielleicht ist einer von den Herren, die Sie besonders hervorgehoben haben, einer dieser tüchtigen Beamten. Dahinter steckt gar nichts anderes. Nun wird es so dargestellt, als ob es eine Maßregelung gewesen wäre. Wir wollen doch im Vermögenssicherungsministerium abbauen, wir wollen es doch verkleinern. Und jetzt sollen wir die Leute behalten, wenn sie anderwärts dringend gebraucht werden?

Meine Damen und Herren! Ich könnte noch vieles hier beantworten, insbesondere die Frage der Vereinfachung der Steuergesetzgebung. Ich bin ein enragierter Anhänger einer Vereinfachung in der Steuergesetzgebung, aber man kann ein solches Problem nicht in einer Zeit lösen, in der man viel dringendere Dinge zu tun hat. Dazu braucht man Ruhe und auch die Bereitwilligkeit, gleichzeitig mit der Verein-

fachung das ungeheuer schwere Problem zu lösen, eine gerechte Steuerverteilung herbeizuführen. Ich habe bereits im Finanzausschuß klipp und klar erklärt, daß die Frage der Progression der Einkommensteuer gelöst werden muß, diesmal aber noch nicht gelöst werden konnte, weil ich das Geld gebraucht habe, und mir ist es heute wichtiger, um jeden Preis das Budget in Ordnung zu bringen, als Unrechtmäßigkeiten auszumerzen, die ich selbst als solche erkenne. (Abg. Dipl.-Ing. Raab: Bravo!)

Daher möchte ich mich heute vor allem darauf beschränken, meiner Genugtuung über den Ernst und die Gründlichkeit Ausdruck zu geben, mit denen der Bundesvoranschlag besonders im Ausschuß und mit wenigen Ausnahmen auch im Hause selbst behandelt worden ist. Bei aller Kritik, die er im allgemeinen und in Einzelheiten erfahren hat, scheint aber doch die Überzeugung durchgedrungen zu sein, daß dieser Voranschlag den realen Gegebenheiten Rechnung tragen mußte, daß er weder auf der Einnahmen- noch auf der Ausgabenseite — bis auf eine einzige Ausnahme — wesentliche Änderungen erfahren wird. Daß das Hohe Haus am Freitag eine Ausnahme beschließen wird, freut mich besonders, und ich kann ihr nur vollinhaltlich zustimmen.

Ich hatte schon bei meiner einleitenden Rede zum Bundesvoranschlag darauf hingewiesen, daß die Vorsorge in diesem Voranschlag für den sozialen Wohnhausbau und für den Wohnhaus-Wiederaufbau keine befriedigende sei. Ich hatte aber angekündigt, daß es das Bestreben der Bundesregierung sei, weitere Mittel für den Wohnungsbau zu erschließen, worüber noch Verhandlungen zwischen den Parteien in allernächster Zeit stattfinden würden. Ich hatte auch angekündigt, daß für den Fall, als diese Verhandlungen noch vor Abschluß der Budgetberatungen des Nationalrates für das Jahr 1951 ein Ergebnis zeitigen, dann im Bundesvoranschlag 1951 dieses Ergebnis noch während seiner Beratung im Nationalrat eingearbeitet werden könne. Diese Voraussetzung ist zugetroffen mit dem Ergebnis, daß für den sozialen Wohnhausbau statt 25 Millionen 100 Millionen Schilling und darüber hinaus einige hundert Millionen für den Wohnhaus-Wiederaufbau zur Verfügung stehen. Die hierfür erforderlichen Gesetze wird der Nationalrat in seiner Sitzung am kommenden Freitag beschließen. Auch im Bundesvoranschlag für das Jahr 1951 werden diese Tatsachen ihren Niederschlag finden.

Ich freue mich über diese Änderung des von mir eingeführten Entwurfes und ich danke dem Hohen Hause, daß diese Änderung rechtzeitig und in einer Form beschlossen werden

1726 41. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 13. Dezember 1950.

soll, die mehr Arbeit schafft, die die Gewähr dafür bietet, daß die Arbeitslosigkeit gebannt wird, und die dabei doch neue Steuerlasten vermeidet. (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*) Mein Dank richtet sich an alle, die an diesem Kompromiß mitgearbeitet, im besonderen aber an jene Männer — es ist auch eine Frau darunter —, die in unermüdlicher Kleinarbeit dieses Werk zustande gebracht haben.

Zu diesem Dank füge ich noch eine Bitte an das Hohe Haus. So wie Sie bei dem Zustandekommen dieses Voranschlages mir Ihre Hilfe haben angedeihen lassen, helfen Sie mir auch im Jahr 1951, an diesem Voranschlag festzuhalten. Verlangen Sie im kommenden Jahr nicht mehr Ausgaben, als wir Freitag beschließen werden, und unterstützen Sie mich, wenn ich für das Eingehen jener Einnahmen pflichtgemäß sorge, die Sie gleichfalls Freitag votieren werden.

Wenn wir mit diesem Willen in das neue Jahr hineingehen, dann werden wir vielleicht als sparsame Leute das ersparen, was ich gerne den öffentlich Angestellten geben möchte, aber nicht gekürzt, sondern in der Form, wie ich es für richtig erachte! (*Lebhafter Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

Präsident: Die Verhandlungen sind beendet. Die nächste Sitzung berufe ich für Freitag, den 15. Dezember, 9 Uhr vormittag, ein.

Die umfangreiche Tagesordnung ist den Mitgliedern des Hauses zugekommen. Sie haben daraus entnommen, daß es sich am Freitag um eine Massenarbeit handelt. Nicht weniger als 15 Gesetze werden zu erledigen sein. Die Abstimmung über das Budget wird am Freitag zu einer gegebenen Stunde in die Tagesordnung eingeschaltet werden, damit auch das Budget rechtzeitig fertig ist.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 30 Minuten.